

UNIVERSITY_OF CALIFORNIA

RIVERSIDE

Deutsche Bücherei.

Herausgegeben von

Dr. phil. A. Reimann.

Jeder Band geheftet 30 Pfg., in Ganzleinen gebunden 60 Pfg. Jeder Doppelband geh. 60 Pfg., geb. 1,20 Mk.

D bedeutet Doppelband.

Verzeichnis der bis jetzt erschienenen Bände.

Band:

1. Biernatzki, J. C. - Die Hallig oder die Schiffbrüchigen auf dem Eiland in der Nordsee. 183 Seiten.

2, Hoffmann, E. Th. Am. - Meister Martin der Küfner und seine Gesellen. - Die Bergwerke zu Falun. 111 Seiten. 2. Aufl.

Gotthelf, Jeremias. - Elsi, die seltsame

95 Seiten. 2. Aufl. Droste=Hülshoff, A. von. - Die Juden-1

4. Eichendorff, J.Frhr. von. - Aus dem Leben eines Taugenichts. - Das Marmorbild. 123 Seiten.

5. Tieck, Ludwig.—Das Fest zu Kenelworth.—Dichterleben. 115 Seiten, 2. Aufl.

6. Grillparzer, Franz. — Der arme Spielmann. — Das Kloster bei Sendomir. — Ein Erlebnis. 95 Seiten.
 7/8. Grimm, Jacob und Wilhelm — Kinder- und Haus-

märchen, I. 102 Seiten. 11. 94 Seiten.

9/10. Alexis, Willibald. — Die Hosen des Herrn von Bredow. I. 142 Seiten. II. 158 Seiten. 2. Aufl. 11. Schwab, Gustav.—Die vier Heymonskinder.—Der arme

Heinrich. 127 Seiten. 2. Aufl.

12. Schwab, Gustav. - Griseldis. - Die schöne Magelone. -Genovefa. - Der gehörnte Siegfried. 119 Seiten. 2. Aufl.

13. Schwab, Gustav. - Herzog Ernst. - Doktor Faustus 115 Seiten. 2, Aufl.

14. Schwab, Gustav. - Die Schildbürger. - Die schöne Melusina. 135 Seiten. 2. Aufl.

15. Ludwig, Otto. — Aus dem Regen in die Traufe. — Das Märchen vom toten Kinde. 99 Seiten. 2. Aufl.

16. Stifter, Adalbert. - Bunte Steine. I. Granit. - Kalkstein. - Turmalin. 127 Seiten. 2. Aufl.

17. Stifter, Adalbert. - Bunte Steine. II. Bergkrystall. -Katzensilber. - Bergmilch. 132 Seiten.

D 18/18a Lenz, D. Dr. Max, Professor a. d. Universität in Berlin. Ausgewählte Vorträge u. Aufsätze, 3. Auflage. 240 Seiten. Inhalt: Die geschichtliche Stellung der Deutschen in Böhmen. - Zum Gedächtnistage Johann GutenBand:

bergs. — Humanismus u. Reformation. — Dem Andenken Ulrichs von Hutten. — Philipp Melanchthon. — Gustav Adolf. — Leopold von Ranke. — Wie entstehen Revolutionen? — Bismarcks Religion. — Bismarck und Ranke. — Wilhelm I. — Jahrhundertsende vor hundert Jahren und jetzt. — Die Stellung der historischen Wissenschaften in der Gegenwart.

19. Ludwig, Otto. Zwischen Himmel und Erde. 187 S. 2. Aufl.

20. Benedix, Roderich — Auseinander. Skizzen. 133 Seiten

21. | Halm, Friedrich. — Die Marzipanliese. Gaudy, F.Frhr. von. — Aus dem Tagebuche eines wandernden Schneidergesellen. | 136 Seiten. 2. Aufl.

D 22/22a Reuter, Fritz. — Ut mine Stromtid. Mit Anmer-23/23a kungen von Dr. A. Reimann. I — III, 195, 191 und 24/24a 223 Seiten. 2. Aufl. 6 Nummern in 3 Bänden.

Ebner-Eschenbach, Marie v. - Uneröffnet

25. zu verbrennen.
Schubin, Ossip. — Blanche.
Wichert, Ernst. — Ein Wohltäter.
91 Seiten.
2. Aufl.

Frapan, Ilse. — Der Sitter.

Meinhardt, Adalbert. — Aus dem Kriegsjahr.
Petri, Julius. — Apostata.

127 Seiten.
2. Aufl.

27/28. Riess, Dr. Ludwig, Dozent an der Berliner Universität, früher 15 Jahre Professor in Tokio. — Allerlei aus Japan. I. 142 Seiten. Staat und Politik. — Kultur und Bildungswesen. — II. 136 Seiten. Häusliches Leben und Wirtschaftliches. — Wie man in Japan Feste feiert. — Freierfundenes und Nacherzähltes. — Aus der Geschichte der Europäer in Japan. 3. Aufl.

Treitschke, Heinrich von, und Marcks, Erich, Geh.
 Hofrat und Professor in Heidelberg. — Biographische
 Essays. 104 Seiten. — Luther und die deutsche Nation.
 — Fichte und die nationale Idee. — Heinrich von
 Treitschke. — Otto von Bismarck. 2. Aufl.

Treitschke, Heinrich von, und Schmidt, Erich, Geheimrat und Professor an der Universität in Berlin. —
Biographische Essays. 134 Seiten. Lessing. — Heinrich
v. Kleist. — Gust. Freytag. — Theodor Storm. 2. Aufl.

31/32. Paulsen, Dr., Friedrich, Professor an der Universität in Berlin. — Zur Ethik und Politik. Gesammelte Vorträge und Aufsätze. I. 140 Seiten. Zweite stark vermehrte Auflage: Goethes ethische Anschauungen. — Die Ethik Jesu im Verhältnis zur Gegenwart. — Zum Nietzsche-Kultus. — Das geistige Leben des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert. — Deutsche Bildung-Menschheitsbildung. — Bildung. — Simultan- oder Konfessionsschule? — Zur Kirchenpolitik des Liberalismus. — Zur Frage des Religionsunterrichtes — Friedrich

Band:

Wilhelm Dörpfeld. — Dorf und Dorfschule als Bildungsstätte. - II. 119 Seiten. Politik und Moral. - Die Monarchie und die Parteien. - Das Sinken des Parlamentismus. - Parteipolitik und Moral. - August Reichensperger. — Der stille Katholizismus. — Deutschland und England. 2. Aufl. 33. Hoxar, Gertrud von. — Mit dem Winde. — Der Bergsee.

Zwei Märchen für Jung und Alt. 105 Seiten.

34. Hoxar, Gertrud von. - Im Garten des Todes. - Die Blutbuche. - Krähenstein. - Der Geiger im See. -Die Kreuzspinne. Fünt Märchen für Jung und Alt. 130 Seiten.

35. Hoxar, Gertrud von. - Irrlichter. - Die Kastanie. - Auf der Meereswiese. - Sonnenvogel. - Die Zwergenburg. - Fünf neue Märchen für Jung und Alt. 126 Seiten.

Hoffmann, E. Th. Am. — Signor Formica. 36. Kleist, Heinrich von. - Die Verlobung in 138 Seiten.

St. Domingo.

37. Münch, Dr. Wilhelm, Geh. Reg.-Rat und Professor der Pädagogig an der Universität in Berlin. — Allerlei Mensch-liches. Vermischte Betrachtungen. 128 Seiten, Inhalt: Neugier und Wissbegier. - Bildung und Gesittung. - Nationale Erziehung. - Geben und Nehmen in der Erziehung. - Ruhm und Lebensdauer. - Ueber die Langeweile. - Von menschlicher Schönheit. - Der Mensch und das Wetter. - Gefallene Blätter. Aphoristisches.

38. Schaumberger, Heinrich. - Umsingen. Eine Bergheimer

Musikantengeschichte. 125 Seiten. 2. Aufl.

39. Schaumberger, Heinrich. - Glückliches Unglück - Gesalzene Krapfen. Zwei Bergheimer Musikantengeschichten. 129 Seiten. 2. Aufl.

40. Schaumberger, Heinrich. - Der Dorfkrieg. Eine Bergheimer Musikantengeschichte. 104 Seiten. 2. Aufl. Hoffmann, E. Th. Am. - Der goldene Topf. | 118 Seiten.

Kleist, H. v. — Das Erdbeben in Chili. 2. Aufl. 42. Münch, Dr. Wilhelm, Geh. Reg.-Rat und Professor der Pädagogig an der Universität zu Berlin. - Gestalten vom Wege. 105 Seiten. Inhalt: Die Leute us dem Pfarrhause. — Nur ein Schreiber. — Die erste Liebe. — Heimfahrt. — Eine Sühne. — Die Sonne der Hoffnung. - Drei Kleinstädter. - Fridolin Merk.

D 43/44. Ulbrich, Martin. Schlesische Geschichten. — Volkserzählungen aus dem deutschen Osten. I. 121 Seiten. 2. Aufl. Inhalt: Der Königsbote von Görlitz. - Das Licht geht auf. — Wolf und Lamm. — Der wilde Nostiz. II. 101 S. Inh. Um Glauben und Recht. - Dem König getreu. - Stürmische Tage. - Der Sünde Lohn,



Historische und Politische Aufsätze

pon

Otto Hinke

Professor an der Universität Berlin

Dritter Band



Verlag Deutsche Bücherei

G. m. b. H.

Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 146

Berlag Deutsche Bücherei G. m. b. S. Berlin W.35, Rurfürstenftrage 146.

herausgegeben von Dr. phil. A. Reimann Dberlehrer am Luifenstädtifden Gomnaftum gu Berlin.

Drud von Otto v. Solten. Sämtlich in Berlin.



Das politische Testament Friedrichs des Großen von 17521).

Allgemeine Charakterifit bes Testaments im Bergleich mit benen bes Großen Kursürsten und Friedrich Wilhelms I. (Justizresorm und Toleranzpolitik). — Machts und Wohlsabrekolitik. — Krieg und Frieden. — Staatshoushalt. — Wertantilistische Wirtschaft. — Andustrie und Landwirtschaft. — Das Beamtentum. — Selbstregierung. — Provinzielle Charaktertyden. — Der Abel. — Die Bauern. — Ständische Gliederung und politische Arbeitskeilung. — Das Heer und die bürgerliche Gesellschaft. — Das Offizierkords. — Der KönigsConnétable. — Geroisches Ethos. — Die Gegenwart.

it besonders freudiger Bewegung feiern wir heute ben Geburtstag Seiner Majestät, unseres Kaisers und Königs. Rurze, forgenvolle Tage, die nun hinter uns liegen, haben uns zu recht lebendigem Bewußtsein gebracht, wie unendlich viel boch die Person unseres Raifers für das Wohl und Wehe unseres Volkes bedeutet, und dankbar preisen wir die Borjehung, die den Herrscher des Baterlandes beute wieder in voller Kraft und Frische seines hohen und schweren Umtes walten läßt. Denn als ein Umt hat er ja allezeit feine hohe Stellung an der Spite von Bolf und Staat aufgefaßt, gleich feinen Borfahren feit den Tagen jenes erften Kurfürften Friedrich, ber sich einen schlichten Umtmann Gottes am Burftentum genannt hat. Unfnupfend an biejen alten Sohenzollerngebanken, ben ber heutige Sag uns wieber lebendig macht, möchte ich versuchen, Ihnen barzulegen, wie einer der Größten unter den Borfahren unseres Raisers ben Inbegriff ber Sorgen und Aufgaben feines Ronigsamts

¹⁾ Rebe zur Feier bes Geburtstages Seiner Majestat bes Kaisers und Königs gehalten in der Ausa der Königlichen Friedrich=Wilhelms=Universität zu Berlin am 27. Januar 1904.

in einer großen Urkunde zusammengefaßt und der Nachwelt überliesert hat. Ich möchte reben von dem ersten der politischen Testamente Friedrichs des Großen, in denen der politischen Testamente Friedrichs des Großen, in denen der König die Summe seiner politischen Erfahrungen und seiner Negierungsgrundsäte niedergelegt hat; und gerade diesem Tage und dieser Stelle mag es ziemen, Seiner Majestät dem Kaiser den ehrsurchtsvollen Dank auszusprechen, den die vaterländische Geschichtswissenschaft ihm schuldet für die vor kurzem erteilte Erlaubnis, den größten Teil dieses politischen Testaments in der Akademie-Publikation "Acta Borussica" der Dessentlichseit zugänglich zu machen.

Dies politische Testament, das der König selbst so genannt hat, ist eigenhändig von ihm, in französischer Sprache, niedergeschrieben worden im Jahre 1752, in den Monaten April dis Juli; in der kleinen, zierlichen, enggedrängten Schrift, die der König in seinen Literarischen Produktionen anzuwenden pslegte, macht es einen Quartband von mäßigem Umsang aus.

Umfang aus.

Es ift nicht, wenigstens nicht unmittelbar, burch Todes= Es ift nicht, wenigstens nicht unmittelbar, durch Todessgedanken veranlaßt worden. Der König hatte zwar einige Jahre vorher einen leichten Schlaganfall erlitten, aber er hatte sich schnell und vollkommen wieder erholt; und wenn er gelegentlich einmal von seiner schlechten Gesundheit und von der Kürze des menschlichen Lebens redet, so hat er doch schwerlich sein Ende damals schon nahe geglaubt. Er nutzt nur eine Zeit politischer Windstille, um als ersahrener Pilot, wie er sagt, seinen Nachfolgern Kunde zu geben von den Stürmen, den Klippen und Häfen des politischen Meeres. Ohne seden Rückhalt, in vollster Offenheit redet er über die Interessen seiner Kegierung und Verrwaltung, über Gegensteilt, über seine gesamte Regierung und Verrwaltung, über Gegensteilen geinen Kegierung und Verrwaltung, über Gegensteilen über seine gesamte Regierung und Verwaltung, über Gegenswart und Zukunst des Staates, nicht ohne Sorge, aber wart und Zutunft des Staates, nicht ogne Sorge, aber auch voll stolzer Hossinung und Zuversicht. Es ist die Stimmung eines Mannes, der mit Befriedigung auf sein Werk schaut und dabei dessen gedenkt, was noch zu tun bleibt. Vierzehn Jahre später hat dann der König, versanlaßt durch die veränderten Zeitumstände und durch manche neue Ersahrungen, ein zweites politisches Testament aufs

gesetzt, und auch aus dem letzten Jahrzehnt seiner Regierung besitzen wir noch einige kleinere Stücke verwandter Art. Manches einzelne stellt sich darin anders dar, namentlich in den auswärtigen Beziehungen; aber der Geist und die Grundzüge seines politischen Systems sind im großen und

ganzen unverändert geblieben. Politische Testamente sind eine Begleiterscheinung des neueren Absolutismus. Den Namen hat wohl Richelieu wolltsige Lestamente sind eine Begleiterscheinung des neueren Absolutismus. Den Namen hat wohl Nichelien aufgebracht, dessen politisches Testament im 18. Jahrhundert in den Händen aller Fürsten und Staatsmänner war. In einer Zeit, wo die Summe der Regierungsgeschäfte sich in der Person des Monarchen oder seines ersten Ministers konzentrierte, lag es nahe, die politischen Ersahrungen und die Grundsätze der Staatsraison durch solche Anweisungen von einer Generation auf die andere zu übertragen. In dem preußischen Herrscherhause hat sich auf diese Weise eine politische Tradition gebildet, die sast ununterbrochen vom 17. dis ins 19. Jahrhundert reicht.

Alls Marksteine unserer politischen Entwickelung ragen darunter vor allem die Aufzeichnungen der drei großen Begründer des Preußischen Staates hervor: die väterliche Vermahnung des Großen Kursürsten an seinen Sohn von 1667, die Instruktion Friedrich Wilhelms I. sür seinen Nachsolger von 1722 und die politischen Testamente Friedrichs d. Gr. Es ist im Grunde derselbe Staatsgedanke, der durch all diese Schriftstücke geht: sehr deutlich sieht man, wie der alte Geist des territorialen Stillebens der deutschen Kleinstaaten durch den politischen Wachtgedanken ergrissen und

staaten burch ben politischen Machtgedanken ergriffen und umgewandelt wird. Dabei kommt aber doch auch zwischen

umgewandelt wird. Dabei kommt aber doch auch zwischen den verschiedenen Regierungen manche bemerkenswerte Ub-weichung zum Vorschein, in der sich die allmähliche Wandlung des politischen Geistes zu erkennen gibt. In den Aufzeichnungen des Großen Anrfürsten tritt der neue Gedanke, eine unabhängige Macht zu gründen, schon sehr bewußt und entschieden hervor; aber die Mittel dazu, Armee und Finanzsystem, erscheinen noch keimartig unentwickelt, und im Vordergrunde sieht noch das Interesse an den firchlichen Angelegenheiten und an der Justizverwaltung,

die im alten Territorialstaat die vornehmsten Begenstände des öffentlichen Lebens gewesen waren. Bei Friedrich Wilhelm I. nehmen die Militär- und Finanzfragen schon durchaus die beherrschende Stellung ein; Kirchenpolitik und Rechtspflege verschwinden fast daneben, trog der wahrhaften Frömmigfeit und des heiligen Juftizeifers biefes Fürften. Friedrich d. Gr. hat gerade diese beiden Gebiete mit freierem Beift, im Sinne ber Aufflärung behandelt, aber doch eigent= lich auch nur nebenher. Er ftellt ben Grundfat auf, bak in den Gerichten die Gesetze sprechen und der Monarch schweigen muffe; und wenn biefer Grundsat auch noch burch Die icharje perjonliche Aufficht und Strafgewalt bes Ronigs über die Richter nicht unbedenklich eingeschränkt wird, fo hatte Suareg boch recht, wenn er barin einen Erfat für fonstitutionelle Garantien in der Privatrechtssphäre feben wollte. Die religioje Tolerang greift bei Friedrich d. Gr. viel weiter als bei dem Großen Kurfürsten und auch bei Friedrich Wilhelm I.; die Gemiffensfreiheit ift jest erft gum absoluten Bringip erhoben. Aber hier wie bei ber Juftig gewahren wir zugleich eine beutliche Beziehung auf Die Intereffen ber wirtichaftlichen Berwaltung, fo bag biefe Errungenichaften ber Rechtssicherheit und ber Gemiffensfreiheit faft als ein Supplement der materiellen Wohlfahrtspolitit erscheinen. Die Coccejische Justizreform, die ber König rühmt, betraf ja nur den Zivilprozeß und war darauf berechnet, ben festen Rechtsboden für ein gesteigertes Wirtschaftsleben zu schaffen. Und der Grundsatz der Tolerang wird von Friedrich felbst in enge Berbindung gebracht mit feinem Beftreben zur Bermehrung ber Bevölferung, indem er als ein Magnet für erwünschte Ginwanderung empfohlen wird. Im politischen Zusammenhang betrachtet, find beibe, Juftiz-reform und Toleranzprinzip, Mittel gewesen, um ben Staat innerlich zu fräftigen burch die Bermeibung nuplofer innerer Reibungen, und zugleich barf man Rechtssicherheit und Gemissensfreiheit auffassen als Tröstungen, die der Staat seinen Bürgern bietet für die schweren Laften, die er ihnen zumuten muß. Die eigentlich positiven Bestrebungen ber foniglichen Staatskunft lagen boch auf anderem Gebiet.

Ihr Hauptinteresse ist auf die Mittel zur Macht gerichtet: Finanzen und wirtschaftliche Verwaltung, Militär und Politik — das sind die eigentlichen Hauptgegenstände des Testaments, das sind die Renner, die wie ein olympisches Viergespann, gleich angestrengt und von einer Hand gelenkt, im großen Wettkampf der Mächte den Wagen Preußens zum Siege sühren sollen. Man sieht: hier spricht der Mann, der die Machtmittel angewandt hat, die Friedrich Wilhelm I. nur vorbereitet hatte.

nur vorbereitet hatte.

Ueber das Testament Friedrich Wilhelms I. ist an eben dieser Stelle vor einigen Jahren von dem berusensten Kenner dieses Monarchen und seiner Verwaltung gesprochen worden 2). Es läßt sich in allem, was Form und Temperament ansbetrisst, kaum ein größerer Gegensat denken, als er hier zwischen Bater und Sohn hervortritt. Friedrich Wilhelm I. gibt sich wie immer impulsiv, stürmisch, ich möchte sagen: gewitterhaft; an allen seinen politischen Lehren und Warnungen hängt ein Stück seines leidenschaftlichen Naturells, alle seine Bekenntnisse und Ermahnungen brechen vermischt mit Gebetssworten, mit Fluchs und Segenswünschen, gleichsam wie unter Donner und Blitz hervor. Dagegen zeigt Friedrich d. Gr. eine vollkommene Ruhe, eine heitere Sicherheit; er ist völlig mit sich im reinen, er hat sich ganz in der Gewalt; hier ist keine Spur von inneren Kämpfen, von leidenschaftlichen Gemütsdewegungen; klar, scharf und kalt spricht sich die souderäne Staatsraison aus, nur hier und da wird der Ton gehoben durch einen wärmeren Akzent; über das Ganze verdreitet sich das seine Licht eines philosophisch geschulten Geistes, dem auch die Summe der großen Geschüfte sich wie in einem wissenschaftlichen Zusammenhange darstellt.

Friedrich spricht es geradezu aus: in einer guten Staatsregierung muß alles ebenso genau zusammenhängen, wie in
einem philosophischen System; und eben das macht hauptsächlich den hohen Reiz dieser Urkunde aus, daß alles
einzelne auf einen großen Zweck bezogen und von da aus
bestimmt wird. Dieser Hauptzweck — darüber kann kein

^{*)} G. Schmoller, Das politifche Testament Friedrich Wilhelms I. von 1722. Kaijer-Geburtstags-Rede 1896.

Zweifel fein - ift die Macht und Größe des Staates. Davon geht alles aus, dahin ift alles gerichtet. Neben ber Macht erscheint freilich die Wohlfahrt bes Landes, bas Blück ber Untertanen als Biel ber Verwaltungstätigkeit; aber ein oberftes Ziel, gleichgeordnet der Macht, ift die Wohlfahrt nicht. Macht und Wohlfahrt bes Ganzen hangen ja ena zusammen; eines bedingt bas andere; keines kann auf die Dauer ohne das andere bestehen. Aber es ist nicht ber Geist der Wohlfahrtsbestrebungen, ber das ganze System beherricht, sondern der Geift der Machtpolitif. Die Wohlfahrtsbestrebungen sind harmonisch in die Machtorganisation eingefügt; sie reichen nur fo weit, wie diese Harmonie es gestattet; treten Konflitte ein, fo haben die Machtinteressen ben Borzug. Weil alles Wirtschaften, aller Sandel und Wandel in letter Linie doch auch den Machtzwecken des Staates bienen foll, darum kann bas alles nicht bem Belieben ber einzelnen überlaffen werben, sondern es wird von oben her überwacht und geregelt. Der Staat hat die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Nahrungssorgen und ihrem Intereffenftreit gleichsam in sich verschlungen: alles lebt und arbeitet für ben Staat.

Man sieht hier in einen großen und folgenreichen Gegensatz hinein, der die Entwickelung der modernen Bölfer bestimmt hat. In dem abgesonderten Stilleben der kleinstürftlichen Territorialstaaten Deutschlands, insonderheit auch der protestantischen des Nordens, war die Wohlfahrt, weltliche und geistliche, natürlich vornehmlich die der herrschenden Klassen, das maßgebende Ziel gewesen. Man wollte arbeiten und genießen in häußlichem Behagen und wirtschaftlichem Gedeihen. Das fürstliche Regiment sollte für die Erhaltung der reinen Lehre und für die Pflege der "lieben Justiz" sorgen, an den "geschwinden Händeln" draußen in der Welt aber möglichst wenig Unteil nehmen; fern von Krieg und Kriegsgesahr wollte man ein gernhiges und stilles Leben führen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit.

Diese dem natürlichen Sinn der Menschen so leichtverständliche Auffassung von den Aufgaben der politischen Gesellschaft ist auf dem Kontinent unrettbar in die Brüche gegangen, seit die entsetlichen Ersahrungen des 30 jährigen Krieges gelehrt hatten, daß weder das Evangelium noch die wirtschaftliche Wohlfahrt in den großen Glaubens- und Machtkämpsen der europäischen Welt ohne den Schutz der Waffen und den starken Arm des Staates sicher bestehen könne; nur drüben, über dem Kanal, in dem britischen Inselereich, wo man dem Schieben und Drängen der rivalissierenden Mächte entrückt war, hat sich seit dem Verzicht auf konstinentale Eroberungen im 16. Jahrhundert eine ähnliche Aufsafreigung ausgebildet und erhalten, freilich in größerem Stil und mit weiterem Horizont. Man kam dort von dem Wohlsahrtszweck aus zur Forderung der Macht; die politische Macht erschien dort als Hebel sür die Förderung der wirtschaftlichen Interessen. Noch in den Tagen Friedrichs hat Jeremias Bentham die Maximation der Glückseligkeit als den eigentlichen Zweck des Staates bestimmt: das größtmögliche Glück der größtmöglichen Masse; und alle englischen Staatsmänner und Philosophen haben diese Grundslage des politischen Denkens sestgehalten dis auf die Gegenwart, wenn auch ein Unterschied besteht zwischen Männern wie Cobden und Gladstone auf der einen, Disraeli und Chamberlain auf der anderen Seite.

Auf bem waffenstarrenden Kontinent aber, wo die beständige Rivalität der Bölfer den Militarismus erzeugte, den England bis zum heutigen Tage nicht kennt, da mußte der Jweck der Wohlfahrt dem der Macht sich unterordnen; und das Preußen Friedrichs d. Gr. ist der reinste Vertreter dieses militärischen Staatstypus geworden. Der Philosoph von Sanssouci wußte wohl, daß der Staat nicht das höchste und letzte aller menschlichen Dinge ist; aber er wußte auch, daß ein starker Staat der beste Hort der Wohlfahrt und die große Schule aller höheren menschlichen Gesittung ist; und darum hat der König von Preußen allezeit so gehandelt, als sei er mit seinem ganzen Volke nur für den Staat da. Nur durch diese heroische Einseitigkeit ist es möglich gewesen, Preußen zu dem zu machen, was es geworden ist; nur in diesem Zusammenhange versteht man völlig die herbe Größe und den spartanischen Geist der friderizianischen Staatskunst.

In jungen Jahren hatte sich Friedrich wohl als den fünftigen König der Dichter und Philosophen geträumt: aber die Lebensbedingungen seines Staates haben den König dann boch in eine andere Bahn gezwungen. Er hat Chr. Wolf wieder nach Halle gerufen; er hat seine Ukademie begründet; er hat mit seinen philosophischen Freunden in Sanssouci jene geistreichen Abendunterhaltungen gesührt, die uns der Pinsel Abolf Menzels so lebendig vor Augen gestellt hat; er hat Flötenkonzerte komponiert und französische Verse gebaut — aber das geistige Leben der Nation, die Dichtung, der seine Taten wieder einen Inhalt gaben, hat er selbst nicht verstanden noch gesördert; und wenn er im Alter die Morgenröte der deutschen Literatur aufsteigen zu sehen meinte, so kam er sich nicht mit Unrecht als der Moses vor, der das Volk durch die Wüste gesührt hatte, das gelobte Land aber nicht selbst betreten sollte. Seine Arbeit, seine Sorgen, seine Hossinungen galten doch zuerst und zuletzt dem Staat; seine politisches Testament zeigt ihn uns hier, in seiner Königswerkstatt.

Im Mittelpunkt seiner Interessen steht die auswärtige Politik. Die Stellung seines Staates in Europa beruhte auf dem Eindruck, den sein kühnes und ersolgreiches Vorgehen bei der Eroberung Schlesiens gemacht hatte; damit war Preußen als ein Emporkömmling unter mißgünstigem Staunen der Welt in den Kreis der großen Mächte eingetreten. Es galt, die Kadinette Europas daran zu gewöhnen, den preußischen Staat in dieser Stellung zu sehen. Es galt, sich vorzubereiten für einen neuen Wassengang, in dem das überrumpelte Desterreich versuchen würde, dem Sieger die Beute abzusagen, ihn in die frühere bescheidene Stellung heradzudrücken. Das aber ist ein Axiom sür Friedrich, daß ein Krieg dem Staate nur frommt, wenn er eine Vergrößerung an Land und Leuten bringt. Der preußische Ibler war noch mit nichten gesättigt. Die Basis der Wachtstellung des Staates war noch zu schmal. In einem Ubschnitt, den er "politische Träumereien" überschrieben hat, spricht Friedrich von künstigen Erwerbungen, die Preußen machen müsse. Er saßt das schwedische Kommern, das

polnische Preußen, vor allem aber Sachsen ins Auge. Westpreußen, meint er, das Gleichnis eines alten italienischen Staatsmannes anwendend, muffe man Blatt für Blatt wie eine Artischocke verzehren; Sachsen aber muß in Böhmen erobert werden, das bem Kurfürsten als Ersatz zu bieten wäre. Nur so kann der preußische Staat ben nötigen Busammenhang und eine gute Grenze gewinnen. Friedrich sagt nicht, daß er diese Eroberungen selbst noch machen wolle: aber daß fie einen dauernden Richtpunkt feiner Bolitik gebildet haben, ift außer Zweifel. Nur war er viel zu maßvoll und vorsichtig, als daß er sich von der Begierde nach diesen Erwerbungen hätte blenden lassen. Er scheibet sehr genau das Gebiet der zukunftgestaltenden politischen Phantasie und die wirkliche Lage der Gegenwart mit ihren praktischen Möglichkeiten. Bur Ausführung jenes Planes würde eine unerhört günstige Konjunktur gehören: Desterreich und Rufland im Ariege mit ber Türkei, die von Frankreich und Sardinien unterstütt wurde; ein Richelieu in Frankreich, ein Soliman auf bem Throne ber Rhalifen, beibe verbundet mit Preußen, eine vormundschaftliche Regierung in England, die keine hannöversche Politik im öfterreichischen Interesse macht. Die Wirklichkeit ist anders. Bei dem Gleichgewicht der Mächte — Preußen und Frankreich einerseits, Defterreich und England anderseits — sind bedeutende Erwerbungen nicht möglich. Jedenfalls liegt es nicht im Interesse Preußens, den Krieg wieder zu beginnen. Ein Handstreich wie der auf Schlesien darf nicht wiederholt werden. Es ist damit wie mit den guten Büchern: das Original schlägt ein, die Imitation fällt zu Boden. "Was wir auch von einem Kriege erwarten können, mein gegenwärtiges System ift, den Frieden zu bewahren, folange bie Majeftat bes Staates nicht verlett wird."

Aber im Frieden muß für den Krieg gerüftet werden, für jenen Zukunftäkrieg, in dem Preußen seine Stellung zu verteidigen und womöglich zu stärken haben wird. Das ist die große Aufgabe, in der die Arbeit dieser Jahre gipfelt, und die der ganzen Staatsverwaltung Ziel und Maß gibt. Sine schlagsertige Armee von 180 000 Mann und ein

gefüllter Staatssichat von 20 Millionen, ausreichend für vier Feldzüge — das ift das dringende Erfordernis, auf beffen Beschaffung alle Staatskräfte konzentriert werden. Durch Bermittelung des Finanzjustems dringt so der politische Machtsgedanke beherrschend in die gesamte Staatsverwaltung ein.

Der König weift barauf hin, bag bie schlechten Finangen 1740 Defterreichs Unglück gewesen seien; er spricht mit Uchtung von ben Beftrebungen Maria Therefias, auf Diefem Gebiet Wandel und Ordnung zu schaffen. Er zeigt, wie Sachfen und Holland durch Bernachläffigung ihrer Finangen in Schwäche und Migachtung geraten find: auch Frankreich ift auf dem Wege, sich finanziell und bamit politisch qu ruinieren. Burbe es je in Preugen zu folchen Buftanden fommen, jo ware ber Staat verloren; benn er hat nicht bie innere Kraft der alten großen Mächte, die fich durch ihr Schwergewicht erhalten; feine Macht beruht allein auf angestrengtester Arbeit; sowie sie nachläßt, ift er verloren; ein König von Preußen muß, wie er benselben Gedanken später einmal ausgebrückt hat, "toujours en vedette" sein. Un äußere Unleihen im Fall eines Krieges ift nicht zu benken; für Subsidien verkauft man in der Regel nur feine politischen Interessen, und zwar zu schlechtem Preise; eine Unleihe im Innern könnte höchstens 5 Millionen ergeben. Darum ift Breugen barauf angewiesen, für die außerorbentlichen Bedürfniffe in Kriegszeiten fich einen Staatsichat anzulegen durch eine auf Ersparnisse gerichtete Finangpolitik. Die jährlichen Ginfünfte veranschlagt ber König auf über 13 Millionen; zwei Drittel bavon bienen zur Unterhaltung bes heeres. Nach Befriedigung aller Staatsbedurfniffe bleiben etwa 2,3 Millionen Ueberschuß, die in den Staats= schatz (Tresor) gelegt werden. Für sich und seinen Hof braucht ber König nicht mehr als 120 000 Elr. jährlich; bas ift fein Gehalt: 10 000 Elr. für ben Monat, wie er fich ausrechnet; noch nicht 1 vom Sundert ber gesamten Staatseinfünfte.

Diese Einkünfte fließen teils aus den Steuern, teils aus den Domänen und Regalien. Die Steuern sind versichieden für das offene Land und die Städte. Das Land

bezahlt eine Grundsteuer, die Kontribution, die hauptsächlich auf den Bauern lastet. In den Städten wird an den Toren eine Konsumtionssteuer erhoben, die Afzise. Die Hauptgesichtspunkte der Steuerpolitik des Königs sind darauf gerichtet, diese schwere Steuerlast dem Lande erträglich zu machen. Die Kontribution soll ein für allemal sest bleiben und nicht erhöht werden, solange nicht etwa eine große Preisrevolution eintritt. Willfür und Bedrückung der Breisrevolution eintritt. Willfür und Bedrückung der Bevölferung durch ungetreue Beamte ist unnachsichtlich zu versolgen und zu strasen; bei Unglücksfällen tritt ein geregeltes Nachlaßversahren ein. Die Afziseeinkünste steigen von selbst mit dem zunehmenden Verkehr und Wohlstand; eine ungebührliche Belastung der ärmeren Klassen glaubt der König dabei vermeiden zu können durch richtige Gestaltung der Tarise und durch die Lebensmitteltagen für Brot, Fleisch und Bier, die von den Ortsbehörden unter Aufsicht königlicher Organe aufzustellen sind und einer übermäßigen Verteuerung dieser Lebensbedürsnisse vorbeugen sollen. Bei den Domänen, die alle sechs Jahre aufs neue verpachtet werden, geht die Verwaltung darauf aus, die Pachtsummen nach und nach zu steigern, aber nur da, wo die Möglichseit erhöhter Erträge ohne die Gesahr einer Bedrückung der Untertanen nachgewiesen werden kann. Bei jeder Pachterneuerung soll untersucht werden, wie der Amtmann mit den Bauern versahren ist; einem Bauernschinder wird der Kontrakt nicht erneuert. werben, wie der Amtmann mit den Bauern versahren ist; einem Bauernschinder wird der Kontrakt nicht erneuert. Die Domänen, die der Staat besitzt, sind groß genug. Sie sollen nicht weiterhin auf Kosten des ritterschaftlichen Besitzes erweitert werden, wie das unter Friedrich Wilhelm I. geschehen war. Einem kleinen Fürsten, sagt Friedrich mit einem deutlichen Seitenblick auf den alten Dessauer, der das ökonomische Borbild seines Baters gewesen war — einem kleinen Fürsten mag es anstehen, seinen Abel auszukausen; der König von Preußen aber braucht einen zahlereichen Grundadel, der ihm die Ofstziere für sein heer siesen kann liefern fann.

Mit großer Deutlichkeit sieht man in den Ausführungen bes Königs, wie aus dem System der Finanzen das System der inneren Verwaltung im Sinne des merkantilistischen

Polizeiftaats hervorwächst. Die Steuerkraft ber Bevölkerung ift bis auf ben äußerften Grad gespannt; um fie zu erhalten und zu ftärken, bebarf es einer rationellen Wohlfahrtspflege, einer umfassenden wirtschaftlich = polizeilichen Berwaltung, bie Land und Leute auf eine höhere Stufe ber Rultur erhebt. Diesem Zweck bienen auf ber einen Seite bie großen Meliorationen, die damals in rüftigem Fortgang begriffen waren: Austrocknung von Sümpfen, Regulierung der Ober, Dorfgründungen in Pommern und der Mark überall, wo mehr Land vorhanden ift, als die Besitzer ordentlich beftellen fonnen; auf ber andern Seite Die Beforberung ber Manufakturen, namentlich der Gewebeinduftrien in Leinen, Wolle und Seide, die damals, vor der großen Umwälzung der Technif im 19. Jahrhundert, noch die eigentlich großen Industrien waren. Mit dieser Industrialifierungspolitik folgt Friedrich ben Spuren feines Baters, aber er hat mehr Schwung und einen größeren Bug in dieje Beftrebungen gebracht. Er legt auf diesen Zweig der Verwaltung den allergrößten Wert, weil er darin das Mittel sieht, eine günstige Handelsbilanz zu erzielen, wie sie unter seinem Bater noch nicht bestanden hatte. Er berechnet 1752 den leberschuß ber Aussuhr über die Ginfuhr schon auf 6 Millionen, wahrscheinlich viel zu hoch. Die Sandelsstatistik mar erft in den Anfängen: Friedrich felbst hatte fie wenige Jahre vor dem Teftament geschaffen, indem er sich von ben Provinzialbehörden regelmäßige Auszuge aus ben Afzifeliften vorlegen ließ über die Ginfuhr und Ausfuhr ber einzelnen Urtitel. Diese Sandelsbilangen murden, ebenso wie bie Afzisetarife, für jede Proving besonders aufgestellt, und ber König war zufrieden, wenn ber Handelsgewinn die Summe ber Steuerlaft erheblich übertraf. Er erflart, man fonne die Provinzen nicht alle nach ein und demfelben Suftem regieren, dazu feien die wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu verschieden; man würde sie ruinieren, wenn man fie ohne Rüdficht darauf gleichmäßig verwalten wollte. Was für Cleve paßt, paßt nicht für Oftpreußen; nur die mittleren Provinzen, die Marken, Pommern, Magdeburg, Halberftadt, bilden ein gleichartiges, kompaktes Gebiet, bas man nach

gleichen Gesichtspunkten verwalten und zugleich auch militärisch verteidigen kann. Schlesien möchte er an diese kompakte Masse angliedern. In diesen Provinzen ist denn auch vorzugsweise die merkantilistische Wirtschaftspolitik des Königs mit ihren Schutzöllen und Einfuhrverboten, ihren Exportund Betriebsprämien, ihren Unterstützungs- und Aufsichtsmaßregeln, zur Durchführung gebracht worden. Das Testament hat diese Frundsätze für die einzelnen Hauptindustrien in

maßregeln, zur Durchführung gebracht worden. Das Testament hat diese Grundsäge für die einzelnen Hauptindustrien in den Grundzügen dargelegt.

Diese Industrialisierungspolitik des Königs hat eine Entwickelung beschleunigt, die in dem allgemeinen Zuge der europäischen Zivilization lag, die aber zugleich auch eine unerläßliche Bedingung seiner Großmachtpolitik war; nur ein gewerbsleißiger Staat konnte eine so starke Bevölkerung ernähren und so schwere sinanzielle Lasten tragen, wie sie die politische Stellung sorderte, zu der Preußen durch den Chrgeiz seiner Dynastie erhoben worden war. Damit aber trat in diesem bisher rein agrarischen Wirtschaftsvonzischen bescherrigenden Problem der nationalen Wirtschaftsvolitik außgewachsen hat: der Gegensax von Industrie und Landwirtschaft. Friedrich ist kein einseitiger Industrialist gewesen, trotz der vorwiegend merkantilistischen Färbung seiner Wirtschaftspolitik. Das politische Testament zeigt ganz deutlich seine Tendenz, einen Außgleich zu sinden zwischen den Interessen der Industrie und der Landwirtschaft; er ist bestrecht, die Schöpfung einer Industrie möglich zu machen ohne Schädigung der Landwirtschaft. Freilich ohne Opfer ging es für die agrarischen Interessen nicht ab. Die Gutsdessiger, damals meist freihändlerisch, weil sie noch Exporteure waren, mußten sich das Wollaussuhrverbot und die Beschränkung der Getreibeaussuhr gefallen lassen, was natürlich die Preise drückte; die Ubwanderung der ländlichen Urbeiter nach den gewerdreichen Städten wurde damals noch verhütet, indem man gestissentlich sescholle sunder na der Geholle sescholle spielten. Berhältnis, das die Landbevölkerung an die Scholle sessen konle spielten. Bor allem aber hat der

König durch staatliche Kornmagazine und eine rationelle Getreidehandelspolitik, deren Grundsätze in dem Testament entwickelt werden, eine Beeinflussung der Kornpreise herbei-zusühren gesucht, deren Absicht darauf ging, möglichst stabile, mittlere Preise auf dem geschlossenen Julandsmarkt zu ersielen. Stieg der Preis zu hoch, so daß Teuerung drohte, jo follte maffenhaft Korn aus ben Magazinen zu leiblichen Preisen verkauft werden; sant ber Preis bermagen, bag bie Landwirte nicht mehr ihre Rechnung fanden, jo follten die Magazine maffenhaft einkaufen, um ben Breis baburch gu fteigern. Im großen und ganzen ist diese Absicht, das Preisniveau dadurch auszugleichen, späterhin auch erreicht worden, namentlich seit der König nach der Erwerbung Westpreußens die Weichselftraße kontrollierte und die polnische Einsuhr beherrschte; aber die Fdee ist schon 1752 ausgebildet: der Rönig hat ihr den Ausdruck gegeben: es fei feine Pflicht, bie Balance zu halten zwischen ben Interessen ber Guts= herren und Domänenpächter einerseits, der Industriearbeiter und Solbaten anderseits: das sind damals die beiden großen Konsumentengruppen. Die Lebensmitteltagen waren die fonsequente Ergänzung dieser Getreidehandelspolitif, die im Berein mit der reglementierenden Fürsorge für die Fabriken und ben Arbeiterstand bem friberigianischen Wirtschaftssuftem einen fast staatsfozialistischen Charafter verleiht.

Birtschaftliche und finanzielle Verwaltung liegen in der Hand berselben Behörden: es sind in den Provinzen die Kriegs= und Domänenkammern, im Zentrum das Generaldirektorium. Der König hat keine große Meinung von den Leistungen dieser Behörden und von den persönlichen Sigenschaften der Beamten, aus denen sie zusammengeset sind. Die einen sind ihm nicht ehrlich, die anderen nicht gescheit genug. Im ganzen will er in den Kammern lieber ehrliche als besonders kluge Leute haben; namentlich der Präsident muß vor allem ein redlicher, zuverlässiger Mann sein; am liebsten würde der König alte Offiziere dazu nehmen, zu denen er größeres Vertrauen hat als zu den Leuten, die in der Beamtenkarriere emporgesommen sind. Im Generaldirektorium aber, erklärt er, braucht man Leute

von Verstand; da kommt es auf die Redlickeit nicht so sehr an. Der König muß freilich seine Leute kennen. Einen schlauen geriebenen Finanzmann von zweiselhafter Ehrlich-keit kann er da im Zaum halten und mit Nugen gebrauchen; aber mit einem ehrlichen Dummkopf ist an dieser Stelle

iberhaupt nichts anzusangen.
Friedrich Wilhelm I. hatte in der Instruktion, die er seinem Nachsolger hinterließ, einige der bedeutendsten Minister scharf charakterisiert; in dem Testament Friedrichs ist von keinem der Minister die Rede, mit einziger Ausenahme des Größkanzlers Coccesi. Das ist ein Zeichen sür die gesteigerte Schärse des autokratischen Regierungssystems, dei dem die Minister nur als Handlanger des Monarchen erscheinen. Auf diese Art Selbstregierung hat Friedrich in seinem Testament den allergrößten Nachbruck gelegt. Er warnt seine Nachsolger eindringlichst davor, die Regierung den Ministern zu überlassen. Die Minister sind nicht so mit dem Lande verwachsen wie der König; sie haben ihre persönlichen Interessen, sie suchen ihre Kreaturen zu protegieren und sich durch ausgebreitete Patronage eine Stellung zu machen, die der königlichen Autorität und dem Bohle des Staates gesährlich ist. Er weist hin auf das Beispiel Frankreichs, wo seit dem Tode Ludwigs XIV. eine Minister-Regierung an die Stelle der königlichen Selbstregierung getreten ist. Da regiert nicht ein König, sondern ihrer vier, der Generalkontrolleur im Finanzsach, die Minister sür Auswärtiges, Krieg und Marine in ihren Ressorts. Feder solgt seinen besonderen Neigungen; es Sidt feinen Bereinigungspunkt für die Sesamtes, kein System, keinen Plan, kein Sesemnis. Die Engländer ersahren alles, was in Bersailles vorgeht. Eine gute Staatsregierung aber muß die Einheit eines philosophischen Systems haben; und ein System entspringt nur aus dem Kopse eines einzelnen, nicht aus den Beratungen eines Ministersonseils. Sowenig wie Newton sein Gravitationsgesetz entdeckt haben würde, wenn er mit Leibniz und Descartes darüber in Beratung getreten wäre, sowenig kann ein politisches System aus einem vielköpfigen Ministerium Demscartes darüber in Beratung getreten wäre, sowenig kann ein politisches System aus einem vielköpfigen Ministerium überhaupt nichts anzufangen. Friedrich Wilhelm I. hatte in der Instruktion, die er

hervorgehen. Es muß aus bem Beifte bes Regenten ent= springen, wie die gerüftete Minerva aus dem Haupte Jupiters. Die Selbstregierung ist eine moralische Pssicht der Könige. Der Souverän ist nicht an seine hohe Stelle gesetzt und mit der höchsten Macht bekleibet, um zu faulenzen und sich vom Mark des Volkes zu mästen. Er ist der erste Diener des Staates; er wird gut besolbet, damit er bie Bürde seiner Stellung aufrechterhalten kann; dafür muß er aber auch, wie alle Staatsdiener, arbeiten für das Wohl des Ganzen. Er braucht Gehilsen, aber nur für das Detail der Geschäfte; er muß ein offenes Ohr haben sür die Klagen und Beschwerden von jedermann aus dem Volke: dazu ist er der König. Seine Aufgabe erfüllt er besser durch ein System der Regierung aus dem Kadinett, als durch ein System der Regierung im Rat (wie es noch der Große Kurfürst und auch Ludwig XIV. angewandt hatten). Die Zentralbehörden senden dem Monarchen Tag sür Tag ihre Berichte, mit kurzer Ansührung des Pro und Contra; die Erntschildung hat ar allein. Sie hurtiger Anst weint bie Entscheid, int tutzet Ansuhung bes Iro und Contra, die Entscheidung hat er allein. Ein hurtiger Kopf, meint Friedrich, findet sich bei dieser Einrichtung leicht in dem Wesentlichen der Geschäfte zurecht. Ist der Mouarch zweiselhaft, so mag er einen oder den anderen Minister, ber besonders sachverständig ift, fommen laffen und fie über die Frage hören; aber jeden besonders, und ohne daß der andere etwas davon erfährt. So wird er am sichersten weise einas vavon ersagtt. So wird er am sichersten zu der richtigen Entscheidung gelangen. Diese Regierungs-weise ist besser als die, bei der der König im Kate der Minister präsidiert. Aus großen Versammlungen gehen in der Regel keine weisen Entschlüsse hervor. Die Intriguen der Minister untereinander, ihre persönlichen Interessen und Passionen, die Leidenschaft der Debatten — das alles hindert die sachliche Behandlung der Geschäfte bei solchen Be-ratungen, und das Geheimnis wird dabei immer übel bewahrt. Auf diesen Punkt aber legt der König das größte Gewicht. "Ich verschließe mein Geheimnis in mir selbst", sagt er; nur ein absolut zuverlässiger Sekretär erfährt davon — er meint den getreuen Eichel —; es ist also nicht möglich für die fremden Gesandten und Spione, etwas

davon herauszubekommen, fie mußten benn ben König felbst bestechen. Die fremben Minister hält sich ber König überhaupt gern möglichst weit vom Leibe. Das läßt sich tun, weil man in Preußen seit Friedrich Wilhelm I. das Hofzeremoniell abgeschafft hat; erst dadurch ist der König frei geworden, Herr seiner Zeit und seiner Entschließungen. Die Zeit und Mühe, die an anderen Hösen mit Rang- und Seit und Winge, die un anderen Joseph und Annlichen Stifettestreitigkeiten, mit Ambassadeurpomp und ähnlichen nichtigen Dingen vergeudet wird, kann in Preußen besser angewandt werden. In Preußen soll der König nicht repräsentieren, sondern er soll regieren, d. h. arbeiten. Zu einem vernünftigen Regiment gehört nun vor allem

Meuschen- und Personalkenntnis, Bekanntschaft mit Land und Leuten. "Es gibt wenige Menschen," sagt Friedrich, "die ganz ohne Talent sind; man muß es nur verstehen, jeden an die richtige Stelle zu bringen." Dazu bedarf es natürlich unablässiger Beobachtung und der Fähigkeit, Geister zu unterscheiden. Als ein Hilfsmittel dazu ist dem König offenbar die Aufstellung von provinziellen Charaktertypen erschienen, wie er sie sich aus der Erfahrung abstrachiert hatte. Er geht die einzelnen Provinzen durch; es ift haupt-fächlich nur der Abel, den er dabei im Auge hat. Die Oftpreußen charakterisiert er als feine, verschmitzte Leute, geschmeidig und brauchbar im Dienst; sie müssen nur nicht zu lange in ihrer Provinz bleiben, ohne herauszukommen. Die Pommern sind gradsinnig und naiv. Sie geben die besten Ofsiziere und Beamten; aber sie taugen nicht zu diplomatischen Verhandlungen, bei denen es auf Feinheit und Verstellung ankommt: bazu find fie zu offen und freis mütig. Den Abel ber Mark Branbenburg schätzt ber König vornehmlich wegen seiner Treue und Anhänglichkeit an bas Horneymitch wegen seiner Treue und Anhanglichteit an das Haus Hohenzollern. Die kurmärkische Landschaft hatte durch ihr Darlehn in der Not von 1744 den Staat gerettet; das hat der König seinen Märkern nie vergessen. Im übrigen urteilt er nicht allzu günstig über sie: sie sind zu sehr zu Vergnügungen und Verschwendung geneigt; sie haben weder den seinen Verstand der Ostpreußen, noch die Solidität der Pommern. Uehnlich ist es im Magdeburgischen. Die Schlesier sind gutmiitig, aber es sehlt ihnen an Erziehung und Bildung. Sie sind eitel, geneigt zu Luxus und Versichwendung, für Prunk und Titel sehr empfänglich, aber wenig geeignet zu andauernder Arbeit und zu den harten, entsagungsvollen Anstrengungen des militärischen Dienstes. Den Westfalen in Minden und der Grafschaft Mark sehlt es etwas an Schliff, aber es ist ein tüchtiger Menschenschlag, von Gemeinsinn und Zuverlässigkeit; in der großen Welt machen sie keine besondere Figur, aber im Staatsdienst sind sie gut zu gebrauchen. Die einzige Provinz, von der der König schlechtweg ungünstig urteilt, ist Cleve. Das Volk ist faul, der Abel imbecil, ohne Talente und ohne Erziehung, eine degenerierte Rasse.

Im großen und ganzen ift er doch voll Lobes über ben Abel seiner Provinzen. Diese treuen und würdigen Abelskorporationen sind ihm die Grundlagen und die Säulen des Staates. Er ist bestrebt, sie zu einer von staatlichem Geiste getragenen Einheit zusammenzusassen, ihnen einen "esprit de corps et de nation" einzuimpsen. Das Offizierstorps der Armee soll die Schule für dieses preußische Staatssesihl sein. Er habe immer darauf gehalten, sagt der König, daß unter den Offizieren austatt der Provinzialnamen der gemeinschaftliche Name Preußen in Ausnahme komme. Abel und Offizierkorps sind für ihn Begriffe, die untrennbar zusammenhängen. Er will keine Bürgerlichen im Offizierforps; er traut ihnen die persönlichen Qualitäten nicht zu, die er von seinen Offizieren fordert. Er will aber auch keine abligen Ausländer: benen ist im allgemeinen die preußische Distiplin zu hart; fie scheiben balb wieder aus und bereichern bann andere Mächte mit ben in der preußischen Urmee gemachten Erfahrungen. Er will, daß der Adel seines Landes sich neben dem Landbau in erster Linie dem Kriegsdienst widme. Das persönliche Basallitätsverhältnis wird trop der Allodisitation der Lehen festgehalten; Basallentabellen werden regelmäßig geführt und unterrichten den König darüber, was jeder seiner Edelleute tut und treibt. Scharse Editte verbieten ihnen, ausländische Dienste anzunehmen oder überhaupt im Ausland zu leben. Wer nicht bei ber Armee eintritt, wird gestissentlich zurückgeset hinter benen, die bienen; dem armen Abel in Pommern, in Preußen, in Oberschlesien wird durch die Kadettenanstalten Gelegenheit gegeben, seinen Söhnen eine passende Erziehung zuteil werden zu lassen, wobei ein sanster Zwang noch hin und

wieder angewandt wird.

Es ift doch schon ein ganz anderes Verhältnis zwischen Krone und Abel, wie unter Friedrich Wilhelm I. Das Mißtrauen ist geschwunden; von der alten Kampstimmung ist seine Spur mehr. Erhaltung und Pflege des Abels wird geradezu als eine der ersten Pflichten des Königs bezeichnet. Die alten Familien müssen im Besitz der Rittergüter bleiben; dem dürgerlichen Kapital muß der Weg dazu verschlossen gehalten werden; es mag sich in Handel und Gewerde betätigen. Wo eine Abelssamisse zu verarmen, ihren Besitz zu verlieren Gesahr läuft, da muß der König zusehen, ob er ihr nicht mit seinen Unterstützungen auschelsen fann. Auch mit Domänenprozessen soll man die Ebeleute nicht mehr schisanieren, wie unter Friedrich Wilhelm I.: denn — so schrieb der König wenige Jahre vor dem Testament in den Anweisungen zu einer erneuerten Instruktion des Generaldirektoriums —: "ihre Söhne sind es, die das Land desendiren; davon die Rasse so gut ist, daß sie auf alle Weise meritiret conservirt zu werden."

Die Landwirtschaft des Abels in den ostelbischen Provinzen

Die Landwirtschaft bes Abels in den ostelbischen Provinzen war auf das gutsherrlichebäuerliche Verhältnis der Erbuntertänigkeit begründet. Der König hat nicht die Absicht gehabt, dieses Verhältnis aufzulösen. Er ist kein sozialer Reformator großen Stils, trot der humanitären Betrachtungen über diesen Gegenstand, die ihm wohl einmal aus der Feder gestossen sind. ift nur die Milberung, die Humanisserung des Verhältnisses. Er will die ungemessenen Frondienste beseitigen, die in manchen Prodinzen üblich waren; er will, daß der Bauer nicht mehr als zwei, drei, höchstens vier Tage in der Woche zu dienen hat. Auf den Domänen hat er das zur Durchsührung gebracht; auf den Rittergütern in Pommern und Preußen sanden seine Behörden dabei nicht das gewünschte Entgegenkommen von

seiten des Abels. Einen Zwang aber wollte der König nicht ausüben. Nur auf einen Punkt hat er mit unserschütterlicher Festigkeit gehalten: darauf, daß kein Morgen Bauernland mehr an die Rittergüter überging, sei es durch Kauf oder auf andere Weise. Die Versuchung, Bauern zu legen, um die Gutössäche zu vergrößern und abzurunden, war damals sehr stark, da man im Uebergang zu neuen Wirtschaftsmethoden begriffen war, die dies Versahren sür die Güter als sehr ersprießlich erscheinen ließen. In dem schwedischen Neudorpommern, in Mecklendurg ist im 18. Jahr-hundert ein großer Teil des Bauernstandes infolge dieser Verhältnisse aufgesogen worden; in den augrenzenden preußischen Gebieten ist er erhalten geblieben. Das ist die Wirkung des friberizianischen Bauernschunges, den das Testament auch sür die Nachsolger einschäft. Hier kam die Rücksicht auf Staatsinteressen ersten Ranges zur Geltung, nämlich auf die Stärfe der Bevölkerung, in der Friedrich den wahren Reichtum der Staaten sah, und auf die Ergänzung des Heeres aus den Kantons, die er immer wie seinen Augapsel gehütet hat.

So wird also die ständische Glieberung des Volkes von Friedrich gestissentlich beibehalten und konserviert; aber sie gewinnt eine andere Bedeutung in seinem Staat, als sie in der territorialen Epoche gehabt hatte. Da war sie lediglich der Ausdruck der sozialen Machtverhältnisse gewesen und hatte in der Hauptsache den Interessen der herrschenden Klassen gedient. Jetzt wird sie zur Grundlage einer politischen Arbeitsteilung gemacht, bei der die staatlichen Aufgaben auf die verschiedenen Gruppen der dürgerlichen Gesellschaft verteilt werden. Der Abel stellt die Offiziere; der Bauernstand hat die Kantonisten zu liesern und die Kontribution zu zahlen; das städtische Bürgertum trägt in der Atzise den bedeutendsten, sich stetig mehrenden Teil der Steuern, auf die Heer und Staat begründet sind. Kein Stand soll in die Sphäre des andern übergreisen, jeder soll in seinen eigentümlichen Besitz und Birtschaftsgrundlagen geschützt werden: auch der Stadtbürger genießt ein solches Extlusivprivileg, indem Handel und Handwerk samt dem wichtigen

Braugewerbe als städtische Rahrungen nur in akzisbaren Orten betrieben werden dürsen. Die Armee aber, für die alle Stände leben und arbeiten müssen, ist doch auch wieder ein Instrument zur Beledung des wirtschaftlichen Verkehrs, weil sie dei den bestehenden Einrichtungen eine ganz außervordentliche Steigerung der Konsumtion bedeutet; denn der Soldat wird nicht in staatlicher Menage verpslegt, sondern muß sich alle Lebensbedürsnisse von seinem Solde kaufen. Das heer war auch sonst nicht außer allem Jusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft: die Kantonisten weilten 10 Monate im Jahre auf Urlaub in ihrer Heimat, und gerade in der Zeit, wo die Landwirtschaft ihre Hände sür der Armee ausmachen sollten, waren zum Teil vom Wachtsbeussen, zur Schonung der Kantons, etwa die Hälfte der Armee ausmachen sollten, waren zum Teil vom Wachtsbeusst der und arbeiteten als Gewerbegehilsen in den Manusakturen, während ihre Frauen häusig einen kleinen Höserhandel trieben. Trop dieser Einbürgerung der Armee standen sich Militärz und Zivisbevölkerung als zwei fremdartige Bestandteile im Staate gegenüber, und häusig same se, namentlich in den kleinen Garnisonen, zu Reibungen, bei denen das Bürgertum der leidende Teil war. Auf diesen Uebelstand kommt der König in seinem Testament zu sprechen. Er will streng darauf gehalten wissen, das die ürgerliche Bevölkerung nicht vom Militär brutalisiert werde; er stellt den Grundsa auf, das der König das Gleichgewicht halten müsse zwischen der Lumee und dem Lande.

Dabei hat er sich aber doch sehr deutlich ausgesprochen über die Kangordnung, die er zwischen Zous Militär, erklärt er, muß die erste Stelle im Staate haben; das Offizierkorps muß der erste und geachtetse Stand sein. Bon Offizieren,

stand beobachtet wissen wollte. Das Militär, erklärt er, muß die erste Stelle im Staate haben; das Dssizierkorps muß der erste und geachtetste Stand sein. Bon Offizieren, die man nicht mit Achtung und Auszeichnung behandelt, kann man nicht verlangen, daß sie mit Ehren dienen. Diese Männer, die jeden Noment bereit sind, ihr Blut für das Baterland zu vergießen, müssen auch im Frieden das Aussehen genießen, das sie sich im Kriege verdient haben. "Ich habe selbst Krieg geführt — sagt er — und habe

gesehen, wie östers ein Oberst über das Schicksal des Staates entschieden hat. An solchen Gutscheidungstagen lernt man den Wert der guten Ossisiere schäßen; da lernt man diese Männer lieben, wenn man sieht, mit welcher hochberzigen Todesverachtung, mit welcher unerschütterlichen Geistesstärke sie dem Feind die Stirn bieten und ihn zwingen, das Feld zu räumen." Dafür gebührt es sich, daß man ihnen auch im Frieden die Chren und Auszeichnungen erweist, die in Preußen üblich sind. Sie verdienen den Vorzug vor jenen kleinen und weichlichen Seelen, die nur gut sind, die Antichambres zu möblieren; das ist ein schwaches Rauchopfer auf dem Altar des Ossisierstandes; der König bedauert nur, daß er nicht die Mittel habe, die verdienten Männer anders zu belohnen.

Nirgends spricht Friedrich in diesem Testament mit ftärkerem Nachdruck, mit eindringlicherer Beredsamkeit als ba, wo er von der Notwendigkeit redet, daß der König von Preußen selbst Soldat sein muffe, der Führer seiner Armee in Krieg und Frieden. Das ift eine unerläßliche Pflichtleistung für den Monarchen, ohne die es mit der preußischen Disziplin bald bergab gehen würde. Er findet nicht Worte und Wendungen genug, um biefen fundamentalen Sat zu bemonstrieren. Er weist warnend auf das Beispiel Schwedens nach dem Tode Karls XII., auf das Hollands nach bem Tode Wilhelms III. hin. Er spricht mit Berachtung von ben Königen, die es verschmähen, sich an die Spige ihrer Armee zu ftellen: sie geben sich damit selbst bas Zeugnis ber Feigheit ober ber Unfähigkeit. Mit scharfen Worten brandmarkt er die Trägheit, Weichlichkeit und Bergnugungssucht berer, bie fich vor ben Strapagen und bem Einerlei des militärischen Dienstes scheuen. Er stellt ein modern-ritterliches Lebensideal auf, das an Selbstverleugnung, Entfagung und heroischem Geift an die Blütezeit ber geiftlichen Ritterorden erinnert. Er vergleicht bie Difgiplin eines Regiments mit ber Klofterbifziplin eines Mönchstonvents. Der Ton seiner Rede wird wärmer und fast schwungvoll, wenn die militärische Aber seines Wesens sich regt. "Ich bin in der Armee erzogen worden von meiner Kindheit an. Meine Wiege war mit Waffen umgeben. Ich habe vom Kapitän aufwärts burch alle Grabe gedient. Mein Bater zwang mich, in meiner Jugend mich um alles zu bekümmern, was die Disziplin der Truppen, die Verpflegung, das Exerzitium, die taktischen Manöver angeht." So muß es auch in Zukunft in Preußen gehalten werden. Der Roi-Connétable muß militärischer Fachmann sein, er muß sein eigenes Regiment haben, um fortbauernd in Uedung zu bleiben und Gelegenheit zu eigenen Erfahrungen zu haben. Die Zusammensehung bes Offizierforps in allen seinen Graden muß eine seiner ersten Sorgen sein. Hier an der Spitze der Armee, bei der Blüte seines Abels, bei der Elite seines Boltes ift fein natürlicher Play.

Man fühlt, mit welcher Barme ber fonigliche Rriegs=

Man fühlt, mit welcher Wärme ber fönigliche Kriegsherr sich durchdringt bei dem Gedanken, daß er Tausenden
von starken und einsachen Seelen einen idealen Inhalt für
ihr Leben gegeben hat, ein Ziel für eblen Ehrgeiz und
Wetteiser, dem er selbst sie entgegenführt.
Das ist der Staat, die Macht, der Ruhm der Waffen,
die Ehre des preußischen Namens. Es ist nicht ein Letzes
und Höchstes sür Menschenseelen, aber es ist ein Ziel des
Schweißes der Edlen wert; es ist die Quelle jenes begeisterten
helbentums, das aus den schönsten Versen Ewald von
Kleists spricht; es ist der Gedanke, der auch den König selbst
ganz beherricht und durchdrungen bet

gang beherricht und durchdrungen hat.

ganz beherrscht und durchdrungen hat.

Und das scheint mir der Punkt zu sein, von dem aus diese Persönlickeit mit dem weitgespannten Horizont ihrer Interessen, mit all ihren Eigenheiten und Widersprüchen, ihrem ganzen Tun und Lassen, am vollkommensten erfaßt werden kann. Ein heroisches Ethos liegt auf dem tiessten Grunde dieser Menschensele, deren Oberstäche von so mannigfachen Strömungen bald anmutig gekräuselt, bald heftig bewegt wird. Ein militärischepolitischer Asket tritt uns entgegen mit einer starken komplementären Neigung zu den seinsten geistigen Genüssen, in denen er sich erholt und zu neuer Arbeit erfrischt. Hier ist nicht jene harmonische Bollendung der Persönlichkeit, die Goethe als das größte Glück der Erdenkinder preist. Es ist ein Sprung in diesem Leben; und der eiserne Reis, der es zusammenhält, ist die

Bflicht und die Arbeit. Mus den Blättern des Teftaments spricht und die Arbeite. Aus den Statten des Sepandents spricht eine ungebrochene Tatkraft, zuweilen selbst eine ftille Heiterkeit; aber ein scharfer, ironischer Ton klingt mit, der im Grunde Resignation bedeutet. Die Fähigkeit zu einem gangen und vollen Menschenglud ift biefer Seele früh verloren gegangen. Ju dem klösterlichen Haushalt von Sanssouci hat Frauenliebe und Familiengluck keine Stätte gefunden; und ftatt ber warmen Sonne ber Religion leuchtete über biefem Leben ber falte Sternenschein einer Bhilosophie, deren lettes Wort der Zweifel war. Des Dienstes ewig gleichgeftellte Uhr hat ben Lauf biefes Ronigslebens im Gleise erhalten. Nicht bloß durch die harte Zucht des Baters, ber ihm in Träumen wohl noch als ber Richter seiner Handlungen erschien, mehr noch durch eigene unab-lässige Selbsterziehung ist Friedrich dazu gelangt, mit seiner gangen Perfonlichkeit im Staate aufzugehen. Er hat felbft einmal gefagt, er habe alle feine Leibenschaften bem Staate zum Opfer gebracht. Auch die mächtigste: den starken Ehrgeiz seiner glücklosen Seele. In der Jugend war es die Ruhmbegierde, die ihn zu großen Taten trieb, das an ben erhabenen Beispielen bes Altertums entzündete Berlangen, fich einen Namen in der Welt und in der Geschichte zu machen. Aber im Lauf ber Sahre hat biefer Ehrgeiz das Persönliche mehr und mehr abgestreist; er hat sich ganz durchdrungen mit den Bedürsnissen und Interessen des Staates: eine magvoll abwägende Staatsraifon ift es, die hinfort alle Handlungen des Königs beftimmt und regelt. Er zwingt alle feine Bunfche und Gebanken, burch biefes flärende Medium hindurchzugehen; er hämmert seine leidensichaftliche und oft so weiche Seele, daß sie hart und elaftisch wird wie Stahl. Der Staat war ihm alles; er ersette ihm Familie, Freundschaft, selbst die Religion. Ein heiliges Feuer glüht in seinen Worten, wenn er von ber Majestät bes Staates rebet; er ift ihm wie eine lebendige Perfonlichkeit.

Dieser Staat hatte ihn erzogen mit seinem unerbittlich heischenden Pflichtgebot. Aber auch er selbst hat wiederum bem Staate etwas von seiner großen schwungvollen Seele eingehaucht. Er wollte, daß sein Preußen allezeit ein heroisch-aristofratischer Kriegerstaat bleiben solle, wie es Rom in seiner großen Zeit und wie es Schweden unter Gustav Abolf und Karl X. gewesen war. Dem unhistorischen Denken des 18. Jahrhunderts konnte es wohl scheinen, als bedürse es nur eines klaren Willens und einer starken Hand, um den einmal begründeten Zustand durch den Fluß der Zeiten hindurch zu erhalten. Wir wissen, das wachsen und Wuchern der Volksträfte auch durch den mächtigsten Willen nicht für immer in starre Formen gesbannt werden kann; aber die Erinnerung an Friedrich den Großen hat doch auch in unsern Tagen jene moralischen Kräfte wiederbelebt, die einst das alte Preußen gegründet haben.

Unendlich vieles hat sich gewandelt seit den Tagen des großen Königs, in unserm öffentlichen Leben wie in ber geistigen Rultur. Das eigensinnig rationalistische System seiner Ständegliederung ist gefallen; die Staatsgesinnung ist nicht mehr ein Privilegium der adligen Geburt; das heer ift ein Bolt in Waffen geworben. Un die Stelle bes funftlichen Mechanismus seiner Gleichgewichtsbestrebungen ift eine mehr organische Struftur von Staat und Bolkswirtschaft getreten. Die preußische Disziplin hat sich mit der deutschen Bildung vermählt; aus biesem Bunde ist das neue Reich entsprungen, das bem alten Bartifularismus ber preußischen Machtpolitik für immer ben Boden entzogen hat. Auf weiterer Weltbuhne fpielt heute der große Wettkampf ber Nationen; eine Kriegsslotte, von der der große Friedrich noch nichts wissen wollte, ist heute für das Reich ein bringendes Erforbernis geworben. Aber in all biefen Bandlungen ift boch der alte militärische Geist unseres Staatswesens erhalten geblieben, und das Ibeal bes König-Connétable ift auch heute noch in ber erlauchten Person unseres kaiserlichen Herrn eine lebendige Macht. Mit bem Rompak friberizianischer Staatsraifon an Bord fonnen wir mutig die Jahrt zu neuen Zielen wagen. Möge Seiner Majestät dem Kaiser beschieden sein, in langer und glück-licher Regierung das große Werk zu sördern, das er mit vorschauender Kühnheit in hohem Sinne begonnen hat. Möge die neue Epoche, die er eröffnet hat, seinem Bolke Heil und seinem Namen den undergänglichen Ruhm der Geschichte bringen! Wir aber wollen in sester Treue zu ihm und seinem Hause stehen, in guten und schlimmen Tagen, wie es preußischen und beutschen Männern geziemt. Das ist unser Gelübde und Bunsch am heutigen Tage. Gott segne und erhalte den Kaiser!





Prenfische Reformbestrebungen vor 1806.

Namen Steins und Hardenbergs tragen, einen neuen Abschnitt unserer Geschichte zu beginnen. In ihnen sind politische Ideen hervorgetreten, die unendliche Wichtigkeit für die ganze nachsolgende Zeit besitzen; aber bei der Umbildung der staatlichen Einrichtungen, um die es sich zunächst handelte, sind diese neuen Ideen nicht das ausschließlich Wirksame gewesen. Teils in Verdindung, teils im Gegensaß mit ihnen wirkten Bestrebungen, deren Zusammenhang mit den Bedürsnissen und Traditionen des alten Staatslebens noch immer erkenndar ist, und denen ein bedeutender Anteil an der Feststellung der neuen Ordnung der Dinge zukommt. Die Vergangenheit behauptete ihr Recht. Indem sich die Erundzüge des altpreußischen Militärzund Beamtenstaates erhielten, blieb die Kontinuität unserer politischen Entwickelung gewahrt.

Die Zeitgenossen glaubten wohl, daß es sich um einen jähen Bruch mit der Bergangenheit, um einen völligen Umsichwung aller öffentlichen Berhältnisse handle. Mit erklärslicher Schen vermieden die Reformer, an frühere Bestrebungen anzuknüpfen. Nach der höchsten sittlichen Idee wollte Altensftein, der philosophische Freund Fichtes, den Staat von Grund aus rekonstruieren; und der stetz empfängliche Hardensberg eignete sich diesen spekulativen Gedanken an, der seinen liberalen Resormplänen so trefflich zustatten kam. Vollends Steins politische Reale standen in schroffem Gegensatz zu

bem Geift der altpreußischen Verwaltung. Und doch fann die Reform feit 1807 in gewiffem Sinne als eine Fortsetzung ber Bestrebungen betrachtet werden, die seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. im Gange waren. Das alte Staatswesen ift nicht zugrunde gegangen, ohne den Bersuch unternommen zu haben, fich aus eigener Kraft zu regenerieren. Dieser Bersuch ift in der Hauptsache miß= lungen; aber bie Geschichte barf ihn beshalb nicht mit Stillichweigen übergehen. Es fehlt biefen Bestrebungen bie Energie und ber ibeale Schwung ber fpateren Reit; aber in der Aufftellung und Rlärung prattifcher Aufgaben haben fie vorbereitend gewirkt. Gie bedurften des mächtigen Unstokes ber Ereigniffe, um jum Ziel zu gelangen; aber auf der andern Seite war doch die geistige Disposition ber Staatsleitung, von der fie zeugen, die notwendige Boraussetzung bafür, daß unmittelbar nach ber Niederlage bie Bahn ber Reform fo ficher und entschieden beschritten murbe.

Diese Reformbestrebungen sind bisher nicht in ihrem ganzen Umfange bekannt geworden: ich möchte versuchen, das Bild davon mit Hilfe neuer archivalischer Materialien 1)

in einigen wesentlichen Bügen zu erganzen.

Friedrich Wilhelm III. war weit entfernt von dem verblendeten Optimismus, der vor Jena in Preußen so weit verbreitet war. Die Reformstimmung, die bei ihm von Anfang an hervortritt, wurzelte in der Uederzeugung, der er mehrsach Ausdruck gegeben hat, daß im Heer wie in der Verwaltung Uebelstände herrschten, an denen der Staat zugrunde gehen müsse, wenn nicht beizeiten Abhilse geschafft werde. Wie 1807, so wurde auch zu Beginn seiner Regierung die Ausgabe der Resorm zwei Immediatsommissionen übertragen, einer militärischen, die schon seiner administrativen, die das System der inneren Verwaltung vom Standstand

¹⁾ Es handelt sich namentlich um die Aften der jüngst neugeordneten Kabinettsregistratur Friedrich Wilhelms III. don 1797 bis 1806 im Gesteimen Staatsarchid, auf die herr Archivar Dr. Weinede mich ausmerksam zu machen die Glite hatte. Sine Beröffentlichung der wichtigsten Materialien aus diesem Gebiet ist für die Acta Borussica in Aussicht genommen.

vunft bes neuen "Reitgeiftes" aus einer Brüfung unterwerfen follte. Die Arbeiten der ersteren hat b. d. Golk in feinem Buche "Rogbach und Jena" bargeftellt; bie ber letteren find bisher unbeachtet geblieben 2). Ift von den militärischen Reformporichlägen bes Rönigs gesagt worben. daß fie nur leicht den eigentlichen Git bes Uebels ftreifen 3), fo lagt fich von ber Inftruktion für die Finangkommiffion, die ein sehr perfönliches Gepräge trägt, etwas Aehnliches behaupten. Sie zeugt von eingehendem Studium ber Berwaltungegrundfäte und von gesundem Urteil; aber ein gielbewußtes, von ichopferischen politischen Gebanten getragenes Reformprogramm enthält fie nicht: fie ift mehr nur ber Niederschlag beffen, was in einem Teile des höheren Beamtentums an Reformtendenzen von allerlei Urt verbreitet mar. In der Fassung dieses Altenstücks tritt uns die ganze Beränderung der Lage feit den Tagen Friedrichs d. Gr. entgegen: der König befiehlt nicht mehr schlechtweg seinen Dienern, er forbert ihren Rat.

Von jozialen Reformplänen ist hier noch nicht die Rede; gerade sie aber gewannen in der nächsten Zeit eine besondere Bedeutung. Es war wohl der Minister Strueusee, der sie im August 1799 dem französischen Geschäftsträger folgendermaßen schilbert !):

"Die heilsame Revolution", sagt er, "die Ihr von unten nach oben gemacht habt, wird sich in Preußen langsam von oben nach unten vollziehen. Der König ist Demokrat

⁷ Riebel, der die Immediatkommission erwähnt (Brandenburgischpreußischer Staatshaushalt S. 200 f.), ist auf deren Arbeiten nicht eingegangen. Nährer Mitteilungen über die Zusammensehung, den Geschäftsplan und die Urbeiten der Finanzkommission behalte ich mir für einen anderen Ort vor; hier mögen nur die Namen der Mitglieder genannt werden: die Minister Hohm, heinig, Schulenburg, Struensee; die Geh. Näte Beder (der älteste), Ernsthausen, Grothe, Gerhardt, Borgstede, Schulh, Weiher, Labaye. Schulenburg hat an den Arbeiten der Kommission kaum teilgenommen; Ernsthausen wurde 13. Oktober 1798 didpensiert; sur Schulk trat 25. September 1798 der Geh. Finanzard d. Knoblod ein. — In der Kommission überwogen also die älteren, tonservativeren Elemente des Beamtentums. — Protokollführer war Friedrick Gent, damals Kriegstat.

³⁾ Lehmann, Scharnherft 2, 8.

⁴⁾ Bailleu, Preugen und Frankreich 1, 505 (Otto an Talleyrand 13. Aug. 1799).

auf seine Weise: er arbeitet unablässig an der Beschränkung der Abelsprivilegien und wird barin den Plan Josephs II. versolgen, nur mit langsamen Mitteln. In wenig Jahren wird es in Preußen feine privilegierte Klasse mehr geben."

Die Aeußerung ift offenbar ftark auf den frangösischen Sörer berechnet. Ob die Reformabsichten bes Königs so umfassend und entschieden waren, wie sie sich darin spiegeln, mag bahingestellt bleiben; wenn aber hinzugefügt wird, bag biese Grundsätze von ihm aus der französischen Revolution geschöpft seien, so wird man begründeten Zweisel erheben dürfen. Die allgemeine Joeenrichtung, die in der fran-zösischen Revolution so sehr viel schärfer zum Ausdruck kam, bie individualiftisch-naturrechtliche Auffassung von Staat und Gesellschaft, war schon längst ein Gemeingut ber europäischen Kulturwelt. Sie hatte in Preußen unter Anknüpfung an bie Traditionen ber friderizianischen Zeit eine eigenartige Ausprägung erhalten in den Juristenkreisen, aus benen ber Entwurf bes allgemeinen Gesetzbuches hervorgegangen war, vor allem bei Suarez, durch den ja Friedrich Wilhelm selbst als Kronprinz in das Gebiet des Staats- und Verwaltungsrechts eingeführt worden war. In Suarez haben wir offenbar die Quelle zu feben, aus ber die auf staatsburgerliche Gleichheit gerichteten Bestrebungen bes Königs abgeleitet sind. Seine Ausführungen klingen mehrfach in den königslichen Kundgebungen jener Tage wieder. Und gemahnt es nicht ichon an die Formel, in die bas Steinsche Teftament ben Grundgedanken der Reform faßte, wenn wir in den Vorlesungen von Suarez⁵) den Sat finden, daß der weise Regent seine Untertanen nicht als Maschinen, sondern als freie Bürger beherrschen und bafür sorgen musse, baß jeder unter ihnen seine Kräfte und Fähigkeiten nach eigener Einsicht und Neigung zur Beförderung seiner Glückseitzeit frei gebrauchen tonne.

Die Rabinettsräte Menden und Benme vertreten in ber Umgebung bes Königs ben fortbauernben Ginfluß Suarezicher Iheen. Sie bürfen überhaupt als die eigentlichen Träger

⁵⁾ Stölzel, Suarez G. 304.

ber Reformbestrebungen betrachtet werden. Menden hat an beren Ginleitung offenbar hervorragenden Anteil genommen6), ift bann aber balb guruckgetreten?) Gemiffermagen unter bem Reichen der Reform wurde Benme, der früher am Landrecht mitgearbeitet hatte, aus bem Rammergericht ins Rabinett berufen 8); er ift die treibende Rraft in der Frage ber Bauernbefreiung gewesen 9). Cbensowenig wie Menden ein Staatsmann großen Stils, befaß er boch mehr Betriebfamteit und aufstrebenden Chrgeig: namentlich in den inneren Ungelegenheiten hat er einen maggebenben Ginfluß erlangt. Es fehlte ihm nicht an boberen Gefichtspunften; eber an ber praftischen Schulung im Bermaltungsbienft: feine Beschäfts= behandlung ift nicht ohne einen Zug von juriftischem Formalismus und bottrinarer Ueberhebung Gein perfonlicher Ronflitt mit Barbenberg, Die leidenschaftliche Gegnerichaft Steins gegen ihn erflären fich hauptjächlich aus bem unheilvollen Anteil, ben er 1805 und 1806 in Berbindung mit Lombard an ber auswärtigen Politit nahm. In ber Behandlung ber inneren Angelegenheiten tritt ein prinzipieller Begen= fat faum je hervor 10).

Dennoch war die Kabinettsregierung an sich auch der inneren Reform nicht förberlich. Sie hinderte den Einfluß der verantwortlichen, aussührenden Minister, ohne ihn doch

⁹⁾ Die große Inftruktion für die Finanzkommission vom 19. Februar 1798 ift nur in einem mundierten Exemplar und in Abschriften vorhanden; die begleitende Rabinettsorder an hohm vom selben Datum aber ist von Menden entworfen. Daß Menden als "Jatobiner" galt, ist ja bekannt. Die Bernsung der Konmission ist ein eigener Gedanke des Königs, wie aus dem charafteristischen Schreiben an Ködrig vom 16. November 1797 (bei Eylert 1, 107 ff) hervorgeht. Rücklig oder Menden sollten bei den Beratungen der Kommission gewissermaßen die Stelle des Königs vertreten. Für Menden trat im Dezember 1799 Bebme ein.

⁷⁾ Rrantheitshalber, feit 1800: er war in hohem Grabe fdwinbfuchtig und 30g fic auf ein Landgut gurud.

⁸⁾ Im Februar 1798, eben als bie Finangtommiffion niebergefest wurde.

⁹⁾ Wie unter vielem andern aus einer (noch nicht veröffentlichten) Denksichtift bom 23. Juli 1798 hervorgeht, die der Kabinettsorder vom 25. Juli augrunde liegt.

¹⁰⁾ Rur in ber vielumftrittenen Frage ber Treforiceine war er ein Gegner Steins.

ersetzen zu können. Bei ber Unentschlossenheit bes Monarchen wirfte bies Berhältnis lahmend auf alle Bewegungen ber Staatsmaschine, die durchaus auf einen fräftigen, einheit-lichen Antrieb von oben berechnet war. Welch ein Unterschied zwischen ben Reformkommissionen von 1807, die unter bem Smpuls Steins arbeiteten, und benen von 1798, die in der Sauptsache fich felbst überlaffen blieben! Rur ein starter diftatorischer Wille vermag große Reformen durchs zusehen: barum war es dieser Regierung wohl gegeben, vorzubereiten, aber nicht zu vollenden.

Um weitesten ist die Borbereitung der Reform wohl auf dem Gebiete der sozialen Berhältnisse gediehen.

Es ift nicht richtig, daß die foziale Ordnung, auf welcher der Staat Friedrichs des Großen ruhte, in der Starrheit eines abgeschlossenen Systems bis 1806 fortbestanden habe, und daß durch die Gesetgebung von 1807 gemiffermaßen mit einem Schlage der ftanbische Staat in einen mobernbürgerlichen verwandelt worden fei. Es handelt fich hier um langsame, säfulare Beränderungen. Die Gesetgebung von 1807 ift im Grunde nur der Abschluß einer langen, vorangegangenen Entwickelung.

In zwei großen Uften hat sich die Bauernbefreiung in Preußen vollzogen. Der Befreiung der Privatbauern, zu ber die Aufhebung ber Erbuntertänigkeit nur ber erfte Schritt war, ging die Befreiung der Domänenbauern voraus, die, wie Knapp gezeigt hat, in der Hauptsache von 1799 bis 1805 auf eine musterhafte Beise durchgeführt worden ist: eine "geräuschlose, tiefgreisende Reform", die in ihren sozialpolitischen Resultaten die spätere Regulierungsgeset;

gebung weit übertrifft 11).

Aber auch die Aufhebung der Erbuntertänigkeit bei ben Brivatbauern hängt mit den Reformbeftrebungen vor 1806 enger zusammen, als man bisber gewußt hat. Bekannt

¹¹⁾ Anapp, Bauernbefreiung 1, 96 ff. Schon bem Umfang nach war biefe Reformmagregel febr bebeutenb: nach ben Berechnungen Anapps hat fie in ben alten Provingen (mit Musichluß Colefiens) über 50 000 fpannfahige Bauern Bu freien Gigentumern gemacht, mabrend es fich bei ber fpateren Regulierunas= gefetgebung nur etwa um 45 000 hanbelt.

ift, daß der König schon seit 1798 den Plan versolgte, die Erbuntertänigkeit für alle noch nicht erwachsenen Personen aufzuheben und so allmählich aussterben zu lassen Personen sieser Plan von der Gesetstommission gebilligt, von dem Großkanzler und dem Generaldirektorium aber abgelehnt wurde und nicht zur Ausstührung gelangt ist 13). Aus der Kadinettskorrespondenz ergibt sich nun weiter, daß der König seine Absicht damit noch keineswegs ausgegeben hat. Er versuchte es jest mit einer provinziellen Regelung, zunächst in Ostpreußen. Der Minister v. Schroetter und der Großkanzler v. Goldbeck, die jenes ablehnende Votum mit unterzeichnet hatten, sind dabei seine Werkzeuge gewesen. Sie traten zunächst mit Deputierten der Stände in Verhandlung 14).

¹²⁾ Der eigentliche Urheber biefes Planes ist Behme (Bortrag an ben König vom 23. Juli 1798). Der Grundgedanke ist derselbe wie bei dem Emanzihationsebikt vom 9. Oktober 1807: Ausselbung der Erbuntertänigkeit ohne Rücksicht auf Dienstablösung und Berbesserung des Besitzechts. Gegenüber diesem abstraktnurrechtlichen Prinzip vertraten die älteren Praktiker (z. B. Schroetter) die Aussong daß die Regelung der wirtschaftlichen Berhältnisse der Proklamierung persönlicher Freiheit vorausz, ben müsse.

¹⁹⁾ Stabelmann, Prenßens Könige 2e. 4, 45 ff. Das ablehnende Botum bes Generaldirektoriums, das u. a. auch von harbenberg und Schroetter unterschrieben ist, hat doch keineswegs die Bedeutung eines schlechtin reformseinblichen Altes im seudalen Interesse, wie Cavaignac meint (Formation do la Prusso contemporaine S. 184). Die positiven Resormvorschäge sind immerhin beachtenswert; vor allem aber die Hervorsebung der praktischen Schwierigskeiten, die dieser Plan ebenso wie das Emanzipationsedikt von 1807 nicht beseitigt, sondern nur umgangen hat: so die Frage der Entschädigung der Gutscheren, die nachher dei der Regulierungsgesetzgebung wieder austaucht, und die Undvereinbarkeit des Planes mit dem Grundsat des sogenannten Bauernschützes. Das Botum stammt übrigens aus der Feder Goldbecks oder eines seiner Käte.

¹⁴⁾ Der Kanzler Graf Findenstein, bisher und, wie die Folge lehrte, auch weitersin ein Gegner der Reform, leitete die Berhandlungen der Deputierten zu Königsberg. Aus jedem der zwölf landrätlichen Kreise wurde ein Deputierter berusen. Dann sollte die Sache in den Kreisversammlungen behandelt werden. Kommissorium für Findenstein vom 11. Oktober 1802.) Schroetter, der sich offendar in Findenstein getäuscht hat, sah voll Bertrauen den Berhandlungen entgegen, mährend Behme von vornherein den großen Upparat der Deputiertenversammlung mißbilligte, von dem er die Vereitelung seines Planes besirchtete.

¹⁵⁾ Die Reigung der Deputierten ging dahin, die gange Sache abzulehnen, um ihren Mitständen nicht zu präjudizieren. Sie vereinigten sich schließlich auf einige Vorschläge, die den Kreisversammlungen vorgelegt werden sollten, die

Erlaß einer einseitigen königlichen Berordnung, die in dem Grundsatz gipfelt, daß alle seit dem Tage der Huldigung geborenen Kinder von der Erbuntertänigkeit frei sein sollten. Der Entwurf dieser Berordnung, datiert vom 6. Februar 1803, ist vom König nicht vollzogen worden, obwohl der Inhalt seinen Absichten vollkommen entsprach: wahrscheinlich scheute er in dieser kritischen Zeit vor einem Konflikt mit den Ständen zurück 16). Während nun Schroetterim Einverständnis mit dem Kadinett sortsuhr, unter dem ostpreußischen Abel sür den Plan des Königs Stimmung zu machen, sührte eine Anzahl von Ebelleuten unter lebhaster Billigung des Königs die Befreiung ihrer Bauern auf dem Privatwege durch, unter ihnen die sämtlichen Dohnas, ein Findenstein (Schönberg), Schroetter selbst. Aus den Kormen des Befreiungs-

aber so weit hinter den Forberungen der Regierung zurüchlieben, daß von der Bernjung der Kreisversammlungen iberhaupt Abstand genommen wurde. Sie wollten z. B zugestehen, daß die nach Publikation des Gefexes geborenen Kinder frei sein sollten; doch sollten sie dis zum 20. Jahre zum Gesindedienst berpsische bleiben. Die fibrigen Untertanen sollten in 40 Jahren judzessisch verpsische beiben. Die fibrigen Untertanen sollten in 40 Jahren judzessisch Die Borschläge der Kegierung enthielten bagegen solgende drei Punkte (die auch in dem Entwurf der Berordnung dom 6. Februar 1803 wiedertehren): 1. Kein Freier dars in den Stand der Untertänigkeit zurückreten (was die Deputierten Jugeben); 2. alle seit dem Holdigungstage geborenen Kinder sind frei; 3. alle Soldaten sind frei nach 20 juhriger Dienstgeit.

16) leber bie Motive bes Konigs finbet fich in ben Aften feine Undentung. Möglicherweise hangt bas Scheitern bes Plaues mit bem Ericheinen einer Brofchure "über bie Aufhebung ber Erbuntertanigfeit in Breugen" gufammen, bie am 1. Nanuar 1803 bon ber Ronigeberger Renfurbeborbe approbiert worben war, bald barauf aber wieber verboten murbe. Gie hatte offenbar ben reformfeindlichen Teil bes Abels in Barnifch gebracht, an beffen Spite ber Rangler Findenftein ftanb. Um 9. Februar melbete fich ber Ronigeberger Berleger beim Roniglichen Rabinett mit einem Gefuch um Aushebung bes Berbots. Die Schrift ging in ihren forberungen noch etwas weiter, als ber eben bem Ronig borliegende Entwurf. Sie ift offenbar bon bem Oberprafibenten b. Auerswald inspiriert, ber ber glubenbfte Bortampfer ber Reformfache in Oftpreugen mar: wenigstens ift eine bon ibm an Benme übergebene Dentidrift über benfelben Gegenftand bom 12 Auguft 1802 gum großen Teil barin enthalten. Unter bem Landvolt in Ditpreußen verbreitere fich jest wieder, wie icon 1798, das Gerücht, ber Ronig wolle alle Erbuntertanigfeit aufheben; nur bie Behorben und bie Butoherren wiberftrebten. hier und ba tam es ju tumultuarijchen Auftritten (im Sommer 18(3). Much bie Breffe bemächtigte fich ber Ungelegenheit. (Gothaer Nationalzeitung, bon Schroetter an Benne mitgeteilt, 24, Mug. 1803.)

inftruments, bas Schroetter an Benme mitteilte, erfieht man, daß die neue Ordnung des Berhältniffes in der haupt= sache auf dem Grundsatz best freien Bertrages beruhen sollte. Bon einem Zwang zur Wiederbesetzung ledig werdender Boffe, dem Kern des sogenannten Bauernschutzes, konnte dabei füglich nicht mehr die Rebe sein. Wie wollte der Staat solchen Zwang gegen den Gutsherrn zur Anwendung bringen, wo bieser sich der Befugnis begeben hatte, seinerseits ben Bauer zur Unnahme einer Stelle zu zwingen! Offenbar konnte man diesen Herren nicht wehren, gelegentlich Bauernhöfe einzuziehen; die Neigung bazu mar infolge ber wirtschaftlichen Beränderungen in hohem Mage vorhanden.

Nun ftand freilich, wie wir aus ben Forschungen von Rnapp wissen, ber Bauernschutz bazumal in Oftpreußen überhaupt auf schwachen Füßen; eine Kontrolle war bis in bas Jahr 1806 hinein kaum möglich 17). Nachdem aber durch die Verfügung vom 31. Mai 1806 18) ein fester Rechtsboben geschaffen und damit die wirkliche Ausführung der Vorschriften gegen die Ginziehung von Bauernland auch in Oftpreußen gefichert worden war, mußten die Gutsherren, welche die Bauernbefreiung durchgeführt hatten, ihren Standesgenossen in einer Art von Borzugsstellung erscheinen, da gegen sie die Strenge des Gesetze schwerlich zur Unwendung gebracht werben konnte. Go mag ber Abel Oftpreußens die vorteilhafte Seite der Sache kennen gelernt haben, das Uequivalent für den Berzicht auf die Erbuntertänigkeit, das er 1807 allgemein forderte und zugestanden erhielt. Bekanntlich hat Stein gegen diese verhängnisvolle Klausel sein Beto in die Wagschale geworsen; aber doch nur mit halbem Ersolge: der Bauernschutz verlor seine Wirksamkeit zum größten Teile, und der Grundsak, den Gutkkarrn, durch Bauernschutz zu gest. den Gutsherrn durch Bauernland zu entschädigen, murde der Eckstein der ganzen späteren Regulierungsgesetzgebung 19). Der Freigebung des Bauernlandes entsprach die Be-

feitigung bes abeligen Borrechts auf den Besit ber Ritter-

¹⁷⁾ Anapp 2, 97.

¹⁸⁾ Anapp 2, 101,

¹⁹⁾ Bgl. Anapp 1, 137 ff., 161 ff., 184 ff.

güter. Auch diese Maßregel trat 1807 nicht unvermittelt ein. Der Grundsat des Ausschlusses der Bürgerlichen, durch den Friedrich der Große versucht hatte, einen unsauschaltsamen wirtschaftlichessozialen Prozeß weniger im Standese als im Staatsinteresse zu verlangsamen 20), ist nach seinem Tode nicht mehr mit Strenge aufrechterhalten worden. Mit dem wachsenden Kapitalbedürsnis, der zunehmenden Verschuldung des Großgrundbessiges ward sür die Besiger selbst die Wohltat mit der Zeit zur Plage. Von Friedrich Wilhelm II. rühmt Herzberg, daß er mit dem friderizianischen Grundsat tatsächlich bereits gebrochen habe, und Marwiß klagt bitter darüber, daß unter Friedrich Wilhelm III. die königliche Erlaubnis zur Erwerbung von Rittergütern durch Bürgerliche, die das Landrecht vorschrieb, überhaupt niemals mehr verweigert worden seit 21).

²⁰⁾ leber bas Berfahren Friedrichs bes Großen binfictlich bes Ermerbs bon Rittergutern burch Burgerliche bgl. Breug 3, 78 ff. In biefer Richtung bewegte fich die Politit bes Ronigs feit 1749. Das Chift bom 18. gebruar 1775, bas ben bürgerlichen Ermerbern gemiffe Chrenvorrechte ber abeligen Guteberren entzieht, tonftatiert ausbrudlich, bag bie tonigliche Genehmigung jum Erwerb von Rittergutern burch Burgerliche bisher verschiedentlich erteilt worben fei, wo es im Intereffe ber bisberigen abeligen Befiger gelegen habe; baran wird auch funftig festgehalten. Die Entziehung ber Ehrenvorrechte traf übrigens, wie balb nachber burch eine besonbere Detlaration festgeftellt murbe (N.C.C. 1775 Mr. 3, G. 65), nur biejenigen burgerlichen Befiper, bie ein Rittergut feit Bublitation bes Gbitts bom 18, Rebruar 1775 erworben hatten. In Oftpreugen munichten übrigens bie Stanbe, bag bei Abfaffung bes Provingialgesehbuches diese in bas Preuß. Landrecht (Teil 2, Tit. 9 § 59) übergegangene Bestimmung aufgehoben werbe, ba fie "einen fleinen Zwed auf Roften eines größeren erreiche und nur bagu biene, bie Gemuter in eine icablice Spannung au bringen". Der Groftangler murbe benn auch in biefem Ginne angewiefen (Rabinetteorber an bas Generalbir, 20 Dft. 1798). - Die Rabinettsorber bom 14. Juni 1785, die ben Erwerb bon Rittergutern burd Burgerliche ichlechthin verbot (N.C.C.M. 7 Mr. 39, S. 3145), ift nicht über ben Tob bes Ronigs binaus in Wirtfamteit geblieben.

²¹⁾ Hertherg, Histor. Nachr. von dem ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms II. S. 9. Marwig, Nachsaß 2, 257. Die Akten bestätigen diese Angaben in der Hauptsache: Schon durch Kabinettsorder vom 24. November 1786 gab Friedrich Wilhelm II. seine Erlaubnis zum Verkauf eines abeligen Gutes an einen Bürgerlichen, indem er erklärte, er sei nicht abgeneigt, dergleichen auch künftig zu gestatten; nur müsse "das gehörige Berhältnis" zwischen Abeligen und Bürgerlichen dabei beobachtet werden: zu biesem Zweck fat das Generaldirektorium mit dem Justizdepartement gemeinschaftlich eine Nachweizung

Die Gesetgebung von 1807 sprengte nur bie Sulle, unter ber bie neuen Ginrichtungen langfam und fast un= bemerkt herangereift waren. Die politische und foziale herrenftellung ber Grofgrundbesiter bes Oftens hat weber fie noch die Reformgesetzgebung überhaupt beseitigt: ber ftarte Standesgeift biefer herrichenben Rlaffe blieb ungebrochen und hat auch die eintretenden burgerlichen Elemente in ber Bauptfache zu affimilieren vermocht.

Indem fich jo die Gebundenheit der ländlichen Befitund Standesverhältniffe langfam ju lodern begann, berschoben fich auch allmählich die Grundlagen, auf benen faft ein Sahrhundert hindurch die Wehrverfassung des Breußischen Staates geruht hatte. Wenn es auf die Dauer unmöglich wurde, die kantonpflichtige Feuerstelle, bas adelige Rittergut ben unberechenbaren Wechselfällen bes freien Berkehrs gu entziehen, fo mußte barauf Bedacht genommen werden, eine neue, fichere Quelle für die Erganzung bes Beeres zu eröffnen, jumal die großen Weltverhaltniffe bas Gebiet ber ausländischen Werbung im Reiche wie in Polen auf bas empfindlichfte eingeengt hatten. Diefer Bufammenhang ift freilich in feiner gangen Rlarbeit erft einer fpateren Beit jum Bewußtsein gefommen; aber aus ahnlichen Erwäqungen gingen zum Teil doch schon vor 1806 bie Blane gur Berminderung bes Ausländerstammes ber Armee, gur Gin-

barüber gu führen, wie viele Guter in abeligen, wie viele in burgerlichen Banben find. (Db bies gefcheben ift, habe ich noch nicht feststellen konnen.) Die Gefuche murben bem Ronig balb gu gablreich: eine RabinettBorber bom 27. Juli 1787 wies bie Brufung berfelben bem Lehnsbepartement gu, bas bie tonigliche Genehmigung in geeigneten gallen nachzusuchen batte. Der Bertauf follte gestattet merben, mo er gur Ronfervation bes abeligen Raufers ober feiner Familie gereiche. (Das traf wohl in weitaus ben meiften Sallen gu.) (Bublit. bom 30. Juli 1787.) Friedrich Wilhelm III. berweigerte pringipiell bie Erlaubnis jum Erwerb bon Rittergutern hauptfachlich nur ben noch in Bachtverhaltnis ftebenben Domanenpachtern (Rabinettsorber an Schroetter 26. Januar 1801 und ipater mehrfach), auch wohl Raufleuten in Sanbelaftabten, wie Stettin. - In welchem Mage bie burgerlichen Rittergutsbefiger unter ben beiben Regierungen gunahmen, erfieht man aus Tabellen im Staatsarchib gu Stettin (St. A. P. I Tit. 77 Rr. 624). Danach waren in hinterpommern 1790 in ben Sanben ber burgerlichen Befiger 61 Ritterguter; 1804 bereits 106. -3m Rreife Rullicau (Reumart) machten icon 1781 bie burgerlichen Rittergutsbefiger 1/a ber Befamtzahl aus. (Geb. St.=U., Generalbir. Neumart, Lanbrate.)

schränkung der Exemtionen, zur Bildung einer Landmiliz hervor; zugleich wurde die Milberung der Disziplin, die allgemeine Zulassung Bürgerlicher zu den Offizierstellen erwogen. Ich muß es mir versagen, auf diese Reformsbestrebungen, die v. d. Goly aussührlich geschildert hat, hier näher einzugehen. Sie haben in der Hauptsache ihr Ziel nacht einzugegent. Sie gaben in ver Junpfache ihr Ziel noch nicht erreicht; aber sie sind beshalb, historisch betrachtet, nicht vergeblich gewesen. In ihnen verläuft das erste Stadium des großen psychologischen Prozesses, aus dem die Reform hervorgegangen ist, und in dessen Mittelpunkte doch gerade hier der König steht. Nur in langem peinlichem Grübeln und Schwanken reiften bei ihm die befferen Ginfichten und und Schwanken reisten bei ihm die besteren Einsichten und Entschlüsse, von deuen seine Vorlage an die Militärreorganisationskommission Zeugnis gibt; seine zähe, schwunglose Natur mußte sich erst langsam an die Vorstellung des Außerordentlichen gewöhnen, ehe sie dessen Ausstührung erträglich zu sinden vermochte. Die Wirkung der Katastrophe bestand hier, wie überhaupt, mehr in dem Zurückdrängen der salschen Autoritäten, als in einer inneren Umwandlung der leitenden Personen. Von dem Gedanken der allgemeinen Wehrpslicht war man vor 1806 noch weit entfernt; aber auch biese Neuerung, weitaus das Größte und Fruchtbarste, was die Reformzeit geschaffen hat, wäre ohne die prenßische Bergangenheit, ohne die Kantonversassung und den milistärischen Geist des ganzen Staatswesens nicht möglich gewesen: die historische Beweismethode, mittelst deren Scharnhorst den zaudernden König für seine kühnen Plane zu gewinnen gesucht hat, war doch nicht bloßes Blendwerk. Gerade die wunderbare Verschmelzung des Alten und des Neuen ist das Charafteristische der militärischen Resorm. Die neue preußische Armee, wie fie Scharnhorft und Bogen geschaffen haben, trug noch die unverkennbaren Grundzüge des friderizianischen Zeitalters. Wie weit blieb sie von bes friveriziamigen Zeitaltets. We der die beit bied sie boit boktrinären Projekten wie dem der Offiziersmahl entsernt! Der altpreußische, aristokratische Charakter des Offizierkorps erhielt sich auch nach der Eröffnung für die Bürgerlichen: nach wie vor sühlte sich der Offizier dem König durch ein besonderes persönliches Treueverhältnis verbunden, das nicht

rein staatsbürgerlicher Natur ist, sondern mit seinen Burzeln in die feudale Spoche unserer militärischen Entwickelung

zurückreicht.

Einen wenig beachteten Punkt aus jenen Berhandlungen, an dem sich die Rückwirkung der militärischen Berhältnisse auf das joziale und finanzielle Gebiet besonders deutlich zeigt, mag es gestattet sein, etwas näher zu betrachten; es ist ber, welcher bem König bezeichnenberweise ganz besonbers am Herzen lag: die Aufbesserung der ökonomischen Lage des Soldaten.

Die Löhnung war noch immer dieselbe wie zur Zeit Friedrich Wilhelms I., obwohl die Preise der Lebens-bedürfnisse seither auf das Doppelte gestiegen waren. Auch bei einer Solderhöhung um 25%, wie sie der König beabsichtigte, und wie sie schließlich auch durchgeführt worden ift, machte sich das dringende Bedürfnis geltend, dem Soldaten, auch dem, welcher vollen Dienst tat, also nicht bloß ben sogenannten Freiwächtern, in der bürgerlichen Arbeit die Duelle eines Nebenerwerbs zu sichern; und hier traten Quelle eines Nebenerwerbs zu sichern; und hier traten vielsach die ausschließenden Privilegien der Zünfte hindernd in den Weg. Die Unterhaltung des Heeres war so nicht bloß zu einer brennenden Finanzfrage geworden, sondern auch zu einem sozialen Problem, bei dem die Unvereinbarkeit der alten militärischen und der bürgerlichsgewerblichen Einzichtungen deutlich hervortrat. In diesem Zusammenhange tritt in den Beratungen der Finanzkommission — meines Wissens zum ersten Wale in Prenßen²²) — die radikale Forderung einer gänzlichen Beseitigung des Zunstzwanges auf. Sie blieb nicht ohne entschiedenen Widerspruch. Die Gegner fürchteten von einer so plöglichen Umwälzung besenkliche Gährungen unter der gewerbtreibenden Bevölkerung. Man verständigte sich dahin, daß zur Aussührung des Planes eine ruhigere Zeit abzuwarten und ein Ginvernhemen mit den Nachbarftaaten zu suchen fei. 2113 Ginleitung und Uebergang zur Bewerbefreiheit wurde aber schon jest in einem

²²⁾ Db nicht icon bei ben Borarbeiten gum Allgemeinen Sandrecht bie Ginführung ber Gemerbefreiheit bistutiert morben ift, habe ich noch nicht festftellen tonnen.

Separatvotum die Aufhebung alles Junungs- und Gewerkszwangs den Militärpersonen gegenüber vorgeschlagen 23); nur sollten dann die Soldaten, welche selbständig ein Gewerbe betreiben wollten, auch den gewöhnlichen bürgerlichen Laften unterworsen sein. Eine allgemeine Verordnung ist darüber nicht ergangen; doch scheint es, nach der Entscheidung eines streitigen Falles 24) zu urteilen, daß in der Praxis fortan in diesem Sinne versahren wurde.

Eine bebeutsame Wandlung bereitete sich so in ber Stellung der Soldaten zur staatsbürgerlichen Gesellschaft vor. Die spätere Gesetzgebung hat den Bürger zum Soldaten gemacht; diese Bestrebungen gingen darauf aus, dem Soldaten eine bürgerliche Existenz zu gründen. Zwei Tendenzen, sehr verschieden in ihrem Ausgangspunkt und in ihrem militärischen Esset, aber einig in dem sozialen Zweck: Beseitigung der Aluft zwischen Zivil und Militär, Berschmelzung des Soldaten= und Bürgerstandes.

Finanziell handelte es sich bei der Soldzulage, die eine Zeitlang im Mittelpunkt des Interesses bei den Kommissionsverhandlungen stand, um eine verhältnismäßig geringe Summe: nicht viel mehr als eine halbe Million im Jahre 25). Aber bei den Berhandlungen über ihre Deckung traten beventende Gesichtspunkte für die Finanzresorm überhaupt hervor. Eine Kadinettsorder vom 13. Oktober 1798 wies die Finanzkommission an, dabei auf die Heranziehung des Abels zur Grundsteuer Bedacht zu nehmen. Die Lehnspferdegelder seien kein ausreichendes Aequivalent sür den Fortsall der Lasten des Lehnsdienstes. Ueberhaupt sei — so heißt es — die Intention des Königs dahin gerichtet,

²³⁾ Bon bem Geh. Finangrat b. Anobloch.

²⁴) In Potsdam betrieb 1802 ein "in Reih und Glieb stehenber" Garbegrenabier eine Metalltnopfsabrit auf eigene Rechnung mit einer Anzahl Gehilfen. Auf Beschwerben bestatb bezeichnete Struensee ben Betrieb als ungesehlich, ba ber Inhaber teine bürgerlichen Lasten trage. Er unterbreitete jedoch die Sache ber Entscheidung des Königs. Der König entschied, daß der Grenadier den Betrieb beibehalten dürse, aber künftig zur Tragung der bürgerlichen Lasten verbunden sei. (R. 89.)

²⁵⁾ Man hatte fle anfangs auf 850 000 Tlr. gefchat; ber Kommiffionsbericht vom 24. November 1798 begiffert fie auf 550 000 Tlr.

die eximierten Rlaffen zur Teilnahme an den Staatslaften

heranzuziehen.

Es war wohl ber General Courbière²⁶), der diesen Gedanken angeregt und damit einen ber resormbedürftigsten Bunkte der preußischen Steuerverfassung berührt hatte. Selbst kein Landwirt, hatte er sich erboten, um den Borwürsen seiner Standesgenossen die Spize abzubrechen, sein eigenes Vermögen in Grundbesitz anzulegen, wenn der Planzur Aussührung komme.

Die Rabinettsorber an die Finangkommiffion gelangte durch einen Bruch des Umtsgeheimnisses²⁷) in eine Hamburger Reitung28) und erregte Aufsehen im Lande. Gine Angahl von ritterschaftlichen Korporationen, namentlich der Rurmart, wandte fich an den König mit Vorstellungen, die unter Berufung auf die verbrieften Rechte ber Stände jener 216= sicht entgegentraten 29). Aber auch die Finanzkommission erhob schwere Bedenken, indem sie teils auf den Kenten= charafter der Grundsteuer, teils auf die unzweifelhaften ent= gegenstehenden Rechte bes Abels hinwies 30); von einer Entichabigung aus Staatsmitteln ift bamals noch nicht bie Rede gewesen. Die Kommission empfiehlt schlieflich ftatt ber Grundsteuerreform hauptfächlich eine angemeffene Erhöhung der Konsumtionsabgaben auf Gegenstände des Berbranchs ber wohlhabenden Rlaffen unter ganglicher Befeitigung aller Befreiungen von Utzife und Boll für bie privilegierten Stände 31). Der Ronig fügte fich biefen Bor-

²⁶⁾ Bgl. dessen Borschläge bei Golg, Roßbach und Jena S. 88 f. Courbière und O'Cstocq waren die Offiziere, mit benen der König sich persönlich über die Sache besprochen hatte.

²⁷⁾ Die behörblichen nachforschungen beshalb verliefen ergebnislos.

²⁸⁾ Samburger Neue Zeitung bom 23. Oftober 1798.

²⁹⁾ Immediateingabe der Ritterschaft des Erossenschen Kreises vom 28. Dezember 1798, des Lebusschen Kreises vom 27. Januar 1799 (unter den Unterzeichnern der Graf v. Findenstein, des Oberbarnimschen Kreises vom 5. Februar 1799, der Udermark und des Stolpirischen Kreises vom 28. Februar 1799. — Der Ritterschaftsrat v. Hedden kannih dei Konih schlig in einer Immediateingabe vom 16. November 1798 eine Luzusskeuer vor; eine solche wurde auch von einigen Mitgliedern der Finanzkommission empfohen.

³⁰⁾ Konferensprotofoll bom 7. November 1798.

³¹⁾ Rommiffionebericht bom 24. November 1798.

schlägen ohne besondere Schwierigkeit, und so kam das Edikt vom 25. Januar 1799, formell ein Werk Struensees, zustande, das diesem Gedanken gesetzgeberischen Ausdruck verlieh 32).

Die Aufhebung der abeligen Freiheiten rief auch jett Bersuche zum Widerstande hervor. Nicht nur in den rheinischwestfälischen Landen, auch in der Kurmark sorderten die Stände, vor der Durchführung der Maßregel gehört zu werden 33). Die Krone behauptete dagegen ihr finanzielles Hoheitsrecht und den von ihr aufgestellten Grundsat, daß nicht sortdauernd eine Klasse der Staatsbürger gegen die andere vorbelastet werden dürse. Als der märkische Abel

⁸²⁾ Es verfügt: 1. Aufhebung der bisher bestandenen Freiheiten von ben Ronfumtiongabgaben (für Sof, Abel 2c.), 2. Aufhebung ber Befreiungen bon Baffergoll, Ligeng= und Schleufengelbern ze. beim Export von Getreibe (für bie Domanenamter, Stifte. Ritterguter, Stanbesberrichaften), 3. Erhöhung ber Konfumtionsabgabe auf frembe Weine, 4. Erhöhung ber jog. lebertragsatzije (Afgifeguichlag) unter Freilaffung ber notwendigen Lebensbedürfniffe. - Die abeligen Gutobefiger genoffen die Atzisefreiheit nicht nur auf ben Sandgutern für ihre Birtichaft und Ronfumtion, fonbern auch in ben Stäbten, wenn fie bort angeseffen maren. Das Privilegium gründete fich in ber Rurmart auf ben Regeß von 1653 und auf ein Cbitt Friedrich Wilhelms I. vom 29. Dezember 1736 (Myl., C.C.M. IV, 3, 2 Rr. 84), beffen Beftimmungen in bem Afgifereglement bom 3, Mai 1787 in ber Saubtfache wieberholt murben (11, § 2). Ausgenommen waren die aus handelspolitischen Grunden "bochimpoftierten" Waren (Cbitt bom 24. Juni 1734). Man unterschied in Diefem Sinne zwijchen "Impost" und eigentlicher "Ronfumtionsatzife"; ben "Impoft" hatte auch ber Abel gu erlegen. Doch murbe bas bei einigen Artiteln nicht ftreng burchgeführt: namentlich für frembe Beine und Raffee mar ber Ubel afzifefrei. (Reffribt bom 20. Dezember 1764, Beh. Staatsarchiv, und Deflaration vom 19. Juni 1778, N.C.C.M. 1778.)

⁸³⁾ Immediateingabe der Stände bes Lebnjer Kreises vom 27. Januar 1799, zurückgewiesen durch Kabinettsresolution vom 11. Februar. Reue Eingabe vom 23. März: "Die Kitterschaft weiß es, daß aus ihren Mitteln das Korps der Offiziere, dieser erste und so wichtige Teil der Armee, genommen wird. Die dann sie es also ohne tiese Kränkung hören, daß nicht sie mit der Armee, sondern diese statt ührer Leib und Leben sür die Eertetbigung des Baterlandes wage. Dieses tut sie, die Ritterschaft, noch alle Tage und macht sich dadurch noch immer der Borrechte würdig, die ihr von ihren Borestern angeerbt sind." (Beide Eingaben wieder vom Finckenstein mitunterzeichnet.) Andere Jmuediateingaben von den Ständen des Niederbarnimschen Kreises vom 9. März 1799, des Oberstanninschen Kreises vom 31. März 1799, von den Halberstädissischen (6. April 1799), den Landständen der Erasschaft Mark (26. April 1799), den Ständen von Winden von Minden (8. April 1799), Geh. Staatsarch. R. 89.

sich dabei nicht beruhigen wollte, wurden weitere Vorstellungen in der Sache schlechtweg verboten 34). Es war wie ein Vorspiel der Kämpfe, die Harbenberg im Jahre 1811 zu bestehen hatte.

Bas fonft in dem Zeitraume bis 1806 an Reformen auf bem Gebiete ber Finangverwaltung gelungen ift, fteht in engem Rusammenhang mit ben Beratungsergebniffen ber Finanzkommission. Die Vereinfachung in der Verwaltung des wichtigen Salzmonopols, mit der Stein seine Tätigkeit als dirigierender Minister im Generaldirektorium begann - die Aufhebung der Binnengolle, die er balb nachher in Ungriff nahm - bie Ginrichtung bes ftatiftischen Bureaus, beffen Ermittelungen eine fichere Grundlage für die fünftige Sandels- und Gewerbepolitit bieten follten - Die gum größten Teil auch ichon vor 1806 burchgeführte Bufammenlegung ber Provinzialafzisebirektionen mit ben Rriege= und Domanenkammern - alle diefe Reformen, als beren ausfchlieflichen Urheber man Stein anzusehen pflegt, find nur die Ausführung von Planen, die von der Finangkommission nach forgfamer Prüfung empfohlen worden waren 35); ja fie geben jum Teil, wie namentlich bie Aufhebung ber Binnengolle, auf die Unregung bes Königs gurudt, ber gerade in Diefem Buntte eine gang entschiebene Willensmeinung in ber Inftruttion ausgesprochen hatte 36).

Daß all biese Plane jahrelang unausgeführt liegen blieben, ist boch wohl vornehmlich die Schuld Struensees. Es ist etwas Tragisches in dem Wesen dieses vielverkannten Staatsmannes, den man doch nicht bloß nach einigen

⁸⁴⁾ Rabinettsresolution bom 23. Mark 1799.

³⁵⁾ Rommiffionoberichte bom 20. Dezember 1799 (Salzwefen: heinit gegen Struenfee); 17. Dezember 1799 (Afzife, Binnengolle); 14. Dezember 1799 (Staats= und Sanbelobafance).

^{36) &}quot;12. So will Ich burchaus die so lästigen als unnühen sog. Landsölle abgeschafft wissen, die da eine Provinz gegen die andere sperren, drücken und onerteren und wenig eindringen." Die Finanzkommisson war über die Möglicheteit einverstauden; der sinanzielle Anssau wurde auf etwa 100 000 Taler geschätz. Die vielsach zitierten Worte Struenses über die Schwierigkeit von Reformen aus helds Charatteristit (z. B. bei Weier, Berwaltungsorganisation S. 132) beziehen sich gerade auf diese verhältnismäßig sehr einsache Angelegenheit.

frivol flingenden Sarkasmen beurteilen barf, die von ihm tolportiert wurden, wie der bekannte Ausspruch: eine Zeitslang werde die Pastete wohl noch halten. Er war der bebeutenbste Repräsentant bes alten friberizianischen Systems in einer Zeit, die nach neuen Lebenssormen rang; ein fühler, klarer, mathematischer Kopf, der bei aller Einsicht in die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände doch an jeder Reform verzweiselte, weil er mit den Imponderabilien im Staateleben nicht zu rechnen verstand. Er befag nichts von der glücklichen Gedankenlofigkeit, die fo viele der älteren Beamten über ben Ernft ber Lage täuschte; aber fein Kaffandrablid vermochte nur die Zeichen des Berfalls, nicht die Regungen eines neuen Lebens zu erkennen. Es ift wohl zu verstehen, daß er so vielen, namentlich unter ben jüngeren, imponierte; aber unbegreiflich ift es, wie Schön in ihm ben größten ber preußischen Minifter, ben rettenben Mann zu sehen vermocht hat. Zum Resormator sehlte biesem septischen Geiste schlechthin alles: bas leichtherzige Selbstvertrauen wie die bergeversegende Kraft bes Glaubens. Unberührt von ben populären Tagesftrömungen, hat er mit logischer Folgerichtigkeit das friderizianische System zu seinen letzten Konsequenzen ausgebildet. Wie er gegenüber jeinen letzten Konjequenzen ausgebildet. Wie er gegenüber den etwas vagen freihändlerischen Neigungen des Königs das Prohibitivsystem — nicht ohne innere Berechtigung — ansrechterhielt und gegenüber der großen Gelde und Absatrisis von 1799 auf die Spize trieb³⁷), so hat er auch für eine Resorm des Akzisewesens, die der König in der Instruktion angeregt hatte, als Mitglied der Finanztommission schlechthin nichts getan: wenn er ein Mittel wüßte, wie Absilse zu schaffen wäre — so erklärte er in der Commission — so wiede ar as als Minister dam Chais ber Kommission — so würde er es als Minister dem König schon längst vorgeschlagen haben.

Und boch wurden schon damals Reformgedanken von großer Tragweite ausgesprochen und erörtert. Die wesent=

³⁷⁾ Durch bas Berbot ber Einführung frember Manufakturwaren auf bie Frankfurter Meffe (1800), bas biefe befinitiv aus einem internationalen zu einem binnenlanbifchen Markt machte — freilich eine ber spstematischen englischen Schleuberkonkurrenz gegenüber ganz gerechtfertigte Mahregel.

lichen Prinzipien, auf benen die spätere Umbildung des indirekten Steuersustems in Preußen beruht, begegnen, sreilich noch nicht in sustematischer Zusammenfassung, in den Papieren der Finanzkommission³⁸) zum ersten Male: Scheidung der Grenzzölle von den eigentlichen Konsumtionsfteuern, Beschränkung der Konsumtionssteuern auf wenige ertragreiche Hauptartikel unter Freilassung der großen Wenge aller übrigen Waren, Ausdehnung der vereinfachten Konsumtionssteuern auf das platte Land unter Ersassung der ländlichen Brennerei und Brauerei — das waren Gebanken, auf die sich, wenn man sie kombinierte, wohl eine durchgreisende Resorm der Atziseversassung dauen ließ, denen aber Struensee, trop gelegentlicher Mahnungen des Königs³⁹),

teine Folge gegeben hat.

Auch hier ist es wieder erst Stein gewesen, der die Resorm wenigstens in einem wichtigen Punkte in Angriff genommen hat. In Verdindung mit seinem Plane zur Ausgabe von Tresorscheinen schlug er am 9. Oktober 1805 dem König vor, zur Deckung der Zinszahlungen eine gleichmäßige Besteuerung der Getränkefabrikation, des Schlachtens und des Weißbrotbackens auf dem platten Lande durchzusühren. Die offen ausgesprochene Absicht war dabei zugleich, die scharfe Trennung von Stadt und Land, die sich schon lange als ein Hindernis des wirtschaftlichen Fortschritts erwiesen hatte, zu beseitigen. "Auf einer mehreren Gleichheit zwischen Stadt und Land", sührt die Denkschrift aus, "beruhet die Möglichkeit, einen Teil der jetzt den Städten ausschließlich beigelegten Gewerbe auf das Land zu verpflanzen und dadurch der Dekonomie einerseits und der Fabrikation andererseits wohlseilere Arbeiter

⁸⁸⁾ Bericht vom 17. Dezember 1799 (mit ben Beilagen), Denkichrift homms vom 9. Dezember 1798, Denkichrift von heinis vom 10. Juli 1798 2c. Aus bem Botum Borghebes mag eine interessante Berechnung über das Steigen ber Kosten ber Alziseverwaltung bier mitgeteilt werben, welche zeigt, daß die hößeren Berwaltungskosten nicht ber Regie als solcher zur Last zu legen sind. Die Berwaltungskosten betrugen banach vor 1766: 85/6°/0, 1766—86: 161/4°/0, 1798: 20°/0.

³⁹⁾ Bgl. 3. B. bie Kabinettsorber vom 21. August 1802 bei Bassewiß, Kurmart 1, 490.

zu geben."40) Gerabe diesem Teile des Steinschen Antrages stimmte der König bereitwilligst und ohne Rückhalt zu; eine Kabinettsorder vom 15. Oktober 1) wies den Minister an, alsdald Maßregeln zur Ausstührung zu treffen. Von solchen ist jedoch in den Akten keine Spur vorhanden. In einem weitläufigen, aber von patriotischem Stolz und kriegerischem Feuer durchglühten Vortrage vom 26. Oktober 12) beantragte Stein, daß die Keuerung, die sonst manche Schwierigkeiten sinden werde, in einer Druckschrift vor der Dessentlichkeit als ein patriotisches Opser dargestellt werde, das die ernste Not des Augenblicks sordere. Die allgemeinpolitische Tendenz des Vorschlags lag auf der Hand: er ist nicht angenommen worden; und die verhängnisvolle Wendung, die die auswärtigen Verhältnisse bald daraus nahmen, hat wohl die Ausstührung jener bereits beschlossenen Maßregel bezüglich der Akziseresorm verhindert. Immerhin war durch die prinzipielle Entscheidung diese wichtigen Punktes Bresche gelegt in das alte System der Akziseversassung die Richtung der Resorm konnte nicht mehr zweiselhaft sein.

In enger Berbindung mit dem Finanzspitem war der Behördenorganismus des Preußischen Staates Glied für Glied erwachsen: die Reformbedürftigkeit des einen bedingte auch die des andern. Nirgends tritt dieser Zusammenhang deutlicher hervor, als bei der Errichtung der Generalkontrolle, in der sich die Resultate der gesamten Finanzverwaltung konzentrieren sollten zum Zwed einer allgemeinen Uebersicht, wie sie seit dem Tode Friedrichs d. Gr. mehr und mehr verloren gegangen war. Wieder löste sich damit — wie schon 1787 bei Begründung des Oberkriegskollegiums — eine der wichtigsten Funktionen der königlichen Selbstregierung von der Person des Monarchen ab. Aber auch die Organisation der eigentlichen Finanzbehörden genügte den nach Umfang

⁴⁰⁾ Geh. Staatsarch. R. 89. Bgl. Pert, 1, 306 f.

⁴¹⁾ Minutensammlung bes Geh. Staatsarchive 1805.

⁴²⁾ Gebruckt bei Perg 1, 310 ff., ber die Antorschaft Steins bezweifelt. So auch Seeley 1, 201. Einige Partien scheinen mir boch bon Stein selbst herzurühren. Das mir vorliegende Exemplar aus R. 80 bes Geh. Staats-archivs ift ein Mundum von Kanzleihand.

und Inhalt gewachsenen Anfgaben ber Berwaltung nicht mehr: eine zeitgemäße Umgestaltung bes Geschäftsganges beim Generaldirektorium stand an der Spize des königslichen Resormprogramms. Die provisorische Instruktion vom 19. März 1798 tat schon einen ersten Schritt auf dieser Bahn: sie brach mit dem unhaltdar gewordenen Grundsat einer durchaus kollegialischen Verfassung und wies den Departementsches in gewissen Grenzen gesetliche Selbständigkeit und ausschließliche Verantwortlichkeit zu ⁴³); aber die wöchentlichen Plenarderatungen, die sie daneben für allgemeine Angelegenheiten wieder einsührte, genügten bei der komplizierten Struktur der Behörde doch nicht, um Sinheit und Zusammenhang in die Verwaltung zu dringen. In der Finanzkommission ging man weiter: einer der hellsten Köpfe unter den jüngeren Beamten, der Geh. Finanzrat Borgstede ⁴⁴), vertrat hier schon ganz moderne Resormideen.

Er verlangt in der Zentralinstanz Beseitigung der Provinzialdepartements, Berteilung der Geschäfte nach sachlichen Gesichtspunkten unter vier Fachminister, die ein Rollegium bilden sollen, während die einzelnen Ministerien mehr nach dem Bureausystem einzurichten sind. Besonderes Gewicht legt er daneben auf die Organisation einer kräftigen

⁴³⁾ Dies ist m. E. ber wesentlichste Bunkt in der Instruktion: ein neues Prinzip, das den Uebergang zum Ministerialinstem andeutet. Der Urheber der "provisorischen Justruktion" ist offendar Heinig gewesen.

⁴⁴⁾ Auguft Beinrich b. Borgftebe (burgerlicher Berfunft, erft fpater geabelt) war Geh. Finangrat im neuofipreugifchen Departement, einer ber gefcatteften Rate Schroeitere. Bald nach Ginrichtung des frantifden Departements wurde er durch Uebereifunft Sarbenberge mit Schroetter auch biefem Departement sugeordnet, berart, daß er ohne besonderes Degernat bem Departementechef im allgemeinen gur Seite fteben follte. Seit 1800 mar er "vorfigender Rat" in bem Bogiden Departement (bgl. G. 437 Unm. 2). Er ift bann nach Struenfees Tobe (1804) ale beffen Rachfolger in Frage getommen: feine Ranbibatur ftanb bamals ber Seine gegenüber. Beibe maren einander offenbar nicht geneigt: Borgftede fab in Stein bor allem ben reicheritterlichen Uriftofragen, Stein und feine Freunde (3. B. der Minifter Angern) in Borgftebe ben ftrebjamen, ge= fügigen Bureaufraten. Borgftebe mar fparer Mitalied ber Afademie ber Biffenicaften; er ftarb 1824 und hinterließ eine bebeutenbe Bibliothet. Er hat gefdrieben: Juriftifd-otonomifde Grundfage bon Generalberpachtung der Do= manen in den preußischen Staaten (Berlin 1785), und: Statistifchetopographische Beidreibung ber Rurmart Branbenburg I. Berlin 1788.

follegialen Provinzialverwaltungsbehörde, die durch Ausbehnung der Zuständigkeit und Berantwortlichkeit der Kammern, durch Zusammenziehung aller Verwaltungszweige in

ihnen hergestellt werden foll 45).

Es bezeichnet die damals im Rabinett herrschende Strömung, daß nach Schluß ber Rommiffion gerabe ibm ber Auftrag erteilt wurde, nähere Vorschläge zur Reorganisation der Verwaltung zu machen. Indem Borgstede jett seinen Plan noch einmal ausführlich darlegte 46), gestand er zu, baß es große Schwierigkeiten haben werbe, ihn gleich in Diefer Geftalt zur Ausführung zu bringen. Er schlug ein Uebergangestadium vor. Un den Grundgebanken einer Ent= laftung ber Zentralinftang, einer Stärkung ber Provingial= behörben, einer freieren Stellung ber Minifter in ihren Refforts hielt er fest; aber er wollte zwei große Brovinzial= bepartements beibehalten, eines für die ehemals polnischen Brovinzen mit Ginschluß Oftpreußens und eines für die Reichstande mit Ginschluß Schlesiens. Daneben brei Rach= ministerien: für die Finanzen, für den Krieg, für Ufzise-und Handelssachen. In dem Ministerkollegium würde ber Beneralkontrolleur47), beffen Stellung mit ber bes Rinangministers zu verbinden ware, und nächst ihm ber alteste Minifter eine leitende Stellung einnehmen.

Harbenberg, bessen rechte Hand Borgstede damals beim fränkischen Departement war, ging in den Vorschlägen, die er der Denkschrift hinzusügte48), noch weiter. Er empfahl die Bildung eines einheitlichen Ministerkonseils über den Rahmen des Generalbirektoriums hinaus auf der Basis des alten Staatsrats. Neben die fünf Minister des Generalbirektoriums würde ein Justizminister, ein Minister des Aus-

⁴⁵⁾ Separatvotum gum Bericht ber Finangfommiffion bom 30. Dezember 1799.

⁴⁶⁾ Denfichrift bom 10. Juni 1800.

⁴⁷⁾ Der Generalkontrolleur Graf Schulenburg-Kehnert, der in enger Berbindung mit dem Königl. Kabinett stand, war zugleich Mitglied bes Generaldirektoriums ohne Departement; mit der eigentlichen kinanzverwaltung hatter bisher nichts zu tun. Seine Haupraufgabe war die Ausarbeitung des jährlichen Finanztableaus für den König (Geheime Justruktion vom 19. Februar 1798 bei Dettel, Oberrechnungskanmer, Ergänzungsheft 3 f.).

⁴⁸⁾ Gleichfalls bom 10. Runi 1800 batiert.

wärtigen und einer für die jog. inländischen Bublika treten, bem auch die geiftlichen und Lehnssachen samt den Un= gelegenheiten bes Königlichen Saufes zuzuweisen wären.

Man fieht, wie hier die Gedanken fich bilben, auf benen die fpatere Umgeftaltung ber Bentralbehörben beruht. Nur ein Bunkt, wohl ber wichtigste von allen, wird noch mit keiner Silbe berührt: die Stellung ber Rabinettsräte zwischen bem Ronig und ben Ministern, beren Beseitigung

fpater der Ungelpunkt der Reform geworden ift.

Offenbar glaubte Harbenberg damals noch, daß ein Ministerkonseil auch neben dem Kabinett eine erfolgreiche Wirksamkeit entfalten tonne: ber Gegensatz zwischen ben Rabinetteraten und ben Miniftern hatte fich noch nicht gu ber fpateren Schroffheit entwickelt; insbesonbere mit Benme lebte Barbenberg, wie bie meiften anderen Minifter, bamals noch im beften Einvernehmen. Möglich, daß die rechtzeitige Stärkung und Konfolidierung der Ministerialinstanz sogar die volle Ausbildung der Rabinettsregierung, wie fie in den nächsten Jahren stattfand, hätte verhindern können. In dem Amte des Generalkontrolleurs, der mit einem Fuße im Rabinett, mit bem andern im Generalbirektorium ftand, lag ohnehin ichon ber Unfat gur Stellung eines erften Minifters: was hatte ein Mann wie Stein aus biefem Boften zu machen gewußt! Allein ber Reformplan ift in biefer Beije überhaupt nicht zur Durchführung gelangt.

Es war vornehmlich ber Minifter v. Bog 49), der ben Blanen von Borgstede und Hardenberg eine andere Wendung

gegeben hat.

Bog scheint besonders an der Unterordnung unter einen leitenden Minister Anstoß genommen zu haben 50). Er wollte in der Zusammensetzung der Zentralinftang überhaupt

⁴⁹⁾ Damale Chef bes wichtigen Departemente, bas Gubpreußen, die Marten und Pommern umfaßte - ber fpatere Gegner ber Reformer, bas "Saupt ber martifchen Junterpartei" (Schon).

⁵⁰⁾ Wie 1807 nach ber Rabinettsorber bom 26. April! Ginen bemertenswerten Borichlag gur Ginrichtung eines Staatsminifteriums von funf Rachminiftern in unmittelbarer Berfnupfung mit ber Berfon bes Konigs bat Bog bem Ronig am 10. Marg 1807 übergeben (Rante, Sarbenberg 5, 468).

feine burchgreifenben Menberungen; bagegen follten bie Minifter in ihren Departements freiere Sand befommen 51). Das hauptgewicht legt er burchaus auf die Organisation ber Provinzialbehörden. Er eignet fich ben Gedanten einer ausgebehnteren Wirksamkeit, einer felbständigeren Stellung. einer größeren Berantwortlichkeit der Kammern an, in denen auch er alle Zweige ber Provinzialverwaltung fonzentrieren will. Wie hardenberg will auch er bie Rammerjuftig abichaffen, bafür bie eigentlichen Berwaltungsgeschäfte im Rirchen-, Schul- und Armenwesen auf die Berwaltungsbehörden übertragen. So foll zugleich die Autorität der Provinzialbehörden gehoben und bas Generalbireftorium von dem Buft des Details befreit werden. Es ift ber Bebanke einer Dezentralisation ber Berwaltung auf rein bureaufratischer Grundlage, der ihm vorschwebt, von dem er Bereinfachung und Belebung bes Geichaftsganges, Umsetzung ber Schreiberei in fruchtbare Tätigkeit erwartet 52).

Dieser Plan 53) ift vom König am 10. Juli 1800 ansgenommen worden. Er sollte schrittweis zur Ausführung gebracht werden, zunächst in dem Departement von Boß selbst, das damals die Marken, Pommern und Südpreußen umfaßte 54). Nach Jahresfrist konnte Boß dem König melden, daß der Ersolg der neuen Einrichtung so gut sei, wie er ihn nur habe erwarten können; er brachte ihre Ausdehnung auf die ganze Monarchie in Borschlag 55).

⁵¹⁾ Damit hangt ber Plan zusammen, die laufenden Geschäfte der Departements durch einen vorsitzenden Rat leiten zu lossen, dem Minister nur die Haupisachen vorzubehalten Tiesen Plan hatte Borgstede, vielleicht nach dem Borbild seiner Stellung im fränkischen Departement, entworfen.

^{52.} Dentidrift vom 28. Juni 1800, mit Bemertungen Schulenburgs, ber im wesentlichen einverftanben mar.

⁵⁸⁾ Immebiatbericht mit Beilagen d. d. Amt Cloffow 6. Juli 1800.

^{54) &}quot;Norm für den Geschäftsbetrieb bei den kurmärkischen, neumärkischen, pommerschen und südpreußischen Departements des Kgl. Generaldirektoriums." 25. Juli 1800 (Borsihender Rat in dem märkisch-pommerschen Departement wurde Borgsiede.) Ferner: "Reskript an die pommersche, kur- und neumärkischen Kammern" 23. August 1800.

^{55) 3}mmebiatbericht vom 2. September 1801.

Für das altpreußische Departement gab Schroetter⁵⁶), sür das westsälische Heinig im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten Stein⁵⁷) seine Zustimmung. Die Beränderung in der Stellung der Kriegs- und Domänenkammer erfolgte dort schon 1801⁵⁸), hier erst ein Jahr später⁵⁹). Im Jusammenhang damit wurde die Zusammenlegung der Afzisedirektionen mit den Kammern⁶⁰), die Beseitigung der

⁵⁶⁾ Immediatberichte vom 4. November 1801, 20. April 1802, 16. Januar 1804. Die Geftaltung des Geschäftsbetriebes bei dem Schroetterschen Departement war, namentlich hinsichtlich des vorsitzenden Rates, eine etwas andere wie bei dem Boßichen.

⁵⁷⁾ Immediatbericht vom 24. Februar 1802. Bon der neuen Einrichtung innerhalb des Departements felbst ist hier, wohl der besonderen Berhältnisse wegen, nicht die Rede.

⁵⁸⁾ Reftript an die Kammern bes altpreußischen Departements bom 30. Mai 1801.

⁵⁹⁾ Restript an bie Markische, Clevesche, Mindensche Kammer bom 24. Kebrnar 1802.

⁶⁰⁾ Der Gedanke einer Rusammenlegung ber Akzisebirektionen mit ben Rammern findet fich icon in ber Inftruftion fur bie Organifation bon Reuoftpreugen (1796); boch unterblieb biefelbe bamals, weil Schroetter fich mit Struenfee über die Modalitaten ber Bufammenlegung nicht einigen tonnte. Schroetter wollte eine bollftanbige Berichmelgung unter Ginrichtung bon zwei Abreilungen (eine fur Lanbespolizei, Forften und Domanen, bie anbere fur birette und indirette Steuern), Struenfee Aufnahme ber Atgifebirettionen in bie Rammern als integrierender Bestandteile berfelben unter Gesthaltung bes bisherigen Reffortverhaltniffes gu feinem Departement. Bog brachte 1797 bie Sache, junachit für Subpreußen, wieber in Unregung und ging auf Struenfees Bedingung ein. Mit einem gemeinschaftlichen Immediatbericht bom 5. Märg 1800 übergaben beibe einen Plan mit bem Borichlag, gunächft einen Berjuch in Ralifch zu machen. Der Ronig genehmigte bies am 10. Marg; auf feinen Bunfch wurde zugleich ein zweiter Berfuch unternommen, und zwar in Stettin (Rabinetts= order 12. Upril). In Ralifch machte man feine guten Erfahrungen mit ber neuen Ginrichtung; besto beffere in Stettin. Dur munichte ber bortige Rammerprafibent Benbebreck eine völlige Berichmelgung, ein Plan, ben Bog bem Ronig empfahl (12. Rebruar 1802), und ben ber Konig genehmigte. Wirklich gur Musführung tam biefer Gedante in ben Entschäbigungsprovingen, wo eine Instruction bom 19. April 1803 bie Berbindung ber Afgifebirektionen mit ben Rammern anordnete. Mit Sinweis barauf ichlug Bog Struenfee 2. gebruar 1804 eine ähnliche Regelung für Ralifch und Stettin vor, aber Struenfee antwortete 7. Marg ablehnend: ber Rugen ber Bereinigung fei überhaupt problematifc. Nach Struensees Tobe nahm Stein bie Sache wieber auf und fetre fich beswegen mit Bog und Schroetter in Berbindung. Um 3. November 1805 beantragte er junachft bie Bereinigung fur Gud- und Reuoftpreußen, bie ber Konig 11. Robember genehmigte. Um 18. Upril 1806 reichten Bof. Schroetter und

Kammerjustig 61) nach und nach in einzelnen Provinzen vorgenommen 62). Die neue Organisation war noch nicht

jum Abschluffe gelangt, als ber Rrieg ausbrach.

Das Ziel bieser Reformen war auf ber einen Seite in ber Sauptsache schon eine Umbildung der Kriegs- und Domänen- kammern zu modernen Provinzialverwaltungsbehörden, wie sie sich später in ben Regierungen barstellen 63), andererseits die Erhebung ber Departementschefs im Generaldirektorium zu wirklich leitenden Ministern.

Schon feit langerer Zeit hatte fich die Stellung ber

Stein mit einem gemeinschaftlichen Immediatbericht eine Inftruktion für die neuen kombinierten Provinzialbehörben zur Genehmigung bes Königs ein, die ausgesprochenermaßen unter dem Gesichtspunkt entworfen war, daß die Kombination nach und nach auf alle Provinzen ausgebehnt werden solle. Stein behielt sich vor, dem König beshalb Vorschänge zu tun. Nachdem in der Instruktion einige vom König gewünsche nebensächliche Uenderungen vorgenommen worden waren, wurde sie vom König vollzogen unterm 5. Mai 1806. Um 1. Juni begann die Unsführung. (Ein Exemplar der Instruktion hat sich leider nicht gefunden.

61) Bgl. Meier, Berwaltungsorganisation S. 55 ff. E. Löning, im Berswaltungsarchiv 2, 437 ff.

62) Die Uebertragung der Kirchen, Schuls und Urmensachen an die Berwaltungsbehörben war im Pringip angenommen; zur Ausführung tam es jeboch noch nicht. Für die alten "Regierungen" wurde bamals ichon die Beszeichnung "Landes-Obergerichte" in Aussicht genommen (Golbbed).

63) Man tann bas Bejentliche biefer Reform taum fürger und treffenber tennzeichnen, ale burch bie Worte, welche Schroetter, mit ber Berftellung eines Entwurfes für bie Berordnung wegen verbefferter Ginrichtung ber Provingialbehörben beauftragt, am 2. September 1808 an Beber ichrieb: "Der neuen Organisation liegt borguglich bie Absicht gugrunbe, nicht allein famtliche Weichaftszweige ber Rinang= und Boligeiverwaltung in ben Rammern gu bereinigen, fonbern ihnen auch in Unfebung bes Gefchaftsbetriebes felbft mehrere Selbstänbigfeit und unter voller Berantwortung eine ausgebehnte Befugnis gu erteilen, nach ihrer eigenen Ginficht, ohne Unfrage bei ber boberen Beborbe au berfahren, um mehr Ginbeit, Schnelligfeit und Energie in bie öffentliche Abminiftration gu bringen." Es ift genau berfelbe Gebante, welcher ber Borgftebe-Bokichen Reform gugrunde gelegen bat. - Uebrigens mag bier angemerkt werben, bag bie wichtigfte organisatorifche Beranberung in ber Unterinftang - abgefeben bon ber Stabteorbnung -, bie Ausbehnung ber landratlichen Rreife über Stabt und Land, icon bor 1806 in Reuoftpreugen, ben frantifchen Lanben und ben Entichabigungeprovingen erfolgt mar, und bag Schroetter 5. Marg 1806 vorgeichlagen hatte, fie fur bas gange altpreußifche Departement ein zuführen (Meier S. 383). Auch bie Ginrichtung einer Genbarmerie nach frangofifdem Mufter war icon bor 1806 vorgeichlagen worben (Meier S. 424).

Minister nach unten und nach oben geändert. Aus der follegialen Gebundenheit der alten Verfassung strebten sie schon lange zu freierer Bewegung und Uebersicht empor. Dem König stehen sie jetzt mit einer fester begrenzten Berantwortlichkeit, mit höherem Selbstgefühl gegenüber wie in den Tagen Friedrichs d. Gr. und Friedrich Wilhelms I. Aus den "königlichen Bedienten" sind überhaupt "Staats» diener" geworden.

Aus den "königlichen Bedienten" sind überhaupt "Staatsbiener" geworden.

Wir bliden hier in eine große, langsam, aber stetig sortschreitende Metamorphose in der Versassung des preußischen Beamtenstaates hinein. Die alte autokratische Versassung ist in der Ausschilden Beamtenstaates hinein. Die alte autokratische Versassung ist in der Ausschilden. In dem Maße wie die Leitung aus dem Königlichen Kadinett schwächer und unsicherer wird, gestaltet sich die Stellung der oberen und mittleren Verwaltungsbehörden freier und selbskändiger. Diese Beränderung mußte früher oder später zu jenem vorläusig noch nicht erreichten Ziele sühren: zu der Bildung eines mit der Külle der königlichen Regierungsgewalt ausgerüsteten Staatsministeriums. In den Kännpsen um die Beseitigung der Rabinettsregierung 1806 und 1807 hat sich diese große Umwandlung der preußischen Staatsversassung vollzogen.

Damit war das eine Moment der Schwäche beseitigt, das den Staat gerade in den Tagen der Arisis lähmte: die Unsicheseit in der obersten Leitung. Ein zweites hat länger fortbestanden. Preußen war nicht ein innerlich morsches, aber ein noch unsertiges, in der Entwickelung gehemmtes politisches Gebilde: ihm sehlten die starken Burzeln in den Wassen, die nationale Grundlage. Es ist das unvergeßliche Berdienst Steins und seiner Besinnungsgenossen, die sittlichen Mächte ausgerusen zu haben, die diesem Mangel allein abhelsen sonnten. Die starken Impulse jener Tage haben unser Staatswesen die Beteiligung der Bürger am Staatsleben waren mehr ein Programm sein Butunft, als der Inhalt bessen der ein Beteiligung der Bürger am Staatsleben waren mehr ein Programm seit tatsächlich verwirklicht worden ist. Es war doch in

ber Hauptsache eben die von Stein so hart gescholtene Beamtenschaft, die in einer neuen, engeren Verbindung mit dem Königtum, ohne Einwirkung einer Volksbewegung, den Umbau des Staates ansgeführt hat. Und nur sie konnte bei dem Stande der sozialen Entwicklung in den meisten preußischen Landen der Träger des politischen Fortschritts sein. Noch verharrte die Masse des Landvolks sür Jahrzehnte in wirtschaftlicher Unselbständigkeit; in den Städten mußte die Bevölkerung erst allmählich in die Aufgaben hineinwachsen, die ihr die Selbstverwaltung, die allgemeine Wehrpslicht stellten. Es gab zu Ansang des Jahrzhunderts in Preußen noch kein kompaktes, selbstbewußtes, zu politischer Mitarbeit besähigtes Bürgertum, das dem grundbesitzenden Abel ebenbürtig zur Seite treten konnte. Weniger im Besitz als in der Bildung lag der Schwerpunkt der sozialen Mächte, die in Preußen die Kolle des dritten Standes spielen konnten: und diese Mächte sanden ihren natürlichen Mittels Mächte, die in Preugen die Rolle des dritten Standes spielen konnten: und diese Mächte sanden ihren natürlichen Mittelspunkt in dem organisierten Beamtentum. Dier ist die Brücke, welche das Preußen Friedrichs d. Gr. mit dem Preußen Steins und Harbenbergs verbindet. Hier vereinigten sich die nüchternen Bestrebungen der rationalistischen Aufklärung, die radisalen Forderungen der neueren idealistischen Richtung und der historische Konservalsmus einer nie ganz verschwindenden sendalen Unterströmung auf einer mittleren Linia indem die dektristran Geografike von der den Aufkrischen

schwindenden feudalen Unterströmung auf einer mittleren Linie, indem die doktrinären Gegensäße vor den Anforderungen des praktischen Staatslebens zurücktraten.

Diese Bedeutung hat das Beamtentum in der Reformzeit nur zu erlangen vermocht, weil es sich in seinen jüngeren, von der neuen Bildung erfüllten Elementen bereits vor 1806 zum Träger der zeitgemäßen Resormideen gemacht hatte. Man müßte die Tätigkeit von bedeutenden Berwaltungsbeamten und Offizieren, genauer als disher meist geschehen, in die Zeit vor Jena zurückversolgen, um ein klares Bild von der Bedeutung dieser aufsteigenden Bewegung zu gewinnen. Namentlich an der Persönlichkeit Boyens ist neuerdings in einer fast überraschenden Weise die allmähliche Entwickelung vom Alten zum Neuen nachgewiesen worden. Etwas Aehnliches wäre z. B. für den Minister v. Schroetter

möglich. Die Reformbestrebungen Friedrich Wilhelms III. waren zum guten Teil nur ein Restex der im Beamtentum sich vollziehenden Umstimmung. Sie haben dann ihrerseits auf diesen Prozeß unzweiselhaft sördernd zurückgewirkt. Eine derartige Bewegung ist ein vortressicher Boden sür den einen solchen vermag sie aus sich selbst heraus nicht zur politischen Tat zu gelangen. Die Reformbestredungen Friedrich Wilselms; aber ohne einen solchen vermag sie aus sich selbst heraus nicht zur politischen Tat zu gelangen. Die Reformbestredungen Friedrich Wilselms III. sind doch zulest daran gescheitert, daß ein solcher rücksichst entigliossener Wilse noch nicht hinter ihnen stand. Bieseleicht haben sie sogar, indem sie sweisel und Unsicherheit in den regierenden Kreisen erzeugten, indirekt mit zu der Katastrophe beigetragen.

Die Neutralitätspolitif und die Reformstimmung stehen in einem inneren Zusammenhange: beide entstammen dem Gesühl der eigenen Unzulänglichteit. Hervorgegangen aus der sinanziellen Erschöpfung des Staats, hat das Friedenzbedirsnis Preußens, indem es sozulagen habitnell wurde, wieder die Durchsilhrung einer Reform großen Stils, namentlich auf dem Gebiete der Heeresderfassung, verhindert. Nach der Natur des Preußischen Staates beherrschte aber das militärische Bedürsnis die ganze innere Politis: ohne die Löziung der militärischen Umbildung nicht kommen. Während nach 1807, hauptsächlich unter Steins Einsluß, alse inneren Reformen sich wie in einem Brennpunst in dem großen politischen Gedanken der Befreiung von der Fremdherrschaft sammelten, sehlte ihnen vor 1806 der eigentlich politische Merd, der ührerse des Staates.

Luch obsektiv staates.

Luch obsektiv staates staates.

Luch obsektiv staates.

Luch obsektiv staates einer Reform vor 1806 die allergrößten Schwierigkeiten entgegen. Namentlich Delbrück hat immer wieder ganz besonders darauf hingewiesen, daß vor der Ubtrennung der polinischen Provinzen an eine Resorm gar nicht zu denken gewesen wäre. Bei allem Gewich schwirt der unsche gewesen zu sein. Stein hat

Hindernisse vermeiden konnte: er dachte damals an eine abgesonderte Verwaltung nach nationalen Gesichtspunkten. Und Harbenberg hat noch nach dem Erlaß des Wehrgesets auf dem Wiener Kongreß an dem Anspruch auf einen großen Teil des alten Besitzes sestgehalten. Wichtiger als die Abtrennung der polnischen Produzen scheint mir die Beseitigung der königlichen Selbstregierung, die bei der Unentschlossenheit des Monarchen, dei der subalternen Stellung seiner Gehissen, bei der Verkümmerung der Tattraft und des Verantwortlichseitsgesühls der Minister, zu der sie führte, recht eigentlich als der Sit der politischen Schwäche des Preußischen Staates betrachtet werden muß. In dieser politischen Schwäche lag das Verhängnis Breußens: nicht in einer allgemeinen moralischen Verderbnis.

Breußens; nicht in einer allgemeinen moralischen Berderbnis, von ber vielfach übertriebene Borftellungen im Schwange sind. Die unleugbaren sittlichen Schäben der Zeit waren doch nur die Kehrseite eines großen Kulturfortschritts, die Begleiterscheinung einer Bewegung, die an die Stelle ber abfterbenden altväterischen Lebensorbnungen bas Gbeal einer individualistischen, ästhetischen Bildung sette. Und schon begann sich, gerade auf preußischem Boden, der äfthetische in einen ethisch=politischen Jbealismus umzusetzen. Fichte fand eine Zuflucht in Berlin, und schon vor der Katastrophe hatte sich der radifale Kosmopolit in einen Patrioten ver-wandelt; auch Schleiermachers Denken ist nicht erst durch die Niederlage Preußens auf den Staat und die nationale Ethik hingelenkt worden. In der jüngeren Generation von Offizieren und Beamten aber wuchs eine Fulle von Talenten und Charafteren heran, die fich mit ben Idealen ber deutschen Bilbung, mit den Lehren von Kant und Smith erfüllten. Die geiftigen und sittlichen Kräfte zur Regeneration des Staates standen bereit. Die Katastrophe hat sie nicht erst erzeugt, aber sie hat ihnen einen gewaltigen Aufschwung gegeben und die Bahn zu fruchtbarer Wirksamfeit frei gemacht. Es ist unzweiselhaft richtig, daß es ohne den Zusammenbruch von 1806 in Preußen nicht eine so gründliche und tiefgreisende Reform wie die von 1807 gegeben hätte; aber ebenso gewiß ist es, daß die Katastrophe

statt des Aufschwunges eine allgemeine Lähmung der Geister bewirkt haben würde, wenn nicht schon vorher in den Organen der Staatsregierung jene Umstimmung eingetreten wäre, die unter dem Oruck der Not sich in Entschlüsse und politische Taten umsetzen konnte. Nicht in einem schroffen Bruch mit der eigenen Vergangenheit, in eilsertiger Nachahmung eines fremden Musters, sondern in engem Zusammenhange mit der disherigen Entwickelung hat sich die Umbildung des preußischen Staatswesens seit 1807 vollzogen. Sie steht gewissermaßen auf der Grenzscheibe zweier Zeitalter; indem sie die großen monarchischen Reformen des 18. Jahrhunderts abschließt, eröffnet sie zusgleich eine neue Epoche des Staatslebens.





Königin Luise und die Wiedergeburt des Preußischen Staates.

ir waren eingeschlafen auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen", so hat die Königin Luise selbst die Ursache des Zusammenbruchs Preußens im Jahre 1806 ausgedrückt. Auf das furchtbare Erwachen im Sturz erfolgte zunächst eine allgemeine Verwirrung, alsdann aber ein Sichsammeln, eine innere Selbstbesiunung auf das besserund stärkere Selbst und der seste Entschluß zur Erhebung.

Das ift die Signatur ber Tage von Memel! Fromme Gemüter faben ben ichlimmen Busammenbruch

Fromme Gemüter sahen den schlimmen Zusammendruch wohl als eine Folge der moralischen Zerrüttung der Zeit, als ein göttliches Strafgericht für die Abwendung der frivolen, aufgeklärten Gesellschaft von Glauben und Kirche an. Das ist eine einseitige und übertriedene Auffassung, die der im Unglück wiedererwachten Gläubigkeit entsprach; aber sie gibt den Ton an für die Stimmung der tieseren Geister in senen Jahren, namentlich 1807—08. Fichte hatte schon früher eine große Katastrophe vorausgesagt, allerdings für die ganze zivilissierte Welt, die nach seinen geschichtsphilosophischen Anschauungen sich in dem Stadium der "vollendeten Sündhaftigkeit" besand. Er vertrat schon damals die Jdee, der er in seinen "Reden an die deutsche Nation" später Ausdruck gegeben hat, daß eine sittliche

Umkehr und Erneuerung allein Rettung bringen könne, und daß die Erhebung durch eine neue Erziehung im Geiste nationaler Ethik vorbereitet werden müsse. In ähnlichem Sinne hat Schleiernacher in der Berliner Dreisaltigkeitäfirche gepredigt; und auch die Stimmungen und Ueberzeugungen, die zur Begründung der Universität Berlin gesührt haben, und die in dem Worte des Königs gipfeln, daß der Staat durch ideelle Kräste ersehen müsse, was ihm an materiellen sehle — auch diese Tendenzen regten sich damals schon. Das war vielleicht die segensreichste Folge des großen Zusammenbruchs, daß man die idealen Eüter des Lebens wieder mehr schäpen lernte, daß man in ihnen eine Quelle der Krast und der Erhebung entdeckte, von deren Stärke man vorher keine Uhnung gehabt hatte. Das gibt namentlich der Frühzeit der Resorm, dem Jahre des Seteinschen Ministeriums, einen so idealen Schimmer. Man fann sagen, daß erst damals die deutsche Bildung unserer klassischen Idealen Seisen Idea das vermählt hat mit der harten militärischen Bildung sich damals vermählt hat mit der harten militärischen Bildung sich damals vermählt hat mit der harten militärischen Zuch des Kreußischen Saterlandes auszudämmern, zugleich mit dem Erwachen eines begeisterten preußischen Katrotismus.

Das alte Preußen der friberizianischen Zeit war wohl ein Staat gewesen, aber keine Nation. Es war ein Kunstwert, von den Händen großer Könige des 18. Jahrhunderts, ihre Erbauer, mit Meisterschaft gehandhabt hatten, die aber ihre Nachloger nicht mehr zu lenken vermocht. Es sehlte das innere Leben im Staatsförper, die organische Berbindung der Regierung mit dem Bolke; es sehlte das Interesse der ihre Regierung mit dem Bolkes. Das konnte kaum anders sein: denn die Masse aus ein Kaufein als eine Angelegenheit der Regierung, nicht des Bolkes. Das konnte kaum anders sein: denn die Masse der Bevölkerung auf dem Lande, namentlich in

ben öftlichen Provinzen, war noch unfrei, gebunden durch die Erbuntertänigkeit unter der Gutsherrichaft; die Städte standen unter einer vormundschaftlichen Aufsicht und Leitung durch barsche bureaufratische Beamte; die Bürgerschaften wurden von der Besorgung ihrer eigenen kommunalen Unsgelegenheiten gestissentlich ferngehalten, weil man ihnen weder Intelligenz noch Gemeinsinn genug zutraute, um an ihrer Berwaltung Anteil zu nehmen. Der Abel aber, ben Friedrich der Große zur Pflanzschule einer preußischen Staatsgesinnung hatte machen wollen, war unter bem Regiment seiner Nachfolger ben heroischen Idealen und ber Selbstverleugnung seiner großen Zeit vielfach entfremdet und nur um so mehr darauf bedacht, seine Privilegien fest-zuhalten, die ihn als eine höhere Kaste von der großen Mehrheit des Bolkes abschlossen. Die Armee war nichts weniger als eine volkstümliche Einrichtung: sie war großen-teils noch ein aus landfremden Leuten angeworbenes Söldnerheer. Für die meiften biefer Solbaten war ber Staat nur ber harte Buchtmeifter, nicht aber bas Baterland, ju beffen Berteidigung fie bestimmt waren. Zwischen dem Soldaten und dem Bürger aber gähnte eine weite Kluft. Der Soldatenstand war ein Lebensberuf und keineswegs ein Ehrenftand. Tropbem aber bominierte bas Militar in ben Garnisonstädten; und wenn es auch als großer Konsument für Handel und Gewerbe wie ein Schwungrad wirkte, so war doch andererseits der Bürger keineswegs hinreichend vor militärischen Brutalitäten geschützt; das Militär erschien son als ein kolossaler Fremdkörper im Staate, der sich von dem Schweiß der Bürger nährte. Auch zwischen Stadt und Land mar eine feste Schranke errichtet. Alle Bewerbe galten als ausschließlich städtische Nahrungen und durften nicht außerhalb des Mauerringes betrieben werden; und in den Städten waren die Zünfte, an die sie gebunden waren, in engherzigem Geiste erstarrt, trop der Resormen der voran-gegangenen Regierungen. Man steckte überall in überlebten Ordnungen. Diese Ordnungen hatten einst ihren guten Sinn und ihr Recht gehabt, aber jest waren sie zu einer Fessel ber weiteren Entwickelung geworben. Die gebildeten

Alassen vor allem sehnten sich längst nach freierer Bewegung: auch in der Regierung erschien die alte Staats= und Gesellschaftsordnung längst als einer gründlichen Verbesserung bedürftig; aber man wußte nicht recht, wo man mit den Neformen ansangen sollte, und man erschraft vor der unabsehdaren Perspektive von Veränderungen, die jede entschiedene Reformmaßregel eröffnete. Und so geschah in der Hauptsache nichts Entschiedenes, dis die große Katastrophe den ganzen morschen Bau über den Haufen warf.

Nun erst bekamen die Resormer freie Bahn. Nun brach der lange zurückgestaute Strom der neuen Jeen und Bestrehungen mit Macht hervor Gin mahrer Enthyligsmus

ftrebungen mit Macht hervor. Ein wahrer Enthusiasmus, wie in der Frühzeit der französischen Revolution, aber im monarchischen Sinne gelenkt, dereinte nun eine Anzahl hochsinniger Männer zu dem großen Werke der Wiederaufrichtung des Staates im modernen Sinn. In ihrer Mitte steht Stein, bessen gewaltige moralisch-politische Kraft auch ben Kleinmütigen wieder den Glauben an eine bessere Zukunft einslößte. Er war der unentbehrliche Führer, der das Ganze beherrschte. Ein Feuergeist von entschiedenstem Willen und unermüdlicher Tatkraft, gelegentlich auch von Willen und unermüdlicher Tatkraft, gelegentlich auch von aufbrausender Leidenschaftlichkeit, von hohem Selbstgefühl erfüllt, oft erstaunlich rücksichtsloß gegen hochgestellte Personen, war er für den König kein bequemer Helfer. Man kann sagen, er ist der erste moderne Minister in Preußen, ein Staatsmann, der eine Idee und ein Programm vertritt. Er wollte den König durch die Macht seiner Persönlichkeit moralisch zwingen, seinen Impulsen zu folgen. Er kämpste gegen den Einfluß des allmächtigen Kabinettsrats Beyme, der in seiner Weise ein treuer Niener des Chnics war gegen den Einfluß des allmächtigen Rabinettsrats Beyme, der in seiner Weise ein treuer Diener des Königs war, auch nicht ohne guten Willen und schätzbare Talente, aber doch kein Staatsmann großen Stils, und unheilvoll in seiner Wirksamkeit insofern, als er die Neigung des Königs bestärkte, sich von geistesgewaltigeren Katgebern fernzuhalten. Ueber Steins Forderung, daß dieser Mann aus der Umgebung des Königs entfernt werden sollte, war es schon anfangs 1807, als eben die Königliche Familie auf der Flucht nach Memel war, zum Konslitt gekommen, und Stein war in ungnädigster Form entlassen worden. In den ersten Monaten des Memeler Ausenthalts der Königlichen Familie saß Stein grollend, aber Pläne schmiedend sür Preußens Wiedergeburt, in Nassau, während nun Hardenberg, eine geschmeibigere Natur von hösischem Takt, die Geschäfte leitete. Aber Hardenberg mußte nach dem Tilsiter Frieden auf Napoleons Machtgebot seinen Abschied nehmen, und er wußte dem König keinen andern Nachsolger zu nennen als Stein; Stein galt allen Patrioten damals als der einzige Mann, der den Staat retten könne. Der König überwand seine Abneigung gegen den herrischen Minister, und Stein vergaß seinen Groll. Er trat ohne Zaudern wieder in den Dienst des Königs. Bei seiner Ankunft in Memel fand er den König aufs tiesste niedergedrückt, über-Memel fand er ben König aufs tieffte niedergedrückt, überseugt, daß ein unerbittliches Verhängnis ihn verfolge, daß alles, was er unternehme, nur mißlingen fönne, und faft schon geneigt, der Krone zu entsagen: die Königin war weich, wehmütig, voll Besorgnis und voll Hoffnung. Stein hielt, wenn auch in ehrsurchtsvolleren Formen wie früher, seine prinzipielle Forderung: fort mit Beyme! zunächst noch aufrecht. Der König aber wollte aus begreislichen Gründen Benme nicht sofort, sondern erst später entlassen. Das führte abermals nahe an den Rand eines Konfliktes. Da ist es die Königin Luise gewesen, die vermittelnd zwischen ihren Königlichen Gemahl und den starrsinnigen unentbehrslichen Minister getreten ist. Es ist ein undatiertes Billett von ihrer Hand aus jenen Tagen erhalten, in dem sie in einem fehr ungewöhnlichen Ton an ben Minifter schrieb: "Ich beschwöre Sie," schrieb sie, "haben Sie nur Geduld mit den ersten Monaten. Der König hält gewiß sein Wort, Beyme fommt weg, aber erft in Berlin. Solange geben Sie nach! bag um Gottes willen bas Gute nicht um brei Monate Gebuld und Zeit über ben Saufen falle! 3ch beschwöre Sie, um König, Vaterland, meiner Kinder, meiner selbst willen, darum: Geduld! Luise."

Und der Zauber der Persönlichkeit dieser hohen Frau hat den Minister, der dem König sonst so unbeugsam gegensüberstand, dazu vermocht, sich diese ungewohnte Geduld

aufzuerlegen und Beymes Wirksamkeit, allerdings in ein-geschränkter Form, noch eine Zeitlang sich gefallen zu lassen, bis ihn der König mit guter Manier entsernen konnte. Das war ein kritischer Moment gewesen. Erst mit Steins Entschluß, zu bleiben, kam das Werk der Resorm in Gang. Und nun ging es, wie es in den Versen Hölderlins heißt: Mit ihrem heil'gen Wetterschlage, Mit Unerbittlichkeit vollbringt

Die Not an einem großen Tage,

Was kaum Jahrhunderten gelingt. Jett wurde die Banernbefreining durchgeführt; der Bas kaum Jahrhunderten gelingt.
Jest wurde die Banernbefreiung durchgeführt; der Grundsat wurde Wahrheit, daß es im Preußischen Staate nur freie Menschen geben sollte, die Schaffung eines breiten Standes freier bänerlicher Eigentümer wurde in Angriff genommen. Die adligen Privilegien in Grundbesit, in Armee und Aemtern wurden abgeschafft, die Schranken der bischer kastenartig abgeschsossenen Stände fielen. Die Trennung von Stadt und Land hörte ans: Die Gewerbe waren nicht mehr auf die Städte beschränkt; sie sollten nicht mehr an die Zugehörigkeit zu einer Junft gebunden sein. Alle Kräfte sollten sich frei in moralischer Richtung bewegen können. Un die Stelle der Standesprivilegien trat das allgemeine Staatsbürgerrecht; der ständisch gegliederte Staat, wie er aus dem Mittelalter überliefert war, wandelte sich erst jetzt vollständig und sedermann sichtbar in einen modernen Staat um; er wurde ein Gemeinwesen, indem die Bürger nicht bloß als ein Herrschaftsobsekt betrachtet wurden, sondern allmählich Anteil an den öffentlichen Angelegenheiten nehmen sollten. Die Städtcordnung gab den Stadtzgemeinden das Recht der Selbstverwaltung; für die Landzgemeinden plante man etwas Aehnliches; diese lokale Selbstverwaltung sollte dann wie in England die Grundlage einer repräsentativen Verschijung werden. In der Armee wurde die ausländische Werdung abgeschafft, die grausamen und entekrenden Strasen verschwanden, das Ehrgefühl wurde ein wichtiger Faktor der Disziplin, und die Idee der Olfze ein Bolksheer werden, seine Absonderung vom Bürgertum Deutsche Bücherei Band 98/99. follte aufhören. Der Solbat wie ber Bürger follten fich als geborene Verteidiger des Vaterlandes fühlen. Stein plante, augeregt durch das Beispiel der spanischen Erhebung, einen großen allgemeinen Volksaufstand gegen die Franzosen in ganz Nordbeutschland. In Verbindung mit dieser nationalen Erhebung gedachte er bann auch die Verfaffungs= pläne durchzuführen. Er dachte bei alledem immer mehr an Deutschland als an Preußen; er wollte damals schon Breugen zum Vorkämpfer für Deutschland machen, um eine politische Regeneration bes beutschen Bolfes herbeizuführen, allerdings in anderen Formen, als fie in unseren Tagen verwirklicht worden ift. Die Gefahr, der der Preußische Staat und seine Dynastie durch einen solchen Aufstands= versuch ausgesetzt wurde, verschwand ihm vor der Forberung ber nationalen Ehre. Hier aber traf er auf Zweifel und Bedenken beim König, ber nur im Bunde mit Rufland und Defterreich die Erhebung gegen Napoleon für aussichtsvoll hielt. Und seine eigene Unvorsichtigkeit, ein von den Franzosen aufgefangener Brief über die Aufstandspläne, machte ihn als Minister unmöglich, solange man nicht zum offenen Bruch entschlossen war. Er mußte seine Entlassung nehmen und, von Napoleon geächtet, über die Grenze nach Desterreich flüchten; damit schließt dieser erste Ukt ber Resormzeit, der so voll von Not und Begeisterung, von bramatischer Spannung und lebendiger Bewegung gewesen war. In seinem "politischen Testament", das Schön aufgesett hatte, hinterließ Stein den Behörden ein Programm beffen, was erreicht war und was noch zu verwirklichen blieb. Es ift nicht alles verwirklicht worden, was damals ge-

Es ift nicht alles verwirklicht worden, was damals geplant worden ist, und vieles ift durch die Notwendigkeiten des politischen Lebens später anders gewendet und gleichsam umgebogen worden. Nach längerer Pause kam Hardenberg ans Ruber (1810), auch er von der Königin Luise herangezogen und unterstützt, und seine Pläne waren nicht ganz dieselben wie Steins. Er hatte 1807 in seiner großen Reformdenkschrift den Grundsat aufgestellt: Demokratische Prinzipien unter einer monarchischen Regierung. Er war vor allem ein geschickter Diplomat, daneben ein humaner

liberaler Bureaufrat, und hatte mehr das Beispiel der zentralisierten französischen Berwaltung vor Augen als das Beispiel Englands und der alten deutschen Bersassung, das Stein vorschwebte. Er hat mehr Praktisches geleistet als Stein, aber er hat nicht soviel Begeisterung erweckt, nicht so start das ethische Moment betont, wie sein großer Vorgänger. Seine Gedanken und Pläne waren nüglicher für den Moment, aber sie haben nicht eine so weitreichende Wirkung gehabt, wie die Pläne Steins, an deren Ber-wirklichung, freilich in mannigsach verändertem Sinne, noch das ganze 19. Jahrhundert gearbeitet hat, in den Tagen der Verfassung wie bei der Verwaltungsorganisation, die die Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde ausgebaut hat.

So ist in jenen Tagen von Memel durch den großen innern Umwandlungsprozeß der Meinungen wie der Juftitutionen Preußen erst zu einem modernen Staate umsgeschaffen worden, der nicht bloß auf der Regierung, sondern auch auf dem Volke berucht. Der deutsche Gedanke ift wohl wieder zeitweis zurückgedrängt worden, aber er ist seit jenen Tagen nicht mehr verschwunden; die Resormen jener Zeit haben Preußen erst fähig gemacht, später an die Spiße

Deutschlands zu treten.

Es geht bamals burch die beften Geifter ber Nation wie das Brausen eines Frühlingssturmes, der das Gis bricht. Auf jenen Tagen von Memel ruht noch heute ein verflärender Schimmer, und in diesem Glanze steht mitten inne die Königliche Frau mit ihrer weiblichen Anmut und ihren Muttersorgen, mit ihrem patriotischen Stolz und ihrem deutschen Herzen, die Hüterin aller guten Gedanken und Pläne, die hilfreiche Verbündete aller patriotischen tatfräftigen Geister; sie erscheint in ihrer stillen Birksamkeit bamals wie ber gute Genius bes Preußischen Staates.

Es ist germanischer Gemütkart eigen, die Erinnerung an die großen Freiheitskämpfe der Völker zu verknüpfen mit dem Bilde hoher Frauen, die als Hüterinnen der uns vergänglichen geistigen Güter der Nation die Männer zum Rampf für die Freiheit begeiftern. Etwas von diesem

heiligen ahnungsvollen Sehergeift, von dem schon Tacitus bei den deutschen Frauen spricht, ist auch in der Königin Lusse gewesen. Und so steht sie vor unserer Erinnerung, den begeisterten Blick aus der tiesen Not der Zeit voll Glauben und Hoffnung auf eine bessere Zukunft gerichtet, die ihre leiblichen Augen nicht mehr sehen sollten. Denn das ist das Tragische an ihrem Geschick, daß sie, die so viel für die Vorbereitung des Freiheitskampses getan hatte, in der Blüte ihrer Jahre dahingenommen wurde, ehe noch der Tag der Freiheit erschienen war, auch sie ein Opfer der ungeheuren Bedrängnis jener Tage, in deren Druck und Not sie reiner als irgendeine andere Gestalt die edlen Züge schöner Menschlichseit bewahrt hat.





Stein und der Preußische Staat.

Eine Besprechung von Max Lehmanns Stein = Biographie I-II.

Freiherr b. Stein. Bon Mag Behmann. I. Teil: Bor ber Reform 1757-1807, 1902. II. Teil: Die Reform 1807-1808. 1908. Leipzig, S. hirzel.

Ianger Studien, die in den beiden Bänden Max Lehmanns über Stein vor uns liegt. Der erfte Band begleitet den Helden, nach kurzen Mitteilungen über Heatunft, Erziehung und Studium, durch seine vielgestaltige Beamtenlaufdahn dis zu dem ersten Ministerium und der ungnädigen Entlassung mitten in der Arisis von 1806/7. Der zweite schildert die Wirksamkeit des Neformministers dis zu der abermaligen Verdrängung aus dem preußischen Staatsdienst, Ende 1808. Es ist die Tätigkeit Steins in und sur Preußen, die in diesen beiden Bänden geschildert wird, und insofern bilden sie ein relativ abgeschlossen Ganzes, das sich wohl schon zusammensassend würdigen läßt.

Die literarische Eigenart Lehmanns ist ja bekannt; er ist der Repräsentant eines strengen Stils der historischen Darstellung, der gleichweit von dem Pathos Treitschkes wie von dem Räsonnement Delbrücks oder von der psychoslogischen Analyse eines Marcks oder Meinecke entsernt ist; von Ranke und seinen neuen Nachsolgern unterscheidet er sich durch die eindringende Darstellung des Details und von Subel durch einen Beisat von dialektischer Schärse,

der an Droysen erinnert. Diese Eigenart bewährt sich auch hier, nur daß der Ton um etwas gedämpster erscheint wie etwa im Scharnhorst oder in dem Büchlein vom Siebensährigen Kriege. Auch dieses Werk ist mit seinem, künstlerischem Verstande angelegt und ausgesührt; in allen seinen Maßen, in dem Ton des Vortrags und in dem energischsgedrängten Ansbau zeigt es den Meister der historischen Biographie. Vom künstlerischen Standpunkt aus beurteilt, steckt nur etwas zuviel Substanz darin, ich fürchte, mehr, als die Durchschnittsleser werden verdauen können. Und doch wäre es zu wünschen, daß dieses Buch über die Fachstreise hinaus gelesen und studiert würde, namentlich von unseren jüngeren und älteren Beamten. Es ist ein Buch, das den Verwaltungsmann, der seine Stellung in einem höheren Sinne aussatz, in hohem Grade interessieren muß.

unseren jüngeren und älteren Beamten. Es ist ein Buch, das den Verwaltungsmann, der seine Stellung in einem höheren Sinne auffaßt, in hohem Grade interessieren muß. Der erste Eindruck, den der Fachmann empfängt, ist der, daß hier eine erstaunliche Forschungsarbeit geleistet ist, die freilich bei der schlichten Anappheit der Darstellung nur von dem Aundigen nach ihrem ganzen Umsang ermessen werden kann. Wenn man die Werke von Perty und Seeley werden kann. Wenn man die Werke von Perz und Seelen zur Hand nimmt, so empfindet man sosort den Unterschied, der in Ausdehnung und Gründlichkeit der Forschung zwischen dieser neuen und jenen älteren Stein-Biographien besteht. Das Werk von Perz ist ja eigentlich nur eine Materialienjammlung mit verbindendem Text; das von Seelen, so verdienstlich es seinerzeit und für einen Ausländer sein mochte, macht doch sast einen dilettantenhaften Eindruck neben dem Werke Max Lehmanns. Alles irgend erreichbare Material ist von Lehmann herangezogen und in gleichmäßigsaründlicher Verscheitung ausgenuntt warden; neben den gründlicher Verarbeitung ausgenutt worden: neben ben Familienpapieren und ben Aften ber Staatsarchive auch bie der Ministerialarchive, die namentlich für den zweiten Band wertvolle Ausbeute ergeben haben. Und diese ganze Arbeit hat zum Hintergrund eine Kenntnis von den Einrichtungen des altpreußischen Staates, wie sie zurzeit nur wenige Gelehrte besitzen werden. Es ist ja zum größten Teil Verwaltungsgeschichte, worum es sich hier handelt; und das ist ein Gebiet, auf dem es sehr langer und gründs licher Studien bedarf, um die Linien fo fein und flar zu ziehen, wie es Lehmann getan hat.

In manchen Partien freilich, namentlich im ersten Banbe, hat man bas Gefühl, baß es breiterer sachlicher Busammenhänge bedürfte, um biese ober jene abministrative Busammenhänge bedürfte, um diese oder sene administrative Handlung in ihr richtiges Licht zu setzen; der biographische Rahmen ist zu eng für die verwaltungsgeschichtliche Durch-dringung des Stoffes, die vielmehr einen sachlich abzeichlossenen Zusammenhang mit allerlei Rückblicken und Vergleichungen erfordern würde, während für den Biographen die Geschäfte nur eben insoweit Interesse haben, als der Held daran beteiligt gewesen ist, so daß das meiste nur als Fragment behandelt werden kann. Die Lektüre wird

baburch manchmal etwas ermübenb.

dadurch manchmal etwas ermüdend.

Jede solche Arbeit, die darauf ausgeht, für einen Gegenstand, dessen Hand, dessen Hand, dessen Hand, dessen Hand, dessen Hand, dessen Hand, dessen Genstium und Berarbeitung alles erreichbaren Materials vorzunehmen, um auf diese Weise den höchstwöglichen Grad von Exaktheit zu erreichen, dessen hischteit hier zu erreichen, dessen hischten Forschung überhaupt fähig ist, ersordert ein gewisses Maß von Entsagung. Die mühevolle Aufklärung des Details ergibt nicht immer einen großen und glänzenden Gewinn für die Gesamtaufsassung; der Epigone mag hier den Vorzänger beneiben, der, aus dem Bollen schöpfend, mit weit geringerem Auswand an Mühe und Scharssinn, größere und bedeutendere Resultate berausstellen konnte. Was geringerem Aufwand an Mühe und Scharffinn, größere und bedeutendere Resultate herausstellen konnte. Was aber in dem hier vorliegenden Falle die Arbeit Lehmanns charakterisiert, ist, daß doch er zuerst mit der gründlichen Erschöpfung der Quellen eine geschlossene, künstlerische Darstellung verbunden hat. Er geht nicht wie ein Aehrenleser hinter Pert her, sondern er hat größtenteils die Garben erst selbst gedunden. Allerdings, die von Pert vorgelegten Materialien sind seit Jahrzehnten der wissenschaftlichen Welt bekannt und mannigsach benutt worden; sie genügen zur Festlegung der Hauptlinien. Auch in dem Bilde Steins, wie es Lehmann zeichnet, erscheinen die großen entscheibenden Züge kaum verändert: das Neue, was er bringt, liegt mehr in den Einzelheiten als in dem Gesamtbilde. Darum ist es nicht leicht, die naheliegende Frage zu beantworten, auf die ich mich hier bei diesem Reserate in der Hauptsache beschränken möchte, was das Werk Lehmanns benn nun eigentlich an neuen Resultaten bringe. Der Verfasser hat aber seinen Lesern die Orientierung darüber in dankenswerter Weise erleichtert, indem er in seinen Vorreden selbst die hauptsächlichsten Punkte bezeichnet, in denen seine Forschungen zu neuen Ergebnissen geführt haben. Es wird nicht unpassend sein, an diesem Leitsaden die Beantwortung jener Frage zu versuchen.

Bunächst ein Wort über die Persönlichkeit. Von dem Stein "intime", um diesen Ausdruck zu gebrauchen, ersahren wir nicht viel. Es ist das amtliche Leben, das öffentliche Wirken des Mannes, das uns Lehmann aus den Aften und Briesen schildert; an rein menschlichem Detail ist seine Darstellung nicht eben reich. Das ist nicht die Schuld des Autors, sondern es liegt in der Eigentümlichsteit seines Helden begründet. Lehmann hat mit scharfssichtigem Eiser seines Helden versönlichen Empfindens und inneren Lebens seines Helden versolgt, aber Stein ist in dieser Hinsicht wenig ausgiedig. Er ist eine streng in sich verschlossene Natur von Ansang an; wenig mitteilsam, immer nur auf Tat und Wirksamkeit gerichtet, sehr sparsam in der Aeußerung seiner Gefühle und Ansichten, soweit sie nicht Gegenstände von öffentlichem Interesse betreffen.

Das Bilb ber Mutter, bas uns Lehmann entwirft, ift vor kurzem in bieser Zeitschrift') burch die Mitteilungen Alfred Sterns aus ihrem Brieswechsel mit Lavater nicht unerheblich bereichert worden. Sie erscheint als eine zugleich zarte und kräftige Seele, tief religiös, aber klar und verständig, aller Schwärmerei abgeneigt, über Standesvorurteile erhaben. Ihr Brief an den studierenden Sohn, den sie ihm anläßlich des Konfliktes mit seinem Hoses Waßnatürlicher pädagogischer Regierungskunst. Von ihr hat

¹⁾ S. R. 93, 230 ff.

ber Sohn offenbar seine bedeutenden Eigenschaften geerbt, nicht von dem weit minder hervorragenden Bater.

Stein bleibt sich eigentlich, solange wir ihn beobachten können, ziemlich gleich. Eine innere Entwickelung mit beutlichen Wendepunkten ist kaum an ihm zu bemerken. Lehmann redet wohl einmal von seiner altklugen Epoche, wo er zu materialistischen und satalistischen Ansichten geneigt habe; er glaubt, einen Markstein in seiner Entwickelung zu gewahren, wenn er konstatieren kann, daß er in einem Briese zum erstenmal den Namen Gottes gebraucht habe, während er sonst wohl von Vorschung, Schicksal u. dg. spricht. Einen tieseren Einblick in das Innenleben verstattet aber die Uederlieserung nicht. Jedensalls hat Stein keine Sturms und Orangperiode durchgemacht; sein Charakter erschlisse, hochstrebende Natur von religiöser Grundlage, verschlossen, moralisch rigoros, bei allem Feuer des Lege, verschlossen, moralisch rigoros, bei allem Feuer des Lemperaments und des Willens doch von einer gewissen gleben Ansten in seinem Gestüsse und ohne jeden Ansten wollsteins doch von einer gewissen gleben Ansten in seinem Gestüsse und den sehnschnspfliches; er ist ein Mann der klaren Wirklichen Richt, der nützlichen Tätigkeit, eine durch und durch positive Natur, dabei religiös und ethisch nach den höchsten Virklichen Rutur, dabei religiös und ethisch nach den höchsten Virklichen Rutur, dabei religiös und ethisch nach den höchsten Virklichen Rutur, dabei religiös und ethisch nach den höchsten Virklichen Ruter des Geschlechtes traditionell anhaftenden Zuneigung zu dem, was er die alte deutsche Vergling nannte; die konservative Reichspolitik Friedrichs des Großen, an die er glaubte, hat ihn in den preußischen Staatsdienst geführt.

Er war erst, wie andere junge Männer seines Etandes, sir die Lausbahn in einem der Reiachsgerichte bestimmt; daß er dann in den preußischen Seaatsdienst eintrat, ist er dans uns erhaltenen Gesuches der Mutter an

Friedrich den Großen, in dem sie um die Anstellung des Sohnes im auswärtigen Dienst bittet — doch wohl, wie Lehmann meint, mehr seiner eigenen Jnitiative zuzuschreiben. In der Selbstbiographie sagt er darüber folgendes: "Meine hohe Verehrung für Friedrich den Einzigen, der durch die Erhaltung von Bayern damals die Dankbarkeit dieses Landes und des ganzen deutschen Vaterlandes sich erworben hatte, hatte den Wunsch in mir erregt, ihm zu dienen, unter ihm mich zu bilden." Das ist eigentlich alles, was wir von seinen Motiven bei diesem entschedenden Schritt erfahren; auch Lehmann hat darüber nichts Näheres mitzuteilen gehabt. Von dem spezisischen Preußentum war Stein sedensalls ganz underührt; und es ist wichtig geworden, daß seine amtliche Tätigkeit von vornherein unter Einsstisssen gestanden hat, die sich in einem deutlichen Gegensat vom Geiste des friderizianischen Regiments besanden. Er blieb im Westen, und sein Lehrer wurde Heinig.

Der Minister von Heinit wird bei Lehmann mit Recht eingehend gewürdigt; er hat auf Stein einen sehr bebeutensen Einsluß ausgeübt: die Verwaltungstätigkeit Steins unter dem alten Regiment folgt großenteils der Richtung, die von Heinit angegeben worden ist. Ueber Heinit hat die jüngste Zeit eine Anzahl von Aufschlüssen gebracht, die seit Lehmanns erstem Bande noch durch die sehr bemerkenswerten Mitteilungen von Steinecke²) vermehrt worden sind. Sie lassen den Mann in einem sehr interessanten Licht erschenen: er ist ein Vorläuser der modernen Minister, die ein selbständiges Regierungsprogramm vertreten, gegenüber den bloßen Handlangern der friberizianischen Zeit, dabei eine Persönlichkeit von reichem Innenleben, eine liebenswürdige, zarte und seine, sehr religiös gestimmte Natur von großem Wohlwollen und starken sittlichen Empfindungen. Heinitz war Nationalökonom und Statistiker, halb Gelehrter, halb Beamter; Fachmann im Bergwesen, ber Schöpfer einer rationellen Bergverwaltung in Preußen, später auch dirigierender Minister für die westlichen Provinzen und als

²⁾ Foridungen gur branbenburgifden und preugifden Gefdicte 15, 107 ff

solcher lange Zeit hindurch der Vorgesette Steins. Was ihn aber besonders interessant macht, das ist die Tatsache, daß er bei einer kurzen provisorischen Verwaltung des Handels und Fabrikendepartements mit Friedrich d. Gr. in einen Konslift geraten ist, wie er ziemlich einzig in dessen Regierungsgeschichte dasteht. Er vertrat zum Teil moderne Ideen gegenüber dem König, war halb und halb schon Physiofrat, ohne doch aus dem Gedankenkreise des Merkantilismus je ganz herauszutreten; er war überhaupt kein docktrinärer Syskenatiker, sondern ein seiner und gesehrter Krafiskischer tein doktrinärer Systematiker, sondern ein seiner und gelehrter Praktiker, der auf Grund eingehender statistischer Kenntnisse von Land und Leuten die Wirtschaftspolitik sür die einzelnen Provinzen besonders einrichten wollte. In Lehmanns Darstellung scheint die Auffassung durch, daß Heinig gegenüber dem doktrinären Merkantilismus des Königs überall im Recht gewesen sei; ich kann diese Alffassung nicht teilen. Friedrich war doch keineswegs ein einseitiger merkantilistischer Doktrinär, trop der schulmäßigen Ausführungen der Instruktion für das Generaldirektorium. Ausführungen der Instruktion für das Generaldirektorium. Auch er ging von einem sehr genauen Studium der tatssächlichen Verhältnisse aus; er ist ja der Schöpfer einer methodischen Handelsstatistik geworden; und man wird sagen dürsen, daß er seine preußischen Staaten in den achtziger Jahren doch wohl besser kannte, als Heinitz während seiner provisorischen Verwaltung des Handelsbepartements. Der eigentliche Kern des Konsliktes zwischen dem König und dem Minister scheint mir darin zu bestehen, daß der König die Handelsssachen und die gesamte Wirtschaftspolitik dis auf die Frankfurter Meßstatistik herad vom Standpunkte der Staatsräson aus behandelte, Heinitz dagegen von einem philanthropisch-ökonomischen Standpunkt und mehr im moralischen als im politischen Sinne. Man könnte mit einer von Lehmann gern gebrauchten Wendung sagen: der Konslikt ragte in das Gebiet der Sittlichkeit hinein. Das geht ganz deutlich aus den neuerdings von Steinecke verössentlichten Stücken der Heinitzschen Tagebücher aus dieser Zeit hervor. Die eigentliche politische Uder, die maßgebende Rücksicht auf die Stärke und Machtstellung des Staates, sehlte Heinitz gand; er wollte den moralischen Empfindungen auch bei der Handels- und Wirtschaftspolitik einen entscheidendem Platz einräumen und erwartete auch im materiellen Leben Heil und Segen davon. Einen solchen Minister konnte Friedrich für seine Handels- und Wirtschaftspolitik nicht brauchen, zumal wenn von diesem Geist auch auf die Räte des Departements etwas überging, wie das dei dem Geheimen Finanzrat Hartmann der Fall gewesen zu sein scheimen Finanzrat Hartmann der Fall gewesen zu sein scheimen Heist gab nun das Handels- und Fadrikendepartement wieder ab; die Konsequenz zog er aber freilich nicht aus dem Konslift, daß er nun überhaupt um seine Entlassung gebeten hätte. Er blieb Minister; und auf dem Gebiete des Bergund Hittenwesens, das seine eigentliche Domäne war, ließ ihn der König, der ihn persönlich gewiß hochachtete, mit vollem Vertrauen walten; hier spielten politische Gesichtspunkte ja kaum in die Verwaltung hinein.

Unter Friedrichs Nachfolgern hat dann Heinitz zugleich als dirigierender Minister über die westlichen Provinzen der Monarchie gewaltet, und hier ist durch ihn allmählich ein ganz neues System ins Leben gerusen worden, dem sich auch Stein mit ganzem Herzen und voller Tatkraft angeschlossen hat. Lehmann betrachtet es mit Recht als eine der Novitäten seines Buches, daß er die eigentümliche Stellung der westlichen Provinzen des Preußischen Staates in dem politischen System Friedrichs II. und die Aenderungen, die unter seinen Nachsolgern darin vorgenommen worden sind, nach allen Seiten ins Licht gestellt hat. Das politische System Friedrichs beruste in Wirtschaft und Berwaltung, in Heeresz und Stenerversassung im wesentlichen auf den östlichen und insbesondere auf den mittleren Provinzen, die allein einen zusammenhängenden Gedietskompley bildeten. Die Provinzen jenseit der Weser galten handelspolitisch als Ausland; in einem Teil von ihnen hatte man auch von der Durchsührung des Kantonsystems Abstand genommen, Wesel war als Festung ausgegeben worden, weil der König im Fall eines großen Krieges die Berzteibigung dieser Lande sür unmöglich hielt. Es ist nicht

ganz falsch, obwohl übertrieben, wenn Lehmann sagt: die Bewohner der westlichen Provinzen galten als Preußen zweiter Klasse. Das Bestreben von Heinig und auch von Stein ging nun dahin, diese "Zurückseung" bes Westens aufzuheben und die beiden Hälsten des Staates enger miteinander zu verbinden. Dies Bestreben hat ofsendar die volle Sympathie Lehmanns, und der Ton, in dem er davon spricht, ist nicht ganz frei von Ungerechtigkeit gegen Friedrich den Großen. War es nicht politisch doch ein ganz richtiger Gedanke, auf dem das System Friedrichs beruhte? Konnte er sich nicht dasür auf die Ersahrungen des Siebensährigen Krieges und auch auf die beständige Gesahr des Schmuggels berusen, die dei Gerstellung eines freien Jandelsverkehrs mit dem Westen unvermeiblich war? Ein wünschenswerter Zustand war ja jene Trennung gewiß nicht, und sicherlich brachte sie den Westen um manche Vorteile, die mit der Zugehörigkeit zu einem großen Staate verbunden sind; aber mit ihrer Beseitigung wurde doch die unglückliche Konsiguration des Staates, auf der sie im Grunde beruhte, nicht gehoben, und die Energie des wirtschaftspolitischen Systems, das doch in der Hauptsache unverändert blieb, wurde dadurch zweisellos geschwächt, ebenso wie die Vereteibigungsfähigkeit des Staates. Die strasse Konzentration im kleineren Kreise — "toujours en védette" —, die das Ziel der friberizianischen Politik gewesen van, wich einem behaglicheren, sorgloseren Sichausdehnen und Zusammensschließen, das doch mehr den menschlich sympathischen Ideen verüsten des Wohlschen und Erzeistellen vollte, eines Tages wieder um die Existenz des Staates zu kämpsen. Staates zu fampfen.

Staates zu kämpfen.
Rein wirtschaftlich betrachtet, sind diese Bestrebungen für die westlichen Provinzen ja allerdings ein Segen gewesen; ob aber z. B. die Rekruten-Konventionen, mit denen man auf den längst überwundenen Gedanken einer Rekruten-lieferung durch die Stände wieder zurückkam, als ein militärisch-politischer Fortschritt zu betrachten sind, ist doch sehr zweiselhaft. Stein hat sie später selbst sehr schaft

fritifiert. Auf dem Gebiete ber Afgifeverfassung mar während der Regierung Friedrichs des Großen im Weften hin und her experimentiert worden; es entsprach nun wohl dem fortgeschrittenen wirtschaftlichen Zustand dieser westlichen Provinzen, baß Stein in der Grafschaft Mark die Trennung von Stadt und Land aufhob, bag an Stelle ber faft alle Gegenstände bes Berkehrs treffenden Generalatzise nur einzelne befonders ertragreiche Artifel befteuert wurden, bag neben einer Mahl- und Schlachtsteuer und einer Trankfteuer für Stadt und Land auch eine Rlaffenfteuer eingeführt wurde; es waren Grundsäße, die später zu allgemeinerer Anwendung gelangen sollten, mit denen man aber damals eigentlich nur auf den Zuftand zurückgriff, wie er vor Friedrich Wilhelm I. bestanden hatte. Sehr charakteristisch ift auch die energische Förderung des Chausseebaues durch Stein: Friedrich der Große hatte keine Chausseen gebaut, weil er dem Feind nicht die Wege bahnen wollte zur Invasion seiner Staaten; auch hier zeigt sich, wie an Stelle der politisch-militärischen Gesichtapuntte ber friberizianischen Zeit die wirtschaftlichen Wohlfahrtsbestrebungen das Uebergewicht erlangen. Db freilich jene etwas grotest anmutende Alengstlichkeit der friderizianischen Politik so gang un= berechtigt war, mag im hinblick auf ben schnellen und völligen Zusammenbruch von 1806 doch noch fraglich ersischeinen. Es ist ein charakteristischer Zug in der nachfriberizianischen Staatsleitung, daß jenes machsam haltenbe Gefühl ber Unsicherheit, das Bewußtsein des Prekaren in der politischen Existenz Preußens, das den Gründer ber preußischen Großmacht niemals verlaffen hat, bei feinen Nachfolgern einem naiben Behagen am ruhigen und glücklichen Befit Plat gemacht hatte, das ficherlich mit zu ben tieferen Urfachen ber Rataftrophe von 1806 gehört.

Die Organisation und Berwaltung ber westfälischen Entschädigungslande ist von Lehmann zum erstenmal auf Grund ber Alten in knapper Aussührlichkeit dargestellt worden; ebenso die bisher durchaus nicht genügend bekannte Berwaltung des Akzise und Handelsdepartements durch Stein. — Es ist von hohem Interesse, zu sehen,

wie Stein — im Gegensatze zu Harbenberg — für bie Beibehaltung ber ständischen Berfassung in Münfter und Paderborn eintritt. "Ich hoffe — schreibt er an Sad —, man wird die alte beutsche Verfassung, die auf Grundeigentum gebaut war, und die sich in Westfalen erhalten hat, nicht umstürzen und an ihre Stelle eine bloße Bureaukratie, deren Unvollkommenheiten wir kennen, segen." "Der Deutsche und insbesondere der Westfälinger ist ganz zu einer solchen Versassung geeignet; er hat die zur Be-handlung der Geschäfte in öffentlicher Versammlung nötige handlung der Geschäfte in öffentlicher Bersammlung nötige Ruhe, Ordnungsliebe, Anhänglichkeit an Formen, Herstommen. Der windige Franzose muß mit der Peitsche eines Ludwigs XI., Richelieus, Ludwigs XIV. geführt werden; ihn entschädigt befriedigte Eitelkeit für alles sonstige Uebel einer schlechten Berwaltung, ehemals die Ehre, der Untertan des größten Königs zu sein, jett das Luftgebild der Gleichheit." Stein will es nicht mit den Franzosen halten, denen es mehr auf die Gleichheit als auf die Freiheit ankommt, sondern mit den Engländern, die die Freiheit der Gleichheit vorziehen. "Die Bildung zweckmäßig eingerichteter Stände"— schreibt er an die Organisationskommission — "halte ich für eine große Wohltat für diese Provinzen. Sie ershalten eine wohltätige, auf Versassung und gesetliche Ordnung sich gründende Verdindung zwischen dem Untertan und der Regierung. Sie belehren jenen über die Absüchten und Hoffnungen jener bekannt. Sie verhindern die willkürlichen Hoffnungen jener bekannt. Sie verhindern die willkürlichen Abweichungen von Verfassung und gesetzlicher Ordnung, die sich die Landeskollegien bei dem Orange der Geschäfte nicht selten zuschulden kommen lassen, und sie sind durch Eigentum und Anhänglichkeit an das Vaterland sest an das Interesse eines Landes gekettet, bas bem fremben öffentlichen Beamten gewöhnlich unbekannt ift, oft gleichgültig und bisweilen jelbst verächtlich und verhaßt wird." Von solchen Ständen, Die aus Eigentümern bestehen, habe die Regierung im Punkte der Revolution nichts zu fürchten. Biel mehr habe sie zu fürchten von der Neuerungssucht jüngerer, von der Launenhaftigkeit und dem Mietlingsgeist älterer Beamten

fowie von der alle Sittlichkeit verschlingenden Weichlichkeit

und von bem Egoismus, ber alle Stände ergreife. Man sieht aus diesen Aeußerungen, in welchem Gegenfat Stein fich befand zu ben im preußischen Staatsmesen seit einem Jahrhundert herrschend gewordenen Grundsägen, wie sie damals auch Harbenberg, ber als Kabinettsminister mit der Frage befast wurde, vertreten hat. Kein Bunder, daß Steins Forderung vom Kabinett abgelehnt wurde, und baß bie Stände in Münster und Paderborn verschwanden. Es war eine unzweifelhafte Niederlage Steins, und es mag wohl fein, daß er einen Augenblick ben Gedanken bes Rücktritts erwogen hat. Schon vorher hatte er einmal an Sad, als er diesem sein Programm entwickelte, bie folgenden bezeichnenden Worte geschrieben: "Ihre, meine und jedes redlichen Mannes Pflicht ift es, ber Wahrheit getren zu bleiben, diese mit Mäßigung, Ernst und Festigkeit zu sagen; und wenn man sieht, daß alles vergeblich ift, so zieht man sich von dem Geschäft zurück und läßt sich nicht zur Ausführung eines Gebäudes führen, das wegen seiner Unvollkommenheit entweder von selbst zusammenftürzt oder den Druck und den Unwillen vieler Tausende bewirkt. Der Beifall bes Gewiffens und der verwalteten Menschen ift beffer, als ber eines Minifters." Dag Stein tropbem blieb, erflärt Lehmann, überzengend genug, daraus, daß die Entscheidung in der ständischen Frage weder auf einmal, noch ganz unzweideutig fiel: die Sache wurde dilatorisch behandelt; außerdem hatte Stein die Genugtuung, daß in anderen wichtigen, namentlich Personalfragen der Minister Schulenburg, ber die Organisation leitete, auf feine Ratschläge hörte. Auch die Einführung des neuostpreußischen Ressortreglements von 1797 geschah mit auf seine Empsch= lung. Er fette ferner durch, daß die administrative Trennung von Stadt und Land auch hier unterblieb; der Steuerrat ift in ben Entschädigungsprovingen nicht eingeführt worben, die Landfreise mit dem in einen Landrat verwandelten Droften an der Spige umfaßten hier auch die in dem Begirt gelegenen Städte.

Das Rantonsuftem murbe fo, wie es war, in ben neuen

Provinzen eingeführt. Stein hatte eine Reihe von Beränderungen vorgeschlagen, die aber nicht zur Durchführung gekommen sind. Er hatte an dem damaligen Heerwesen, an der Stellung der Armee in Staat und Gesellschaft überhaupt wohl mancherlei auszusezen, aber ein klares Programm hat er in dieser Hinsicht nicht formuliert. Er war für Ausdehnung der Diensttpflicht auf die davon Besteiten und verschiede und bie davon Besteiten und verschiede und bie davon Besteiten und verschiede und bie der Dienstellen freiten und zugleich auch für Verminberung ber Dienstzeit; anderseits wollte er aber für ben Fabrikbistrikt der Grafsichaft Mark doch auch wieder die Exemtion beibehalten wissen und schlug für die Eximierten eine Wehrsteuer vor. Im Grunde schwebte ihm wohl das Ideal einer Landmiliz Im Grunde schwebte ihm wohl das Jbeal einer Landmiliz vor; daran wird er gedacht haben, wenn er bei diesen Bershandlungen einmal äußert, die Vaterlandsverteidigung milst zu einem Gegenstand der Nationalerziehung gemacht werden. Die Heeresverfassung, wie sie war, hatte offenbar seinen Beisall nicht, aber anderseits war er boch zu klar und zu praktisch, um nicht einzusehen, daß damals, wo eben die Franzosen sich in Hannover einnisteten, an eine Ubschaffung des Militarismus nicht zu benken sei. Er erklärte in diesen Tagen, der gegenwärtige politische Justand von Europa ersordere eine fortdauernde militärische Unstrengung, um die Unabhängigkeit der Monarchie zu erhalten: Sicherheit seinisttiger als Roblstand wichtiger als Wohlftand.

Sehr entschieden setzte er sich gegen die Einführung der Akzise in ihrer altpreußischen Gestalt, der "Generalakzise", in den westfälischen Landen ein; aber auf die Entscheidung dieser Frage hat er selbst keinen Einfluß mehr gehabt. Er war inzwischen als Minister in das Generaldirektorium berusen worden, das mit der Einrichtung der neuen Provinzen

nicht unmittelbar befaßt war.

Nicht unmittelbar besaßt war.

Neber die Berufung Steins zu dem Ministerposten ersfahren wir durch Lehmann ein paar interessante Details. Die Abneigung des Königs, die Rivalität Borgstedes, die Berwendung Behmes für Stein, die Besorgnisse, die man in Berlin wegen seiner sogenannten westfälischen, d. h. freieren wirtschaftlichen Anschauungen hegte — das alles ist zwar nicht gänzlich neu, aber doch in dieser Berbindung und in Deutsche Bücherei Band 98/99.

der Beleuchtung durch die vorhergehende Umtstätigkeit Steins burchfichtiger und verftändlicher, als mas Berg darüber mitteilt. Die Verwaltung des Ministeriums selbst ist ein so schwieriger und verwickelter Gegenstand, daß ich mich da auf eine Andeutung der Hauptpunkte beschräufen muß: die Salzverwaltung wurde reformiert, die Binnenzölle zwischen den Provinzen wurden abgeschafft, mit Ausnahme berer gegen bie westfälischen und die polnischen Provinzen, eine Vereinfachung des Geschäfts-ganges wurde angestrebt namentlich durch Kombinierung ber Provinzial-Steuerdirektionen mit ben Rammern, für Dit= und Westpreußen wurde ein neuer Akzisetarif er= Oft= und Westpreußen wurde ein neuer Akzisetarif erstassen, die Verhältnisse von Süd= und Neuostpreußen wurden jetzt endlich geordnet, wobei Stein merkwürdigerweise für die Einsührung eben der Akzise eintrat, die er im Westen so heftig bekämpst hatte; er sah eben ein, daß sie hier in den zurückgebliebenen Städten des Oftens ganz angebracht sei, und auch die Beschränkung der Gewerbe auf die Städte, die damit verbunden war, hat hier seinen Widerspruch nicht herausgesordert. In den Handels= und Fabrikenangelegensheiten, wo Kunth einer seiner Hauptmitarbeiter wurde, hat er keineskweis ummölzend gewirkt. Er hielt an dem Stunder keineswegs umwälzend gewirkt. Er hielt an dem Grunds fat der Handelsbilanz fest und wollte keine plögliche Aufhebung der Handelsbilanz seit und wollte keine plögliche Aufsebung der Einsuhrverbote, wenn er auch mehr von anderen Mitteln, namentlich von der Verbesserung des gewerblichen Unterrichts, erhoffte. Die Statistik erhielt erst durch ihn eine besondere Zentralstelle in dem statistischen Bureau. An die Spize der Geldinstitute brachte er Niebuhr. Das sind ja zum Teil längst bekannte Dinge, aber die Vollständigkeit, der innere Zusammenhang, die detaillierte Auseinandersetzung des Hergangs und der Motive beil diesen Maßregeln, das ist das Neue an diesem Kapitel, das bei einem kurzen Referent allerdings nicht wahl zur Anschauung einem kurzen Referat allerdings nicht wohl zur Anschauung gebracht werden kann. Bon besonderem Interesse sind die Ausführungen über das Einwirken der auswärtigen Berbältnisse auf Steins Departementsverwaltung seit 1805 und über die neuen Steuerpläne. Der Vorschlag einer Tranksteuer für das platte Land (1805) und der Plan einer Einkommensteuer, beide als Kriegssteuern gedacht, die letztere im wesentlichen nach dem englischen Borbild, mit Selbst-beklaration, wiesen ganz neue Bahnen für die Finanz-gesetzgebung des Preußischen Staates; sie sind hier zum erstenmal dargestellt.

gesetzebung des Preußischen Staates; sie sind hier zum erstemmal dargestestt.

Stein war seit der Berletzung der preußischen Neutralität durch Napoleon von der Notwendigseit des Krieges überzeugt; er hat Beyme gegenüber (8. Dezember) das Verhalten von Haugwiß dei seiner diplomatischen Mission auf das schärste verurteilt. Man wäre geneigt, anzunehmen, daß er über die Bendung, die durch den Vertrag von Schönbrunn eintrat, auß äußerste empört gewesen wäre. In einem Brief an Vincke hat er num aber, und zwar bald nach dem Ereignis, Januar 1806, mit überraschender Milbe darüber geurteilt, hat namentlich die Erwerbung Haunovers als einen wünschenswerten Zuwachs der preußischen Monarchie bezeichnet, während Gentz einmal sagt, daß er diese Erwerbung lebhaft gemißbilligt habe. Lehmann will diesen Brief als einen Beschwichtigungsversuch sür Jincke und als einen Ausssluß der Resignation erklären, mit der ihn die politische Unsässuß der Resignation erklären, mit der ihn die politische Unsässuß der Vestärung kaum. Underseits hatte 1874 ein historischer Dilettant, Gustav v. Lecoca, in einem Artikel der Zeitschrift sür preußische Geschüchten und Landeskunde besauptet, daß Stein mit unter denen gewesen seins hier den Renhann hat wohl recht, wenn er diese ohne jeden Duellenbeseg austretende Behauptung einsach abweist; aber eine Untsarheit bleibt über die Stellung Steins hier doch noch bestehen. Nehnlich bei den Beratungen von Graudenz, 6. November 1806, wo Stein, der nach der Katastrophe von Jena die Kassen gerettet hatte und der Katastrophe von Jena die Kassen gerettet hatte und der Katastrophe von Jena die Kassen gerettet hatte und der Katastrophe von Luchesini und Zastrow angenommenen ersten Friedenspräliminarien vom 30. Oktober, die Napoleon später wieder verworsen hat, um sie durch die viel ungünstigeren Bestimmungen des Charlottens

burger Waffenstillstandes zu ersetzen. Die Ministers versammlung erklärte, daß Preußen den Krieg gegen versammlung erklärte, daß Preußen den Arieg gegen Frankreich nicht fortsetzen könne, sondern unter den von Lucchesini und Zastrow angenommenen Bedingungen Frieden schließen musse. In keinem Falle aber durse Preußen sich gegen Rußland gebrauchen lassen oder dem Rheinbunde beitreten. Haugwitz war mit diesem Beschlusse nicht zufrieden; er hatte gerade den Beitritt zum Rheinbund empsohlen und gab seine abweichende Meinung zu Protokoll. Darauf erklärte nun — nach Ausweis des Konserenzprotokolls — Schulenburg: wenn der Friede mit Frankreich auf der Grundlage der Präliminarien vom 30. Oktober nicht zu erreichen sei, so solle man den Beitritt zum Rheinbund Grundlage der Präliminarien vom 30. Oktober nicht zu erreichen sei, so solle man den Beitritt zum Rheinbund anbieten, aber nur in diesem Falle und unter der aus- drücklichen Bedingung, daß der Rheinbund die Erhaltung des Kontinentalfriedens bezwecke und nicht zur Offensiber gegen irgendeine Macht führe. Diese Meinung Schulen- burgs wurde dann nach dem Konserenzprotokoll von der ganzen Versammlung einmütig beschlossen. Lehmann meint nun, es sei kaum glaublich, daß Stein einen solchen Umfall mitgemacht habe, wenn man auch annehme, daß er damals von seiner Krankheit stark mitgenommen gewesen wäre. Er möchte ein Versehen des Protokollsührers annehmen. Aber mir scheint, daß dieser Zweisel verstummen muß. Lehmann selbst hat darauf hingewiesen, daß auch Haugwig an Lucchesini damals geschrieben hat, er habe die Herren auf seine Seite gebracht; und daß das Angedot des Beitritts zum Rheindunde sur Stein keine absolute moralische Unsmöglichkeit war, das beweist doch sein Verhalten im möglichkeit war, das beweist doch sein Verhalten im Jahre 1807 bei der Mission des Prinzen Wilhelm nach Paris (Lehmann II, 136). Ob später bei den Beratungen von Ofterode (21. November) Steins Votum gegen den Charlottenburger Waffenstillstand von wirklich ansschlags gebender Wirkung gewesen ist, wird man bezweifeln dürsen; bie Haltung von Beyme und Köckrit, die mit der Minorität gegen die Annahme stimmten, beweist doch wohl, daß der König schon vorher zur Ablehnung entschlossen war. Aber vielleicht bedurste es bei seiner Natur einer solchen Stärkung gegen die eigenen schwächlichen Neigungen, wie sie in bem entschiedenen Auftreten Steins lag.

Wir kommen nun zu ber Reform und damit zu dem Höhepunkt der Darstellung Lehmanns. Er hat ihr eine breite Grundlage gegeben in einem knappen, inhalts und gedankenreichen Aufriß der Bersassung und Verwaltung des alten Preußens, der schon vor dem Erscheinen des zweiten Bandes in dieser Zeitschrift veröffentlicht worden ift3). Der Busammenhang, in dem diese zusammensassendern st. Der Busammenhang, in dem diese zusammensassende Betrachtung konzipiert ist, bringt es mit sich, daß das Unmoderne, Nückständige, Unhaltbare dieses politisch-sozialen Systems stärker hervortritt als das Lebensfähige und auch in der Zukunft Fortwirkende. Man vermißt an der gehaltvollen, scharf pointierten Stizze einen hinweis barauf, daß dieses alt-preußische System in seiner Entstehungs- und Blütezeit boch ein großer Fortschritt gewesen war, daß es moralische Kräfte enthielt, die noch keineswegs aufgebraucht ober verrottet, sondern auch in Bukunft noch großer Wirkungen fähig waren. Hier betreten wir allerdings ein Feld, auf dem es mehr auf allgemeine politische Ansichten und Ueberzeugungen als auf beweisbare historische Tatsachen ankommt. Durch Lehmanns ganzes Werk geht, unausgesprochen, aber doch unverkennbar, die Anschauung hindurch, daß Preußen nur durch die Ideen der Reform zu neuem Leben erweckt und zu einer großen Zukunft befähigt werden konnte, daß der Geift bes friderizianischen Preußens bei Jena gleichsam sein Todesurteil empfangen habe. Ich weiß nicht, ob ich ben Sinn des Verfassers damit richtig beute, aber wenn das der Fall ist, möchte ich doch dagegen aussprechen, daß noch unendlich viel von dem friderizianischen Staatsgeist im heutigen Preußen lebt, daß die Epoche Bismarcks wieder an Friedrich den Großen angeknüpft hat mit ihrer kühnen Machtpolitik wie mit ihren wirtschaftlich-sozialen Beftrebungen, und daß der Geift der Steinschen Reform nur ein Jngrediens, nicht aber das eigentlich konstitutive Clement in unserem heutigen Staate ist. Die Katastrophe

^{3) \$. 3. 90, 385} ff.

von Jena war meiner Ansicht nach nicht der Zusammen-bruch eines lebensunfähig gewordenen Organismus, sondern ein durch mancherlei Ursachen, innere wie äußere, bedingter Schwächezustand, der die Widerstandssähigkeit des Staates für den Moment aufhob, eine pathologische Krisis gleichsam, aus der sich der Staat nicht allein durch die liberalen aus der sich der Staat nicht allein durch die liberalen Joen, sondern auch durch die ihm selbst innewohnende Lebenskraft und die Stärke seiner überlieferten Institutionen wieder erhoben hat. Als die eigentlich grundlegende Epoche für den Preußischen Staat erscheint mir doch die Regierung Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen, nicht die Epoche Steins und Hardenbergs; die Richtung auf den monarchischen Militärs und Beamtenstaat ist dem preußischen Wesen immer geblieden, sie ist durch die Wirkungen der Resormideen nur modissiert, nicht völlig von ihrem Ziele abgeleust worden. Es ist eine Synthese alter und neuer Kräfte und Institutionen, auf der unser heutiges politisches Leben beruht; den scharsen Gegensak, in dem sich die beiden Epochen einst selbst empfanden, wie er etwa in dem Versichtungsurteil E. M. Arndts über Friedrich den Großen oder in den Invektiven eines York oder Marwig gegen die Resormer sich äußerte, haben wir glücklicherweise überwunden. Das historische Urteil braucht nicht das Werk Friedrichs des Großen zu verdammen, um dem Werke Steins gerecht zu werden. Steins gerecht zu werben.

Das wichtigste Reformprogramm Steins, die Nassauer Denkschrift, hat Lehmann in sehr eindringender Weise analysiert. Mit Recht weist er darauf hin, daß man nicht erwarten dürse, das ganze Resormprogramm Steins in diesem Dokument entwickelt zu sehen, das in der Hauptsache nur der Neuordnung der Verwaltungsorganisation gewidmet ist; wenn hier nur von ständischer Versassung in den Provinzen die Nede ist, so weist Lehmann aus einer gleichzeitigen Aeußerung Steins in einem Briese an Hardenberg nach, daß dies nur als ein Ansang, als eine Abschlagszahlung gleichsam, zu betrachten sei; die Absicht Steins ging schon damals in letzter Linie auf eine Nationalrepräsentation; aber er wollte das Volk

şu einer solchen erst erziehen durch die öffentliche Wirksamkeit in kleineren Kreisen. Höchst interessant sit, wie Lehmann den Gedankenkreis und damit die ganze Tendenz der Denkschrift näher bestimmt. Wir sehen hier wieder, daß bei dem Staatsibeal Steins die "alte beutsche Versassung urgunde liegt, wie sie vor dem Aufkommen des Mbsolutismus und seiner Begleiterscheinungen, des Militarismus und deiner Begleiterscheinungen, des Militarismus und der Bureaukratie, gewesen war, oder vielmehr, wie er sie sich in einem ibealisierten Vilde vorstellte; auch die Wahlverwandtschaft mit England tritt stark hervor und ist von jeher demerkt worden; sie liegt eben in der gemeinsamen Absehunung dieser sit das kontinentale Staatsseben des 17. und 18. Jahrhunderts entscheidenden Erscheinungen: Militarismus, Absolutismus und Bureaukratie. Aber neu ist, was Lehmann hier nachzuweisen sucht: das auch die Ideen von 1789, die Zbeen der französsischen Konstituante, sehnen der Steins politisches Denken eingewirkt haben, ja, daß sie einen integrierenden Bestandteil seines Programms bilden. Man wird danach mit der Anschauung brechen müssen, als ob Stein schlechtweg ein Feind alles Französsischen und insonderheit ein Feind der Französsischen meden missen, des demokratischen Casarismus, der auf dem Grunde einer völlig nivellierten Gesellschaft und einer durchaus zentralisierten Berwaltung ein durch repräsentative Formen übel verkleidetes despotisches Regiment organissert hatte, das eigentlich die Regation jedes Staatsrechts war. Aber der Französsischen, mit ihren Gegensab gegen die Unnatur des alten Staates, gegen Absolution mit ihren begesserben Jedelen, mit ihren Beolution mit ihren begesserben Idealen, mit ihren Benschaft von der Windsigkeit des Bolses — diese Bewegung sand ein Echo in Staates, gegen Absolutismus, Militarismus und Bureaukratie, mit ihren monachsischen von der Mindsigkeit des Bolses — diese Bewegung sand ein Echo in Steins Bruft, und er ist ihr in manchen seiner Vorschläge und Benennungen gesoldt, wenn auch dieser Einsluß

fruchtbar und in höchst eigenartiger Weise Altes und Neues, Fremdes und Heimisches. Indem er zurückstrebt zu den deutschen Staatszuständen, wie sie vor dem Eindringen des militärisches dureaukratischen Absolutismus bestanden hatten, sucht er doch keineswegs den Staatsund Gesellschaftszustand des 16. und 17. Jahrhundertsschlechtweg wiederherzustellen, sondern er sucht ihn weiter zu entwickeln nach dem Muster der fortgeschrittensten Nation, die jene allgemeinskontinentale Entwickelung nicht mitgemacht hatte, der Engländer, und zugleich im Sinne der von England beeinslußten Strömung in Frankreich, wie sie etwa durch Montesquieu repräsentiert wird; die demokratischen Abstraktionen Rousseaus lagen nicht in der Richtung seiner historisch gestimmten und auf das Wirks

liche und Praftische gerichteten Natur.

Much barauf hat Lehmann mit berechtigtem Nachbruck hingewiesen, daß die Veranlassung der Nassauer Denkschrift in einem Wunsche des Fürsten Anton Radziwill zu suchen, daß sie zunächst für ihn entworfen ist. Dadurch erklärt sich manches in der Tendenz und Fassung, vor allem auch die ausssührliche Behandlung der polnischen Frage. Was Stein im Auge hatte, war die Konstituierung der polnischen Provinzen Preußens, die noch aus dem russischen Anteil erheblich vermehrt werden sollten, als eines Königreichs Polen in Personalunion mit Preußen, wie anderseits der russische Anteil als Königreich Litauen konstituiert werden sollte. Das sollte nun ein von einem einheimischen Statthalter in ton-stitutionellen Formen regierter Nationalstaat sein. Stein verurteilte die Teilungen Bolens und fprach mit hober Verurteilte die Teilungen Polens und sprach mit hoher Anerkennung von den nationalpolitischen Bestrebungen der polnischen Patrioten. Lehmann zitiert mit Beisall seine Worte darüber: "Die polnische Nation ist stolz auf ihre Nationalität, sie trauert, ihre Sprache, ihren Namen erslöschen zu sehen und seindet den Staat an, der ihr dieses Leid zusügt. Sie würde zufriedengestellt werden, sie würde diesem Staate anhängen, wenn man ihr eine Verfassung gäbe, bei der ihr Nationalstolz beruhigt und ihr der Besitz ihrer Individualität gesichert wird. Diese nicht zu zerstören, sondern auszubilden, wird jeder für einen Gewinn halten, der nicht mechanische Ordnung, sondern freie Entwickelung und Beredlung der eigentümlichen Natur jedes Bölkerstammes für den Zweck der dürgerlichen Gesellschaft hält." Diese Worte rühmt Lehmann als "ein teures Vermächtnis, in dem der universale Geist des 18. und der nationale des 19. Jahrhunderts, noch nicht zum Chauvinismus versteinert und verfälscht, sich wundervoll durchdringen." Wenn damit, wie doch wohl vermutet werden muß, der Wunsch verbunden ist, daß dieses Vermächtnis für die Verhältnisse der Gegenwart fruchtbar gemacht werden möchte, so muß man dagegen doch bemerken, daß die Polenfrage bei uns auf einem durchaus andern Boden steht, als der war, auf den Stein sein Zukunstsgebäude gestellt hat. Für ihn handelte es sich um die kompakte Handelt des sich in der Handelte Wevölkerung, und eine Unwendung des Steinschen Prinzips würde bei uns heute eine Unterdrückung des Deutschtums zugunsten der polnischen Nationalität bedeuten, ohne daß damit die Gewähr sür die Zufriedenstellung der polnischen Bevölkerung gegeben wäre, deren nationalpolitische Bestredungen ja über den Rahmen des Preußischen Staates weit hinausreichen.

Die Umstände, unter denen Stein sein zweites Winisterium antrat, der Konssilk, der dabei wieder

Die Umstände, unter benen Stein sein zweites Ministerium antrat, der Konslitt, der dabei wieder brohte, und die Art, wie er vermieden wurde, sind von Lehmann zum erstenmal zutreffend dargestellt worden. Es ist der Kampf um die Beseitigung des Kabinetts, um den es sich dabei handelt. Dieser Kampf gehört ja mit zu dem Wesentlichen der Steinschen Bestrebungen. In diesen Zusammenhang gehört auch schon die erste große politische Kundgebung Steins, die bekannte Denkschrift vom Mai 1806, die die Beseitigung des Ministers Haugwitz und ber Kabinettsräte Lombard und Behme und die Bildung eines Ministerkonseils sorderte. Damals war der Ruf Steins ungehört verhallt; der

König hat, wie Lehmann feststellt - im Gegensat übrigens zu der von Stein selbst in seiner Autobiographie geäußerten Bermutung —, nie etwas von dieser Denkschrift erfahren; die Königin und Harbenberg hatten sie für zu scharf und rücksichtslos gehalten und von der Ueberreichung an den König abgeraten, und Stein hatte sich gefügt. Dann war der Konflift vom Dezember 1806 gefolgt, der Ansang Januar 1807 zu der Entlassung Steins führte. Der Kern dieses Konfliktes war eben die Forderung Steins gewesen, daß Beyme entlassen und an Stelle der Kabinettsregierung eine Minifterialregierung eingerichtet werden sollte, die in unmittelbarem Verkehr der Minifter mit dem König geführt würde. In dieser Forderung sag die Tendenz zur Einschränkung des autostratischen Absolutismus, und darum hat Friedrich Wilhelm III. ihr einen so zähen und nachhaltigen Widerstand entgegengesett. Er behandelte Stein noch ganz so, wie Friedrich der Große seine Minister behandelt hatte; da Stein den Eintritt in das vom König berusene Ministerium abgelehnt hatte, sah er das als Ungehorsam und Eigensinn an und entließ ben Minister durch jene ungnädige Rabinettsorder vom 3. Januar. Was Stein durchzusehen mißlungen war, hat dann Harbenberg burch seine Geschmeibigkeit, allerdings zugleich auch burch bas Bewicht, bas ihm beim Könige bamals bas Bertrauen des Raisers Alexander gab, ohne Konflift zu erreichen vermocht; er erhielt am 26. April 1807 den Vortrag in allen wichtigen Angelegenheiten unter Ausschaltung des Kabinettsrats Beyme. Aber das war doch nur eine vorübergehende Konstellation. Es ist eine übertriebene Würdigung dieser Wendung, wenn Treitschfe (I, 259) davon sagt: "Am 26. April 1807 vollzog sich in aller Stille eine Versassungsveränderung, die folgenreichste, welche der alte Absolutismus feit den Tagen Friedrich Wilhelms I. erlebt hatte. Die Kabinettsregierung wurde aufgehoben, Harbenberg als erster Minister mit ber Leitung der auswärtigen Angelegenheiten sowie aller mit dem Kriege zusammenhängenden Geschäfte beauftragt."

Daß diese Wandlung noch keine dauernde war, daß sie in der Hauptsache nur auf der persönlichen Geschicklichkeit Hardenbergs beruhte, zeigte sich sofort nach seinem Rücktritt, der bekanntlich eine der Bedingungen des Tissistit, der deine Williefens Willissistit und der Etellung ohne weiteres wieder ein, und die Situation, die Stein dem Antritt seines Ministeriums vorsand, war noch eine recht unklare. Er verlangte auch jetzt wieder die Entsternung Beymes, der König aber bestand darauf, daß der Radinetkarat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschiertstat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschiertstat vorläusig noch bleibe; er wollte vor allem den Anschierts. Den der Gestand darauf, daß der Bedwandt, die Stein mit beweglichen Worten beschwort, noch einige Zeit Geduld zu haben, was offenbar auf die Hattung deit Geduld zu haben, was offenbar auf die Hattung des Winisters nicht ohne Wirfung geblieben ist. Ueber dies wertwirdige Bendung sind wir durch ein undatiertes, bei Bertz in Fassimile mitgeteiltes Villett unterrichtet, das der Gerausgeber noch nicht unterzubringen gewußt hat. Er war geneigt, den Konslist, auf den es hinweist, in eine spätere Zeit zu sesen und hat allersei Kombinationen daran genügt. Den Konslist, auf den es hinweist, in eine spätere Zeit zu sesen und hat allersei Kombinationen daran genügt. Den Konslist, auf den es hinweist, in eine spätere Zeit zu sesen und hat allersei Kombinationen daran genügt. Erhmann sest das Datum auf den 3. oder 4. Oktober. Er schmann sest das Datum auf den 3. oder 4. Oktober. Er schmann sest das Datum auf den 3. oder 4. Oktober. Er schmannschen Kammergerichtsprässischen und hat der ein kabinettsvat von ihm selbst tas die Verragssachen dem

⁴⁾ Ribl, Que ber Frangofengeit S. XVIII ff. und S. 43 ff.

Ende genommen; aber die Idee des follegialischen Staats-ministeriums, die Stein vorschwebte, ist eigentlich in ber Resormzeit nie realisiert worden, mit Ausnahme etwa bes Minifteriums Dohna-Altenstein, das aber in seiner Schwäche und Untätigkeit nicht eben für diese Form ber Regierungsverfassung zeugt. Die Zeit und die Natur bes Ronigs forberte einen Bremierminifter, wie es Stein und Barbenberg gemefen find. Mit einer folden überragenben Stellung eines Ginzelnen aber ließ fich eine follegialische Ministerregierung boch nicht gut vereinigen; und wenn auch die bekannten Kabinettsorders vom 3. Juni 1814 und 3. November 1817 ben follegialischen Charafter bes Staatsministeriums gegenüber bem Staatskanzler fest-stellten, so zeigt boch bie Krisis von 1819, die neuerdings Meinede und Gebhard eingehend geschildert haben, wie weit man in der Tat von der Realifierung biefes Gebantens bamals noch entfernt war und vorläufig auch geblieben ift. Nach Harbenbergs Tobe treten dann unter Friedrich Wilhelm III. wieder die sogenannten Kabinetts= minifter auf, bie ben Bertehr ber Minifter mit bem Rönig vermitteln, und biefe hervorragende Stellung eines Ministers hat auch unter Friedrich Wilhelm IV., wenngleich in abgeschwächter Geftalt, fortbeftanden bis zur Berufung bes Bereinigten Landtags 1847. Erft an ber Schwelle ber fonftitutionellen Epoche ift es alfo eigentlich in Preußen zu bem von Stein schon 1806 geforberten tollegialischen Staatsministerium in seiner reinen Gestalt gekommen: ein Staatsministerium, das wirklich eine Bindung der persönlichen Regierungsgewalt des Königs bedeutet, ist eben ohne das Korrelat einer konstitutionellen Berfassung nicht gut benkbar, wenigstens ist es praktisch in Preußen nicht burchführbar gewesen.

Ein besonders wichtiges Novum in Lehmanns Werk ist die aktenmäßige Darstellung der Finanzlage Breußens während des Steinschen Ministeriums und der Mittel, die er in Anwendung brachte, um die ungeheure, ganz willkürlich bemessene Kontributionslaft, die Daru auf 154,5 Millionen bezissert hatte, abzutragen

und damit das Land von der seinblichen Einquartierung zu befreien; denn der den Tisster Frieden ergänzende ungläckseige Bertrag vom 12. Juli 1807, dem Kaldreuth in unbegreissticher Berdlendung geschlossen abgedehungs deichten hatte, gab ja den Franzosen das Recht, das Land so lange besetzt zu halten, dis die Kontribution, deren Höhe damals noch gar nicht seitgestellt war, bezahlt sein würde. Man mußte sich bei dem Mangel darer Einkünfte an die Domänen halten. Sie waren ja versassungenichten Weinung sorderte damals ziemlich allgemein den Berkausder Steatsgüter, und auch Stein war kein Freund eines großen Domanialbesizes (II, 178). An einen sosonien Berkausder schatsgüter, und auch Stein war kein Freund eines großen Domanialbesizes (II, 178). An einen sosonien Berkauf aber konnte man damals nicht denken, weil es an Käusern sehlte oder doch wenigstens an solchen, die leidliche Angebote gemacht hätten; so blieb nichts übrig, als eine Berpsändung, durch Ansgade von Pfandbriesen nach Art der ritterschaftlichen Kreditinstitute; an diese schloß sich der Fissus setzt auch tatsächlich an, so daß der Staat für seine Domänen diesen landschaftlichen Kreditgenossenssenschaften beitrat, um dadurch ihre Garantie sür die aus die Domänen ausgestellten Pfandbriefe zu erhalten. Das sührte zu Berhandlungen mit den Provinzialandschaften, da ja diese natürlich ihre Zustimmung dazu erklären mußten. Aus diesem Anlaß ist es zunächst zur Berufung des gesommen, der im Grunde nichts anderes ist, als das 1788 geschaffene Organ der Landschaft, d. h. der ritterschaftlichen Kreditzenossenschen der Krodinz. Es handelte sich aber bei den Beratungen zugleich um allgemeine Anndes und Seinerangelegenschiten, so daß die ursprüngliche Kompetenz der Verlammlung sehr erweitert wurde. Stein hat daher zu dieser Bersammlung außer den eigentlich allein berechtigten Kittergutsbesitzern auch Berstreter der Kölmer und der Kredächter aus den Domänen üntern berusen; Lehmann vergleicht diese Betätigung der deit der Einberusung der Französischen Generalstände, un

er findet auch sonst manche Parallelen zwischen der französischen Konstituante und der Stellung, die Stein dieser ostpreußischen Provinzialversammlung zuwies. Er hat in diesen Verhandlungen das erste der Verfassungsversprechungen der Resormzeit entdeckt: dem Generalsandtag wurde die Versicherung gegeben (31. Januar 1808), daß künstig ein wirklicher Landtag mit zweckmäßiger Reprässentation der ländlichen und städtischen Eigentümer

geschaffen werden solle.

Das war zunächst nur eine Aussicht auf provinzialständische Repräsentation; aber an die Domänenangelegenheit knüpfte sich später noch eine weitergehende versassungszechtliche Kundgebung, auf die Lehmann ebenfalls zum erstenmal hingewiesen hat. In den Verhandlungen über den Gesehentwurf betreffend die Veräußerung der Domänen, die im Oktober 1808 stattsanden, ist beschlossen worden, daß dabei die künstigen Reichzstände der Monarchie zugezogen werden sollten; es ist das erstemal, daß Reichzstände in Preußen amtlich erwähnt werden, und der König hat damals keinen Austoß daran genommen. Mit Recht konnte also Stein in seiner Selbstbiographie sagen: der König war damals schon geneigt zur Vildung von Reichzständen. Das ist eins der schönsten Rova in Lehmanns Darstellung. Leider sind die Akten der Vershandlungen über die Einrichtung von Reichzständen, von denen auch in Steins sogenanutem politischen Testament die Rede ist, auch dem Spürsinn Lehmanns nicht auffindbar gewesen.

Den oftpreußischen Generallandtag hat 1808 neben der Uebernahme der Garantie für die Domänen-Pfandbriefe namentlich noch die Frage der Einkommensteuer beschäftigt, die ja Stein schon 1806 gefordert hatte, und die nun zur Deckung der Kriegsschulden dienen sollte. Auf Steins Betreiben ist sie, nach einem von dem Königsberger Polizeidirektor Frey und dem Assigssfrann ausgearbeiteten, von Stein verbesserten Plan, trog des Widerstandes abeliger und militärischer Elemente in dem oftpreußischen Generallandtag damals auch wirklich

beschlossen worden. Es war die erste Steuer in Preußen, die alle Stände gleichmäßig ersaßte; Stein hatte wohl die Absicht, sie später zu einer allgemeinen Staatssteuer zu machen; sie ist aber tatsächlich auf Ost= und Westpreußen beschränkt geblieben und ist später wieder verschwunden. Auch diese Entbeckung hat Lehmann ja schon früher in einer besonderen Veröffentlichung dem wissenschaftlichen Bublifum porgelegt5).

Rublitum vorgelegt⁵).

Troz aller dieser Anstrengungen wollte es nicht gelingen, die Mittel zur Ausbringung der Kontribution herbeizuschaffen, und doch hing alles davon ab, daß man die französischen Besatungen aus dem Lande los wurde. Diese verzweiselte Lage erklärt die auffällige Nachgiedigkeit, die Stein gegenüber den Franzosen bewies. Sie war so groß, daß Pert nicht gewagt hatte, alles mitzuteilen, was die Papiere Steins darüber ergeben; erst Lehmann hat über diese merkwürdige Partie volles Licht verdreitet. Als Prinz Wilhelm im November 1807 nach Paris gesandt wurde, dot Preußen Napoleon ein Offensivdindnis au, das 30—40000 Mann zu seiner Versügung stellte: selbst vor dem Eintritt in den Rheindund schreckte man nicht zurück. Stein gab sich wohl nicht bloß den Ausschen, als sei das Ziel seiner Politik, mit Napoleon wirklich in ein gutes Verhältnis zu kommen und Preußen mit Frankreichs Hispewieder in die Höhe zu bringen; er war damals dereit, im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Frankreich den Franzosen auch die schlessischen Festungen einzuräumen; er vermied alles, was "Anlaß zu schwichen Instinationen beim Kaiser Napoleon" geben konnte. Die notwendige Reduktion der entwerteten Scheidemünze muste aus diesem Grunde unterbleiben, weil die Ofkopalionsarmee ein Interesse darun hatte, daß sie beibehalten wurde; mißsliedige Beamte, wie der Zivilkommissar Massow in Schlessen Napoleon gewinnen durch den schmeichelhaften Antrag, er oder die Kaiserin sollten Patenstelle bei dem Kinde über

⁵⁾ Preugifde Jahrbuder 103, 1 ff. (1901).

nehmen, bas die Königin erwartete - eine Benbung, die dann doch dank dem hohenzollernschen Familienstolz ver-mieden worden ist —; den Vorschlag einer dynastischen Verbindung mit der Familie Bonaparte durch Verheiratung des Kronprinzen mit der ältesten Tochter des Königs Josef wies Stein allerdings a limine ab, er wagte gar nicht, mit bem König barüber zu reben; aber in bemfelben Briefe, ben er barüber an ben Pringen Wilhelm geschrieben hat, spricht er doch zugleich die Hoffnung auf eine Verständigung mit Frankreich, den Wunsch, dazu zu gelangen, so deutlich aus, daß Lehmann erklärt, jeder Versuch, sie fortzuinterpretieren, fei aussichtslos.

Endlich entschloß sich Stein, selbst nach Berlin zu gehen und mit Daru persönlich über die Ermäßigung der Kontribution zu unterhandeln. Das war ein verhängniss voller Schritt, der das Reformwerk sehr aufgehalten und stark beeinträchtigt hat. Stein ist dadurch drei Monate von Königsberg und von der Leitung der Reformen fernsgehalten worden, so daß in dieser Zeit alles ins Stocken geriet, er hat sich vor den Franzosen gedemütigt und viels fach bebenkliche Mittel ergreifen muffen, um bas gute Berhältnis mit ihnen zu wahren; er hat ben ungeftumen Patrioten Sack aus ben Verhandlungen entfernt und ihn burch ben Reformgegner Bog erfett, ber ben Frangofen genehmer war. Und mit bem allem ift er nicht jum Biel gelangt. Als Diplomat war er bem französischen Unterhändler nicht gewachsen. Daru hatte ihm Aussichten gemacht, die ihn blendeten, Zugeftändniffe, die Stein befriedigt hätten, wenn fie die vorbehaltene Ratifikation Napoleons gefunden hätten; aber eben diese Ratifikation blieb schließlich aus, und Stein mußte am Ende ein-sehen, daß er der Düpierte war, daß er ganz umsonft diese drei Monate hindurch die schwersten persönlichen und politischen Opfer gebracht hatte. Lehmann hat hier seines Gelben nicht geschont. Es macht in der Tat einen peinlichen, fast tragischen Eindruck, zu sehen, wie der ftolze, aufrechte Mann in dieser schiefen Situation seinen eigentslichen Charakter verleugnet, wie er ganz gegen seine eigents

lichen Grundfäge und doch schließlich ganz umsonst handelt. Das biplomatische Geschick, die Fähigkeit, sich zu verstellen, den Gegner zu überlisten, zu betrügen, nach seinem Willen

Das diplomatische Geschick, die Fähigkeit, sich zu verstellen, den Gegner zu überlisten, zu betrügen, nach seinem Willen zu lenken, sehlten ihm vollständig.

Erst der spanische Ausstand und die Bewegungen in Desterreich im Sommer 1808 haben Stein den Mut gegeben, wieder zu seinem eigentlichen Selbst zurückzukehren. Er unternimmt nun die Vordereitung des Volksaufstandes im Berein mit Gneisenau und Scharnhorst. Die Verhandlungen mit Frankreich setzt vabei sort, aber nun in der ausgesprochenen Absicht, Napoleon zu täuschen, unter dem Schein eines Bündnisses mit ihm gegen ihn zurüsten, um sich im gegebenen Woment mit seinen Gegnern zu vereinigen. "Soll es", so hat Stein in senen Tagen einmal gestagt, "dem Kaiser Rapoleon allein erlaubt sein, an die Stelle des Nechts Wilste, der Wahreit Lüge zu sezen?" Damit bekennt sich also auch Stein in der Not des Moments zu einer machiavellistischen Staatsräson, wie sie Friedrich der Eroße geübt hat. Lehmann bezweiselt, und sicherlich mit Recht, daß Steins ethische Natur sich dabei in ihrem Element gesühlt habe. Er war doch wohl sir solche Berhältnisse nicht gemacht; er war mehr der Wann der inneren Verwaltung und Resorm.

Von den großen Resormstagen wird bei Lehmann zunächst die agrarische behandelt. Seine Darstellung hat hier neben Knapp nicht viel Neues zutage gesörbert, er hat die Dinge nur mehr in den Zusammenhangder großen politischen Geschäfte gerückt. Steins Anteil an der Ausstellung hat hier neben Knapp nicht viel Neues zutage gesörbert, er hat die Dinge nur mehr in den Zusammenhang der großen politischen Geschäfte gerückt. Steins Anteil an der Ausstellung seisch des Ereins Verlung auf den ganzen Staat Steins Verlung feiner Geschung seiner Geltung auf den ganzen Staat Steins Verlung der Fertig vor. Lehmann hält an der Ausstellung seich damit verbunden wurde, war ossens schaern eintrat, nicht die Regulierung der Diensten Hordingen gene weich damit verbunden wurde, war ossens schon vor 1806 durchen Demänere dauern die in anderen Provinzen schon vor 1806 durchen Demänere

geführte Eigentumsverleihung durchaus gebilligt und be-fördert hat, wie ja auch sein Anteil an der Emanzipation fördert hat, wie ja auch sein Anteil an der Emanzipation der hörigen Domänenbauern in Minden (1797) in dersselben Richtung sich bewegt hatte. Seine Grundansicht war eigentlich, daß auch sür die Ablösung der Dienste und die Erwerbung des Eigentums an den abhängigen Hösen die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden sollte; die Durchsührung dieser Auseinandersetzung selbst wollte er der Initiative der Beteiligten überlassen. In diesem Sinne hat er sich in der Nassauer Denkschrift ausgesprochen und ebenso in dem Politischen Testament; übrigens hat er in seiner Autobiographie die Regulierungsgesetzendung Sorbenhergs, die er nur nach dem perhöltnismößig gebung Harbenbergs, die er nur nach dem verhältnismäßig günftigen Edikt von 1811 beurteilt, auf das unzweisbeutigste verworfen als ein Produkt von Neuerungssucht und Phantastif, das den Bauern mehr Schaden als Nuten gebracht habe; es sieht fast aus, als wolle er Scharnwebers später zutage tretenden geistigen Defekt für diese ganze später zutage tretenden geistigen Defekt für diese ganze Gestzgebung verantwortlich machen. Er hatte dabei unzweiselhaft namentlich das schädliche Bauernlegen im Ange, das im Gesolge der Regulierungsgestzgebung eingetreten ist. An dem friderizianischen Bauernschutz wollte er grundsätlich sestichnenderweise ebenso und sast mehr noch aus moralischen als aus ökonomischepolitischen Motiven. Das war einer der sesten Punkte in seinen sonst etwas schwankenden Ansichten in dieser Frage. Lehmann zitiert einen Sat, den Stein damals, sich selbst über seine Stellung zu der Agrarresorm Rechenschaft gebend, niedergeschrieben hat: "Nur eine gestzliche Einschränkung der freien Disposition über das Eigentum wird bleiben müssen, diesenige nämlich, welche dem Eigennutz des Reicheren und Gebildeten Grenzen setzt und das Einziehen des Bauernlandes zum Vorwerksland verhindert." Darum hat er sich auch später, als es sich darum handelte, diese Beschränkung gesetzlich zu formulieren, auf die Seite Schöns und der Immediatsommission gestellt, gegen den Entwurf Schroetters und des ostpreußischen Departements. Schroetter wollte ansordnen, daß die Gutsbesitzer sür jeden eingezogenen Bauerns

hof eine Budnerftelle einrichten follten, um das popula= tionistische Prinzip zu wahren; Schön wollte eine Einziehung von Bauernland nur dulden, wenn das gleiche Maß von Land in Form von großen Bauernstellen zu freiem Eigentum ausgeworfen würde. Das leuchtete Stein mehr ein; er wollte die freien wohlhabenden Bauern des Westens in den Often übertragen; an den Kand des Schroetterschen Entwurses schrieb er dreimal sein: Cossat in totum. Daß er mit Schön im übrigen keineswegs übereinstimmte, daß es ihm keineswegs wie diesem gleichsgültig für den Staat schien, ob A oder B ein Landgut besitze, ist ja bekannt; er war daher auch für den Indult zugunften der Nittergutsbesitzer, den Schön von seinem individualistischen Freiheitsstandpunkt aus bekämpfte.

Intereffant und neu ift, mas Lehmann über ben Wiber= ftand des Abels gegen die Agrargesetzgebung beistringt. Namentlich in Schlesien war er sehr stark, und bringt. Namentlich in Schlepen war er jehr stark, und die Bureaukratie arbeitete hier zum Teil im selben Sinne. Die Glogauer Kammer suchte das Oktoberedikt gleichsam der Oeffentlichkeit zu entziehen; sie riet von einer öffentslichen Belehrung des gemeinen Mannes über die Absicht des Gesetzs ab, um nicht die Ausmerksamkeit der Unterstanen dadurch erst recht auf das Stift zu lenken. Ja, der Landrat des Ohlauer Kreises, Graf Hoverden, schlug mit naiver Ruchspisseit Aussiührungsbestimmungen vor, die den Ernhelt das Erlicht nachen sollten. Da Inhalt des Gesetzes einfach zunichte machen sollten. Da war es kein Bunder, wenn hier und da in Schlesien die war es kein Wunder, wenn hier und da in Schlesien die erbitterten Gemeinden revoltierten. Mit Hilfe französischen Militärs mußten im August 1808 die Bauern zu ihrer Pstlicht angehalten werden — in eben der Zeit, wo Stein und seine Gesinnungsgenossen den allgemeinen Volksauftand gegen die Franzosen planten! Gewiß hat Lehmann recht, wenn er in dieser resormfeindlichen Gesinnung des Abels, in diesem vorsätzlichen Mißverstehen des Emanzipationsgesetzes die Ursache dafür erblicht, daß Stein num allmählich eine immer schärfere Haltung gegen die Junker einnahm und eine umfassende, Resormation des Abels" ins Auge faßte. Völlig neu ist, was Lehmann über die Berhanblungen mitteilt, die die von Stein damals lebhaft betriebene Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarfeit bezweckten. Sie führten zu einem immer schärseren Gegensate Steins gegen das Junkertum. Im September 1808 hat er die Absicht geäußert, daß der Abel wenigstens großenteils abgeschafft werden müsse: nur der reiche Abel solch wohl weniger eine Annäherung an den Ideenkreis der französischen Kevolution, wie Lehmann meint, als an die englischen Gesellschaftszustände, die Stein als Muster vorschwebten, wenngleich eine Durchsührung dieser Absücht in Breußen nur auf revolutionärem Wege, durch eine Kevolution von oben, zu erreichen gewesen wäre. Wie es sich mit der Absücht Steins verhält, den Abel überhaupt nur so weit bestehen zu lassen, als er sich in dem geplanten Volksaufstande der guten Sache dienstbereit erweisen werde, darüber sindet sich auch bei Lehmann nichts Näheres: ein Teil der einschlägigen Alten ist spurlos verloren gegangen.

Teil der einschlägigen Akten ist spurlos verloren gegangen. Wie sür die Agrarfrage das Buch von Knapp, so hat für die Verwaltungsorganisation das von Ernst Meier eine vortrefsliche Grundlage gelegt, an der Lehmann nichts Wesentliches zu ändern vermocht hat. Immerhin aber ist ihm auf Grund des neuen Materials, das sein Spürsinn hier ausgesunden hat, die Ergänzung mancher Lücken gelungen, die disher noch geblieben waren. Die wichtigste davon betrifft die Entstehung der Verordnung vom 24. November 1808. Man weiß aus Perg und Meier, daß sie auf einem Jmmediatbericht vom 23. November 1807 beruht, der mit Beilagen begleitet war, und der gewisser maßen das Ministerprogramm darstellt, mit dem Stein sein Umt antrat. Bon diesen Beilagen war aber disher nur eine bekannt, die Perg unter dem Titel "Plan zu einer neuen Organisation der oberen Staatsbehörden" abgedruckt hat. Lehmann hat nun die disher nicht bekannten übrigen Beilagen ausgesunden, die mit anderen einschlägigen Materialien im Geheimen Staatsarchiv an einer schwer zugänglichen Stelle, in Ubschriften, zum Teil ohne Datum und Unterschrift, sich befinden — wo, sagt er leider nicht. Danach

hatte jeder Immediatbericht drei Beilagen, und die von Perh mitgeteilte ift nicht der eigentliche Organisationsplan, sondern ein kurzes rekapitulierendes Schema der neuen Behörden unter dem eigentlichen Titel: "Kurze Uebersicht der nach diesem Plane sich ergebenden Behörden und des bei solchen ersorderlichen oberen Personals." Der Organisationsplan selbst, den Lehmann benutz, ist also noch ungedruckt. Er ist nach seiner Angabe dem wesentlichen Inhalt nach übergegangen in die Verordnung vom 24. November 1808; es ist zu hoffen, daß Lehmann ihn in dem Schlußbande unter den verheißenen Urkunden und Analekten mitteilen wird. Eine dritte Beilage, deren Publikation ebenfalls münschenswert märe, enthält eine vergleichende Schlußbande unter den verheißenen Urfunden und Analekten mitteilen wird. Eine dritte Beilage, deren Publikation ebenfalls wünschenswert wäre, enthält eine vergleichende Zusammenstellung der neu vorgeschlagenen und der älteren Organisation. Der Verfasser der sämtlichen Stücke und wohl auch des Immediatberichts war Altenstein; zugrunde lag dabei die Rassauer Denkschrift. Meier hat in seiner Darstellung die große Lücke, die zwischen dem Immediatbericht vom 23. November 1807 und der Verordnung vom 24. November 1808 vorhanden ist, übersprungen durch die Bemerkung, die Angelegenheit habe nach Erstattung des Immediatberichts monatelang geruht. Lehmann erklärt das für ein Mißverständnis. Er macht interessante Mitteilungen über die Diskussion des Projektes im Dezember 1807 und Januar 1808. Wir hören von der Ansicht des Königs, von den Gutachten und Leußerungen Beymes, Lotums, Hardenbergs, Klewiz', Schöns und Auerswalds, von den Repliken Steins, von der Entschedung des Königs, von den Uenderungen, die Stein an seinem Entwurf vornahm. Es sind interessante und wichtige Ergänzungen, auf die ich hier im einzelnen nicht eingehen kann. Wir sehen dann weiter aus Lehmanns Darstellung, wie die soranssehung das Planes unterbleiben mußte, weil die Voranssehung das ührt, die Befreiung der besehen Prodinzen von den Franzossen, sich nicht erfüllte. "Dadurch, daß Steins Berliner Mission schleiterte", sagt Lehmann, "wurde auch der Organisationsplan unausssührbar", und nun trat die provisorische Organisation vom Juni ein mit dem Generalfinang= und Polizeidepartement und der

bem Generalfinanze und Polizeibepartement und der Generalkonserenz, die mit einem Minimum von Beamten die Verwaltung für die anderthalb dem König gebliebenen Provinzen in vortrefflicher Weise bestritten hat.

"Noch mehr vom Glück begünstigt" wurde Lehmann nach seiner eigenen Leußerung "bei der Schilberung des Ursprunges der Städteordnung und der sie ergänzenden sozialen und militärischen Gesetzebung." "Hier sanden sich gänzlich unbekannte Korrespondenzen und Protokolle, mit deren Hilfe dann die aufsallend starke Anlehnung der preußischen Resormer an die Ideen von 1789 sestgestellt werden konnte." Auch diese Resultate hat Lehmann sa schon vorweg in einem Aussach der Freußischen Jahrbücher" dem Kublikum vorgelegt. Ich muß von den Einzelheiten hier absehen. Ich will nur bemerken, daß die Person von Frey, der übrigens Kantianer und Freimaurer war, bedeutend dabei hervortritt; ebenso aber die Tatsache, daß Stein der eigentliche intellestuelle Urheber der Städteordnung war. Frey kannte die Naffauer Denkschrift, Auerswald hatte sie ihm mitgeteilt; er hat mit Stein in Königsberg lange unter einem Dache gewohnt, und Lehmann vermutet, daß es zu häufiger persön-licher Rücksprache zwischen ihnen gekommen ist.

lleber die letzte Krisis der großen Politik, mit der Steins zweite Entlassung unmittelbar zusammenhängt, hat Lehmann keine neuen Quellen von Erheblichkeit gehabt; die Darstellung erhebt sich hier zu besonderer Kraft und Schönheit, ader bedeutende neue Aufschlüsse bringt sie eigentlich nicht. Die geheime Korrespondenz mit England und mit Graf Gögen, der von Stein nach Desterreich gesandt worden war, ist noch immer nicht zu ermitteln gewesen. Der Plan des Volksaufstandes war doch wohl im Grunde eine persehlte Stee darzu wächte ich auch der Poesstellung Lehmanns versehlte Jbee, daran möchte ich auch der Darstellung Lehmanns gegenüber sesthalten; was in Spanien und in Tirol möglich war, war es in Preußen doch keineswegs; es war nur die kleine Gruppe begeisterter hochstehender Männer, die diesen Gedanken hegte. Der Tugendbund hat nie viel über

⁶⁾ Preugische Jahrbücher 93, 471 ff. (1898).

600 Mitglieder gezählt (die Lehmannsche Angabe ist zu niedrig). Die Bauern waren vielsach ganz stumps, aufsgebracht gegen die französischen Dränger, aber ohne eigentsliches Staatsgesühl. Wie hätte man mit diesen Hörigen — denn das waren sie ja noch meist —, mit diesen Leuten, die zum Teil eben damals, wie in Schlesien, gegen ihre Gutsherren revoltierten, einen Volksaufstand gegen die Fremdherrschaft durchsühren wollen? Die Initiative dazu kätte aus den Raiben des Kalkes schles kannag willen hätte aus den Reihen des Bolkes selbst kommen müssen, aber ein homogenes Volk gab es eben in Preußen damals noch nicht. Das wird man sich doch klar machen müssen, um auch die Haltung des Königs nicht ungerecht zu be-urteilen. Allerdings haben die Patrioten selbst ja den Erfolg ihres Unternehmens als sehr unsicher angesehen. Wenn fie lieber mit Ehren untergeben als unter bem Drud ber Frembherrschaft weiterleben wollten, so bachten sie babei mehr an Deutschland wie an Preußen, wie ja namentlich für Stein ber preußische Dienst überhaupt nur ein Mittel war, um für die Erhebung, Erhaltung und Veredlung der deutschen Nation zu wirken; das hat er bei jeder Gelegenheit aus= gesprochen. Dem König aber kam es in erster Linie auf gesprochen. Dem König aber kam es in erster Linie auf die Erhaltung des Staates und seiner Dynastie an; das ist ein Standpunkt, dem man doch auch nicht jede Berechtigung absprechen kann. Mit aller Bestimmtheit stellt Lehmann sest, daß Stein, indem er auf eigene Faust Gögen zu Unterhandlungen nach Desterreich schickte und seine Borzbereitungen für den Volksaufstand traf, die Grenze überzichtit, die der König eingehalten wissen wollte. Er meint, Stein habe dem König dann nachträglich seine Zustimmung abnötigen wollen. Aber in welche Lage wäre er gekommen, wenn die Bevölkerung versagte! Daß der Aufstand von oben her gemacht werden konnte, war doch eine sehr zweiselshafte Sache. Und dann: welche Unvorsichtigkeit von Stein, seine Gedanken in einem unchisserten Briese zu verraten, dessen kat selbst einmal von sich gesagt, er möchte in

Stein hat selbst einmal von sich gesagt, er möchte in diesen Zeiten lieber Flibustier oder Kondottiere sein als Staatsminister. In der Tat, das diplomatische Geschick, bas boch auch zur Leitung eines Staates gehört, fehlte

ihm in ganz auffälligem Maße. Es ist müßig, die Frage zu erörtern, ob Stein ohne das Unglück mit bem aufgefangenen Briefe sich lange an der leitenden Stelle behauptet haben murbe. Die Ent= fremdung zwischen ihm und bem Konig mar, feit ihr Gegen= jag in der Frage des Bolksaufstandes hervortrat, immer größer geworden; die Gegner schienen an Terrain zu gewinnen. Um so mehr war Stein bedacht, vor seinem Abgang noch die wesentlichsten seiner Reformgedanken gewissermaßen programmatisch zu formulieren. Die Städteordnung wurde erlassen, die Berordnung vom 24. November über die Organisation der oberen Behörden, die in dieser Form niemals publiziert und auch nicht ausgeführt worben ift, wurde vom Ronig unterzeichnet, gemiffermaßen um bie Ausführung biefer Gedanken ficherzuftellen. Im übrigen bachte Stein an eine Broklamation, die das, mas noch zu tun blieb, für bie Zukunft programmäßig festlegen follte. Aber einer solchen Proklamation widerstrebte ber König; es kam nur zu einer vertraulichen Information ber Spigen ber Ber= waltung. Dieses Schriftstud, das bekanntlich Schon auffette, bas fogenannte "politische Teftament" Steins, hat man oft nicht als ben abaquaten Ausbruck ber Absichten Steins gelten laffen wollen, man hat fogar gemeint, Stein habe feinen Ramen nur ungern bagu hergegeben. Diefe Meinung, die in Bemerkungen von Schon eine Stute findet, teilt Lehmann nicht. Er meint, bag auch etwaige Bedenken Steins gegen die aprioristische Motivierung einiger Sate, wenn fie wirklich tief und ftart gewesen waren, leicht zu entsprechenden Menderungen hatten führen können. bem Inhalt bes Dokuments aber findet er burchaus nichts, wodurch Stein mit fich felbft in Widerfpruch geraten mare, und diesem Urteil wird man zustimmen muffen. Die Abschaffung der gutsherrlichen Polizei und der Patrimonials gerichtsbarkeit, die Ablehnung neuer Gesindeordnungen, die Einrichtung einer Nationalrepräsentation, die Reformation des Adels, die allgemeine Wehrpflicht, die gesetzliche Möglichkeit zur Ablösung ber Frohnden, die Wiederbelebung des religiösen

Sinnes, die Verbesserung des Erziehungswesens: das alles waren wichtige und eigentümliche Forderungen Steins gewesen. Wenn wir den Insalt dies Testaments mit dem vergleichen, was durch die Fortsetung der Resorm unter Fardenberg verwirklicht worden ist, so müssen wir — mit einziger Ansnahme der allgemeinen Wehrpslicht — den Sat aussprechen, daß das, was Stein gesordert hat, von der Resorm nicht geleistet worden ist, und daß das, was die Resorm geleistet hat, nicht mit dem übereinstimmte, was Stein gewollt hatte. Und wenn wir weiter die Entwickelung unseres preußischen Staatswesens dis zur Gegenwart hin ins Auge sassen, so werden wir sagen müssen, daß sie nicht eigentlich in der Richtung ersolgt ist, die Stein eingeschlagen hatte, abgesehen etwa von dem Ausban der Selbstverwaltung in der Gesegebung von 1872 dis 1883, die das unsvollendete Wert Steins erst zum Abschalt gebracht hat. Sonst ist in unserem modernen politischen Leben doch eigentlich wenig, was Zeugnis ablegte von dem fortwirkenden Beise Steins und seiner Staats und Gesuscht hat. Sonst ist in unserem modernen politischen Leben des staatschaung; auch die liberalen Parteien dürsen. Was Stein vorschwebte, war im Grunde eine große motalisch-politische Umwälzung. Er wollte den Geist der Freiwilligkeit, des Gemeinsinns und des politischen Pflichtgesühls an die Stelle des staatlichen Zwanges sehen; er wollte aus dem militärischeurensfinns und des politischen Pflichtgesühls an die Stelle des staatlichen Zwanges sehen; er wollte aus dem militärischeuren sollte; sein letzes Ziel war die Verschulung von Woral und Politis auf allen Stusen des öffentlichen Lebens dis hinauf zu den großen Fragen um Krieg und Frieden. Und das alles schwebte ihm nicht in farblosen Ubstraktionen vor, sondern als das lebendige Ibeneukratischen Beise den Steinsellen Monarchie sah er den Hauptgegner seines Staatssideals, aber es entging ihm, daß dieser deist daatsideals, aber es entging ihm, daß dieser hontinentalen

Staaten frammte und aus ihnen auch fernerhin feine Nahrung fog. Die auswärtige Politik mar nicht fein Feld; die harten Notwendigkeiten, die aus bem Nebeneinander rivalifierender Mächte entspringen, hat er niemals fo lebendig gefühlt wie den inneren organischen Bildungstrieb im staatlichen Leben. Er wollte, daß der deutsche Geist sich gleichsam von innen heraus, unbekümmert um die Außenwelt, seinen politischen Leib bilbe; er hatte nicht ein hinreichend ftarkes Gefühl bavon, daß bis zu einem gewissen Grabe alle Staats= verfassung bei uns auf bem Rontinent burch die internationalen Drud- und Spannungsverhältnisse bedingt ift, daß sie sich ben Forberungen anpassen muß, die aus dem Zustand bes europäischen Staatensustems sich ergeben, und die sich nicht in bloger Bereitschaft zur Defensive erschöpfen. Diese Be-bingungen bes politischen Lebens aber blieben auch weiterhin maßgebend. Allgemeine Wehrpflicht und Gelbftverwaltung haben ben preußischen Militar- und Beamtenstaat nicht in ber Wurzel vermanbelt, wie es Stein wollte. Das fpezififche Breugentum hat sich behauptet und ift durch Bismarck zu ber führenden und geftaltenden Macht im deutschen Leben geworben. Die politische Regeneration Deutschlands ift in einem ganz anderen Sinn erfolgt, als Stein sie sich ge-dacht hatte. Er war Großdeutscher und sah das Ibeal in einem friedlichen Qualismus von Oesterreich und Preußen; alle preußische Politik war ihm nur ein Mittel zu bem Bweck, Deutschland zu heben und staatlich wiederherzustellen. Er erscheint als der Chorführer derer, die verlangten, daß Preußen in Deutschland aufgehe; darum wollte er Preußen auf prinzipiell andere Grundlagen stellen, als sie die großen Rönige bes 18. Sahrhunderts gelegt hatten; er wollte ben oftelbischen Staat sozusagen germanifieren burch Beimischung einer starken Dosis von jenem altdeutschen, "westfälischen" Besen, das den Vertretern des spezifischen Preußentums nach wie vor 1806 so gefährlich schien. Aus der Biographie Steins klingen uns heute diese

Aus der Biographie Steins flingen uns heute diese Bünsche und Joeale in gedämpftem Ton entgegen, wie eine Stimme aus dem Lager der Besiegten. Wer wollte sagen, ob diese Stimme einst ganz verhallen oder ob sie

wieder einmal ftarter anschwellen wird? Die großbeutsche Idee ist noch nicht ab und tot, wenn sie auch die politische Form gewechselt hat, und die Richtung auf die volkstümliche Ausgestaltung bes Staates bilbet in mancherlei Schattierungen ben Rern bes Programmes ber liberalen Barteien, wobei freilich das etwas altfränkische Staatsund Gesellschaftsibeal Steins start verblaßt und mit bemostratischen ober sozialistischen Farben übermalt worden ift. Das ift ja aber die Urt historischer Ideen, daß sie im Fortwirfen fich felbft vermanbeln.

Wer einen Staatsmann lediglich nach den reellen Erfolgen jeiner Birksamkeit beurteilt, ber könnte, zumal wenn er seinen Standpunkt rein auf dem Boden der preußischen Geschichte nimmt, geneigt sein, bem Urteil Cavaignacs zu= Buftimmen, ber Steins Reformanläufe nur als große legis= latorifche Manifestationen bezeichnet, Die größtenteils zu feinem praftischen Ziel geführt haben, während ihm Sarbenberg als der eigentliche Vollender der demokratischen Umbildung bes Staates gilt, die in ber Richtung ber allgemeinen europäischen Entwickelung lag?).

Man würde aber Stein mit einer folchen Beurteilung unrecht tun. Die ideelle Wirkung seiner moralisch-politischen Perfonlichkeit ift, weit über die positiven Leiftungen seines furgen Minifteriums hinaus, unendlich groß gewesen und ift bis in die Wegenwart zu fpuren. Stein ift es gemefen, der die deutsche Idee dem neuen Breugen in die Wiege

⁷⁾ Cavaignac hat benn auch für bie gutreffenbfte Burbigung Steins bie erklärt, die 1853 Alexander v. Humboldt gegeben hat (Aus Schöns Papieren I, 169). 3d fese bie Stelle hierher:

Stein war ein Mann ber raichen Tat, machtig von Willenstraft, voll Scharfblid im einzelnen, meift wie burch Infpiration; fein Staatsmann, aber viel Ebles ichaffend und veranlaffend; febr beichrantt im Freiheitsfinne und, wegen biefer Beichrantung, oft im Biberfpruch mit fich felbft, unericutterlich warm ber mittelalterlichen Mythe ergeben, bie er fich bon beuticher Freiheit, nicht im Boltoleben, fonbern in ftanbifden Abftufungen geschaffen; ungebilbeter ale bas Beitalter, in bem er lebte; fein und ebel von Gemut, bei vielen Musbruchen bon Beftigfeit und Intolerang; tein großer Mann, aber oft groß im Sanbeln, Großes und Freies herborrufend, um einen Teil bes Bervorgerufenen fpater au berenen.

gelegt hat; er und seine Gesinnungsgenossen haben in Preußen einen Herb nationaler Bestrebungen geschaffen, ber dies heilige Feuer ein halbes Jahrhundert lang geschürt hat. Ohne Stein hätte nicht nur 1813, sondern auch 1848 anders ausgesehen; von ihm und seinem Kreise geht doch die Flutbewegung aus, die Bismarck getragen und in den Hafen geführt hat, wenn er auch zeitweise gegen die Strömung steuerte. Wenn uns noch heute die Epoche der Reform und der Erhebung in einem idealen Lichte erscheint, so steht Steins große moralischepolitische Krast im Mittelpunkt dieser Lichtquelle. Niemand leistet vielleicht mehr für die Menschen als der, welcher ihnen Begeisterung für große Ziele einzuslößen versteht und ideale Richtpunkte für ihr Handeln gibt. In solchem Sinne aber hat Stein gewirkt wie kein anderer unserer Staatsmänner, und das ist das unvergänglich Große an ihm.

Nachschrift. — Hinsichtlich der Beeinflussung Steins durch die Ibeen der französischen Revolution hat der Verfasser nach den Ausstührungen von E. v. Meier (Französische Einslüsse auf die Staatsund Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert) seine Ansicht geändert. Bgl. "Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte" XXI, 1 S. 313 ff.





Die Spochen des evangelischen Kirchen= regiments in Preußen.

ie Foee der Landeskirche und des landesherrlichen Kirchenregiments stammt nicht erst aus der Resormation, in Brandenburg sowenig wie in anderen Territorien des Reiches. Sie tritt schon im 15. Jahrshundert hervor, als eine Folgeerscheinung einerseits des Berfalls der römischen Hierarchie und anderseits des Erstarkens der landesfürstlichen Gewalten, die damals begannen, ihre Territorien zu förmlichen kleinen Staatenbildungen

zusammenzuschließen.

Seit dem Baster Konzil, das die Reformunfähigkeit der allgemeinen Kirche bewiesen hatte, tritt überall in der abendländischen Christenheit eine mehr oder minder starke Tendenz zur Absonderung von Nationalkirchen hervor, die mehr noch von dem Klerus als von den weltlichen Gewalten ausgeht und die Einheit der Kirche oder wenigstens die päpstliche Autorität in ihr zu untergraben droht. England hatte sich schon während des Exils von Avignon aus dem hierarchischen System der römischen Kirche in wesentlichen Punkten herausgelöst; Frankreich nahm durch die Pragmatische Sanktion von 1438 eine selbständige Stellung ein, die seinen Episkopat ganz unabhängig von Kom machte, und in Deutschland waren ähnliche Bestrebungen im Gange,

die freilich bei der eigenartigen Berfassung des Reiches ihr Ziel nicht zu erreichen vermocht haben. Hier hat die Kurie eingeset, um durch einen Pakt mit den welklichen Gewalten die Gesahr der klerikalen Opposition zu bekämpfen, und sie hat mit richtigem Blick nicht die Reichsgewalt, sondern die einzelnen Landessürsten, auf denen damalsschon die politische Zukunft beruhte, durch Konzessionen auf dem Gediete des Kirchenregiments für die Sache der päpstlichen Suprematie gewonnen. Dies System der Konstordate ist später auch in Spanien und in Frankreich durchsgedrungen, es hat auch die Stellung der englischen Kirche beeinslußt: überall gewann der päpstliche Stuhl den Sieg über die Selbständigkeitsbestredungen der Landesbischöfie und über die Idee der Suprematie eines allgemeinen Konzils, aber um den Preis der Anerkennung einer mehr oder minder umfassenden Kirchenhoheit der weltlichen Gewalten, die nun überall ein wesentlicher Bestandteil der in der Bildung begriffenen souveränen Staatsgewalt geworden ist.

In Brandenburg fällt der entscheidende Akt in das Jahr 1447, wo Kursürst Friedrich II. von Papst Nikolaus V. das Präsentationsrecht für die Bistümer seines Landes zugestanden erhielt, ein Recht, das sich dann in der Prazis zu einer ziemlich unbeschränkten landesherrlichen Verfügungsgewalt ausbildete, die durch die Formalität der päpstlichen Institution der Bischöse nicht wesentlich beeinträchtigt worden ist 1). In Jusammenhang damit standen andere Berechtigungen, z. B. dei der Besetzung der Kapitelspfründen, und vor allem eine Regelung der geistlichen Gerichtsbarkeit, die die Einwirkung fremder Bischöse beschränkte und damit die staatliche Abschließung des Territoriums ermöglichte, in dem nun überhaupt die übermäßig ausgedehnte geistliche Gerichtsbarkeit allmählich in ihre Schranken zurückgewiesen wurde.

¹⁾ Ueber diese Dinge handelt anöführlich eine Arbeit von Dr. hennig, die bemnächt in den Schriften des Bereins für die Geschichte der Mart Brandensburg veröffentlicht werden wird. Das Urteil von Priedatsch (Zeitschrift für Kirchengeschichte XIX, XX, XXI) wird badurch nicht unwesentlich modifiziert, im Sinne einer stärkeren Bebeutung dieser Abmachungen mit der Kurie.

Aehnliches vollzog sich auch in anderen großen Territorien, in Jülich = Kleve, in Sachsen, vor allem in den kaiserlichen Erblanden. Auf derselben Linie bewegt sich das spanische Konkordat von 1482 und das französische von 1516, das Franz I. zu Bologna mit Papst Leo X. schloß —: die Grundlage der Beziehungen zur römischen Kurie, die Frankreich heute aufzulösen im Begriffe ist.

In den deutschen Landesfürstentümern ist schon durch diese Abmachungen mit dem päpstlichen Stuhle der Grund gelegt worden sür ein landesherrliches Kirchenregiment, wie es sich dann seit der Resormation in den protestantischen Ländern ausgedildet hat. Es galt als das Recht und die Pslicht christlicher Obrigkeit, nicht bloß sür Rechts- und Friedensschutz, sondern auch für die geistliche Wohlsahrt der Untertanen zu sorgen, natürlich in enger Verbindung mit den kirchlichen Organen, eben vermittelst der vom Landesherrn zu berusenden Bischöse. Als aber mit der Resormation die Bischöse sortsieden, blieb als Inhaber des Kirchenregiments nur der Landesherr übrig. Die Lage war nicht so, daß es im Belieben der Resormatoren gestanden hätte, ob sie ein Kirchenregiment in der Form einer monarchisch geleiteten Landeskirche oder in der einer Autonomie der einzelnen Gemeinden einsühren wollten; sie sanden in der christlichen Gesellschaft, in der sie lebten und wirkten, eine bestimmte politische Organisation mit kirchenregimentlichen Besugnissen vor, an die sie sich anschließen mußten, wenn sie nicht eine unabsehdare politisch-soziale Umwälzung herbeissühren wollten, in der die sirchliche Resorm wahrscheinlich untergegangen wäre. In den deutschen Landesfürstentümern ist schon durch untergegangen wäre.

Aber standen denn die Ideen, die die Resormatoren selbst von der kirchlichen Versassung hatten, im Grunde wirklich im Gegensatz zu dieser monarchischen, landesstirchlichen Organisationsform?
Es ist die Ansicht aufgestellt worden, und sie ist, namentlich wohl durch die Autorität Aemil Richters²), lange Zeit die "herrschende Meinung" gewesen: daß Luther

²⁾ Befchichte ber evangel. Rirchenverfaffung in Deutschland. Leipzig 1851.

und Melanchthon ebenso wie die Begründer der reformierten Lehre, im Gegensaß zum landesherrlichen Kirchenregiment, die Autonomie der firchlichen Einzelgemeinde als das natürsliche Fundament einer echt evangelischen Kirchenversassung angesehen hätten, daß also die von diesem Jdeal abweichende historische Entwickelung eigentlich eine große Bersirung gewesen sei, die erst die Gegenwart einigermaßen wieder gutgemacht habe, indem sie zu der ursprünglichen ersten Aussassung der Resormatoren wieder zurücksehrte und der Gemeinde wenigstens einen Anteil an den kirchensenimentlichen Bestwanissen einen Anteil an den kirchensenimentlichen Bestwanissen einen

regimentlichen Befugniffen einräumte.

regimentlichen Besugnissen einräumte.
Mir scheint, daß bei dieser Ansicht der Entwickelung des evangelischen Kirchenregiments Ideale der Gegenwart in die Bergangenheit hineingetragen werden, daß in dem Bestreben, die modernen Einrichtungen in der Versassungenserer evangelischen Kirche lediglich auf den Geist des Urchristentums und der Reformation zurückzusühren, der maßgebende Einsluß der staatlichen Ordnungen, insonderheit auch der politischen Selbstwerwaltungsideen auf die Formen der firchlichen Versassung unterschäft wird, daß dabei für die evangelische Kirche überhaupt eine Selbständigkeit der Versassungsentwickelung angenommen wird, die sie tatsächlich in keiner Epoche unserer Geschichte gehabt hat.

in feiner Epoche unserer Geschichte gehabt hat.

Daß Luther und Melanchthon im Grunde eigentlich Bertreter der Joee der Gemeindesirche gewesen seien, ist neuerdings von Rieker³) in einer mich vollkommen überzeugenden Beise bestritten worden. Luther hat wohl einmal, wie von einem Zukunststraum, von der Bildung kleiner autonomer firchlicher Ortsgemeinden gesprochen, die aus lauter entschieden Gläubigen, zur Heiligung des Lebens Entschlossenen bestehen sollten; aber er betont dabei doch sogleich, daß das in Wirklichseit unaussührbar sei. Er hat die hessische Kirchenordnung des Franzosen Lambert, die auf einem ähnlichen Grundgedanken beruhte, widerraten; er hat das Treiben der wiedertäuserischen Separatisten, die an der Spize der Gemeinde gegen die Landeskirchen auf=

³⁾ Die rechtliche Stellung ber evangel. Rirche in Deutschland. Leipzig 1893.

traten, mit zweifelloser Nachdrücklichkeit verworfen, und er hat vor allem in seinen eigentlich maßgebenden Aeußerungen, namentlich in der Schrift an den christlichen Abel beutscher Nation, doch wesentlich andere Grundlinien für die kirchliche Berfaffung gezogen.

Luther und seine Helser beabsichtigten ja keineswegs von vornherein eine Absonberung von der allgemeinen Kirche; sie gingen nicht darauf aus, eine neue Kirche neben der alten zu stiften. Sie hielten sest an dem Gedanken der allgemeinen Kirche und ihres Zusammenhangs mit den Bölsern und Staaten der Christenheit. Gedanken über das Verhältnis von Staat und Kirche im modernen Sinne Völkern und Staaten der Christenheit. Gedanken über das Verhältnis von Staat und Kirche im modernen Sinne haben sie sich überhaupt nicht gemacht, weil diese Begriffe, die erst Abstraktionen einer späteren Zeit sind, ihnen noch stemd waren. Wenn Luther von der Kirche spricht, so meint er die unsichtbare Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen, von der im Glaubensbekenntnis die Rede ist; will er ihre äußere Erscheinung bezeichnen, so redet er von dem christlichen Körper oder von der Christenheit schlechthin, die in ihren mannigfaltigen Gliederungen mit den Völkern und Staaten zusammenfällt, und die ihm praktisch namentlich in der besonderen Form des heiligen römischen Reiches deutscher Nation vorschwebt. Und in diesem großen christlichen Gemeinwesen unterscheidet er (und ebenso auch Melanchthon) weltliche und geistliche Gewalt noch ganz in mittelalterlicher Weise. Die Landessürsten sind ihm noch nicht die Träger einer modernen, von der Kirche abgesonsderten Staatsgewalt, sondern eine "christliche Obrigkeit". Ihre Gesamtheit ist ihm "der christliche Abeilserung" ans Herz legt. Das geistliche Regiment ist sür ihn so gut wie das weltliche eine Funktion des christlichen Gemeinwesens. Freilich sollen beide nicht miteinander vermengt werden 4), aber bei dieser Forderung liegt nicht etwa der Gedanke der Trennung von Kirche und Staat zugrunde — das ist nicht

⁴⁾ Augeb. Konf. II, 7: "bon ber Bifchofe Gewalt". (Darin liegt zugleich auch wohl bie Berwerfung ber geiftlichen Fürstentumer.)

Deutsche Bucherei Banb 98/99.

eine Joee ber Reformation, sondern des modernen Liberalismus—; die Meinung der Resormatoren geht vielmehr nur dahin, daß daß geistliche Regiment durch besondere Organe ausgeübt werden soll. Solche Organe waren bisher die Bischöfe gewesen. Die Resormatoren, namentlich Melanchthon, hätten sie gern beibehalten, wenn sie nur das evangelische Bekenntnis angenommen hätten. Wo aber diese alten Organe des Kirchenregiments versagten, da war die Meinung, daß es mehr noch eine Pflicht als ein Recht der christlichen Obrigkeit, d. h. in erster Linie der Landesfürsten sei, an ihrer Statt ein neues geistliches Regiment aufzurichten, dessen eigentliche Handhabung allerdings den versordneten Dienern der Kirche überlassen werden sollte, die Gott Rechenschaft zu geben hätten.

Das sind die eigentlich maßgebenden Ansichten der Reformatoren von der Natur des Kirchenregiments; und sie entsprangen nicht einem wilksürlichen Belieben, sondern den allgemeinen Unschauungen der Zeit. Die Einrichtungen, die sie getroffen haben, wurzelten in den besonderen politischen und sozialen Berhältnissen, mit denen sie zu tun hatten. Man braucht sich nur die rechtliche Lage und den Kulturzustand der brandendurgischen und überhaupt der nordostdeutschen Bauernschaften des 16. Fahrhunderts vorzustellen, um zu der Einsicht zu gelangen, daß eine auf dem Gemeindeprinzip aufgebaute Kirchenversassung damals in diesen Landen ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Tatsächlich hat sich ja auch das Gemeindeprinzip nur in den fortgeschritteneren oder freieren Bevölkerungen des Westens durchgesetzt, und zwar auch nur da, wo entweder eine städtisch zepublikanische Obrigkeit sich der Resormation annahm, wie in Genf und in den schweizerischen Gemeinden überhaupt, oder wo die Bekenner des Evangeliums im Gegensas zu den staatlichen Gewalten standen, wie in Frankreich, den Niederlanden, Schottland. Uederall aber hat dies Gemeindeprinzip damals nicht eine demokratische, sondern eine entschieden aristokratische Fördung gehabt,

⁵⁾ Buthere Briefe ufm., eb. be Bette V, 596.

entsprechend ber damaligen Struktur ber Gesellschaft. Die Presbyterien kooptieren sich in allen resormierten Kirchen bes 16., 17. und 18. Jahrhunderts nicht anders wie die oligarchischen Stadträte dieser Zeit; sie beruhen nicht, wie unsere modernen Gemeindekirchenräte, auf wiederkehrender

freier Wahl durch die Gemeindemitglieder.

So find es also nicht eigentlich evangelische Prinzipien, sondern politische und soziale Berhältnisse, die die Formen des evangelischen Kirchenregiments bestimmt haben. Die hiftorische Lage hat einen ftarkeren Ginfluß geübt als die Doktrinen; ja diese selbst zeigen deutlich die Einwirkung der realen Verhältnisse, unter denen die Ausdreitung der evangelischen Lehre frattfand. Für Brandenburg und ben größten Teil des protestantischen Deutschland war bie fürftliche Landeskirche die gegebene Form des Kirchenregiments; aber es war von großer Bedeutung, daß am Niederrhein, in Gegenden, die später ein Bestandteil bes Preußischen Staates geworben sind, die resormierte Presbyterial- und Synodalversassung nach dem Muster der benachbarten Niederlande sich ausgebildet und befestigt hat. Nicht die Wiederentdedung der angeblich erften und ursprunglichen Idee ber Reformation vom evangelischen Rirchen= regiment, sondern dieser, wenn man will, zufällige historische Umstand ist die Veranlassung zu der modernen Umbildung der Kirchenversassung im 19. Jahrhundert geworden.

T.

Die lutherische Landesfirche in Brandenburg. (Episkopalismus.)

Im Sinne ber allgemeinen Unschauungen seiner Zeit hat auch Kurfürst Joachim II. in Brandenburg das Kirchen-regiment übernommen 6). Als er 1539 seinen ersten Abendmahlegang nach evangelischer Beise tat, konnte er ficher

^{6) 3}ch verweife hier im allgemeinen auf bes fpateren Minifters v. Mühler Geichichte ber evangelischen Rirchenverfaffung in ber Mart Brandenburg (1846). bie noch nicht burch eine neuere Arbeit erfest ift, sowie auf bie neueren Berte

fein, daß die große Mehrzahl feiner Stände und Untertanen biefem Beispiel folgen wurden. Bon ben Bischöfen des Landes aber mandte fich nur ber eine, ber Bischof von Brandenburg, Matthias v. Jagow, der evangelischen Lehre Bu; die beiden anderen blieben Unhänger ber Bapftfirche. So fah fich benn ber Aurfürst als chriftliche Obrigkeit und als vornehmstes Glied ber evangelisch = firchlichen Bemeinschaft seines Landes veranlagt, die Rirchenverfaffung Bu ordnen. Das geschah zunächst burch bie Rirchenverordnung von 1540, die vom Rurfürsten erlassen ift unter Approbation bes Bifchofs von Brandenburg, übrigens auch im Ginverftandnis mit Luther und anderen evangelischen Theologen; die Ginleitung, die namentlich den Grundfat ber Rechtfertigung burch ben Glauben allein enthält, hat Joachim II., wie er selbst später einmal gesagt hat, "mit eigener Fauft" geschrieben. Diese Kirchenordnung beruht auf einem Kompromiß zwischen ben evangelischen Lehren und ben Erwägungen ber Politik. Indem ber Landesherr die Zügel des Kirchenregiments ergreift, lenkt er die kircheliche Gemeinschaft seines Landes in die Bahn, die seiner allgemeinen politischen Haltung entspricht. Der Hauptgefichtspunkt war babei bie Bewahrung bes Friedens, bie Bermeibung eines Ronflitts mit Raifer und Reich. Darum wurden nur gemiffe Sauptstude ber Reformation übernommen, in Wort, Lehre und Saframent; in allen Mittel= bingen ober Abiaphora wollte ber Rurfürst fich frei halten. Der Kultus blieb fast gang fatholisch; die Messe, wenn auch in veränderter Gestalt, wurde noch beibehalten, samt vielen anderen Meußerlichkeiten bes fatholischen Ritus: es ist bekannt, wie weitherzig sich Luther darüber in feinem Briefe an den Propst Georg Buchholzer geäußert hat?).

von Schön, Das evangelische Kirchenrecht in Preußen (1908), Stut in Holzendorif-Kohlers Jurift. Enzyllopabie (1904) II, 811 ff. Die im Erschienen begriffene, für die martische Kirchengeschichte grundlegende Arbeit von Rit. Müller über die Geschichte bes Berliner Domes (Jahrbuch für Kirchengeschichte ber Mark Brandenburg 1, 2) habe ich nur erst zum Teil benutzen können.

⁷⁾ Bei Schmidt, Brandenburgische Resormationshistorie S. 190 (Mühler S. 47 f.).

Joachim II. legte großes Gewicht auf die Zustimmung Luthers; er hat sie bei jeder Gelegenheit hervorgehoben. Aber ebenso wichtig war ihm anderseits die Billigung des Kaisers. Karl V. und König Ferdinand haben die brandenburgische Kirchenordnung ausdrücklich gebilligt und bestätigt, und es ist dem Kursürsten ja auch gelungen, durch seine vermittelnde Haltung das Elend des Krieges, das über die Schmalkaldener Berbündeten hereinbrach, von der Mark Brandenburg abzuwenden. Er besand sich dabei keineswegs in Uebereinstimmung mit der ganzen Geistlichkeit seines Landes. Noch vor dem Juterim, im Jahre 1547, beschwerten sich die Geistlichen von Brandenburg über die katholischen Beremonien; sie erklärten. sie seien in ihrem Gewissen Landes. Noch vor dem Juterim, im Jahre 1547, beschwerten sich die Geistlichen von Brandenburg über die katholischen Zeremonien; sie erklärten, sie seien in ihrem Gewissen gemeine Bolk sühle sich durch die katholischen Gebräuche beschwert. Der Kursürst aber antwortete ihnen, sie solken ihre Kirchen nicht um geringer äußerlicher Dinge willen in Not bringen. Das gemeine Volk würde sich wohl lenken lassen, aber an euch, an euch Prädikanten sehlet's, die ihr eurem starren Kopf solget und euch weder sagen noch weisen lassen wollet; da sehlet es." Er hälk sest an seine Kirchenordnung und Kirchenpolitik: "ich muß es dennoch so machen gegen der kais. Majestät, daß meine Lande und Leute nicht verderbet und verstöret werden. Denn man hat wohl gesehen vor Wittenberg (es war nach der Wühlberger Schlacht), was Elends und Jammers da gewesen. D wie gerne wäre man mit Jahnen und Kerzen gangen, daß man der Sache mögen raten und helsen!" Auch seizt berust er sich wieder auf Luther und Melanchthon, mit denen er in allen Stücken "sich verglichen" habe; "aber", erklärt er, "sowenig ich an die Kömische Kirche will gebunden sein, sowenig will ich auch an die Wittenbergische Kirche gebunden sein; denn ich nicht spreche: credo sanetam Romanam oder Wittenbergensem, sondern catholicam ecclesiam; und meine Kirche allhier zu Berlin und Köln ist eben eine solche rechte christliche Kirche, wie der Wittenberger Kirche, und ist uns genug, daß wir im Wort, in der Lehre, in den Saframenten und in den Hauptsücken, daran die Seligkeit gelegen, einig fein" 8). Und diese vor-sichtig lavierende Richtung hat Joachim II. innegehalten, bis nach dem Religionsfrieden von Augsburg andere Zeiten famen und die Gefahr eines offenen und unumwundenen Gintamen und die Gejagt eines offenen und untantonnverten Entretens für die Sache der Reformation verschwunden war. Im Jahre 1562 hat er — eben von schwerer Arankheit genesen, in dem von ihm gestifteten Dom eine kleine Kirchensversammlung veranstaltet, vor der er sein Glaubensbekenntnis und seinen letzten Willen kundgab. Der vor kurzem verschieden letzten Willen kundgab. Der vor kurzem verschieden letzten Willen kundgab. öffentlichte Bericht eines babei anwesenben Geiftlichen, bes offentlichte Bericht eines dabei anwesenden Geistlichen, des Kölner Propstes König, gibt ein merkwürdiges Zeugnis von der impulsiven, persönlichen Art, in der Joachim II. sein Kirchenregiment gehandhabt hat.). Im Anschluß an die Berlesung seines Glaubensbekenntnisses kanzelt er den Berliner Propst, Georg Buchholzer, sörmlich ab, weil er ihm zu start die Notwendigkeit der guten Werse betont hatte und darüber mit dem Hosperediger Agricola in offenen unfrieden geraten war. Der Gegensatz der beiden Geistslichen ift charafteristisch: Buchholzer war ein ernster strenger Christ mit einem puritanischen Anslug, Agricola ein leichter Welts und Hosmann, der über die anstößigen persönlichen Gründe, die bei dem Kurfürsten eine so starke Abneigung vor der Betonung der guten Werke hervorgebracht hatten, mit höfisch-läßlicher Nachsicht hinwegsah. Buchholzer sucht sich nun gegen die fürstliche Straspredigt zu verantworten; es entwickelt sich ein erregter Dialog; der Propst wirst dem Kursürsten einmal das Wort entgegen: sollen wir denn dem Kursursten einmal das Wort entgegen: sollen wir demistumme Hunde sein? Er beklagt sich, daß Agricola ihn von der Kanzel einen alten Roßlöffel geheißen habe, was der Kursürst gar nicht so unberechtigt findet. So ging es hin und her, dis Joachim, der wohl sah, daß er den Propst nicht bekehren werde, die Auseinandersetzung schließt mit den Worten: "Ich besehle mich Gott und Euch, Er Jörge, dem Teufel!" — "darauf — sezt der Berichterstatter hinzu — etliche geantwortet: Amen!" Der Kursürst aber hob dann

⁸⁾ Bei Schmidt, Brandenburgische Reformationshiftorie (Mühler S. 48 f.).

⁹⁾ Forfchungen gur branbenburgifden und preugifden Weichichte 17, 237 ff.

die vierstündige Sizung auf — sie hatte von morgens 1/29 bis gegen 1 Uhr gedauert — mit den Worten: "Ich will hin essen; ist mir besser, denn daß ich aus Not gute Werke tue."

Werke tue."
So selbstherrlich und temperamentvoll hat sich Joachim II. in den Streit der Lehrmeinungen gelegentlich eingemischt, wobei indessen zu bemerken ist, daß seine autoritative Entscheidung doch keineswegs die Norm sür die Lehre in der Landeskirche geworden ist. Die Leichenpredigt, die ihm Andreas Musculus hielt 10), zeigt, daß doch der strengere Geist die Oberhand behalten hatte, und unter Johann Georg kam er vollends zur Herrichast. Die neue Kirchensordung von 1572 ersetzte das besondere brandenburgische Bekenntnis durch die Confessio Augustana und den Lutherischen Artechismus und die Lonfessiofen Augustana und den Bekenntnis durch die Confessio Augustana und den Lutherischen Katechismus, und die Konfordiensormel von 1577 unternahm es, das orthodoge lutherische Bekenntnis mit allen Details der theologischen Gelehrsamkeit scharf gegen den Kalvinismus abzugrenzen und es ein für allemal als eine die Gewissen bindende und verpstichtende Norm sestzulegen. Der Anstoß dazu kam nicht aus den Gemeinden, sondern aus den Kreisen des Kirchenregiments in Sachsen und Brandendurg: es war ein Werk der Fürsten und ihrer Hosthogen. Bon eigentlich politischen Motiven hört man dabei nicht, aber man darf sie wohl ergänzen, wenn man den politischen Hintergrund betrachtet, den der serne Feuerschein der Hugenottens und Geusenkriege beleuchtet. In diesen Kämpsen mit der vordringenden katholischen Keaktion offenbarte sich der entschlossene katholischen Keaktion offenbarte sich der entschlossen Kalvinismus, vor dem die friedsfertigen, loyalen protestantischen Fürsten Deutschlands zurückscheuten. Sie wollten ihr evangelisches Bekenntnis behaupten, aber ohne Krieg und Gewalt; und sog man eine scharse Linie zwischen dem Luthertum und der reformierten Lehre: in dem Bewustsein der nächsten Generation stand der orthodoge Lutheraner dem Katholiken saft näher als den kalvinistischen "Sakramentsschändern".

¹⁰⁾ Spieter, Lebensgeschichte bes Unbreas Musculus (1868) S. 144 ff.

Von Tolerauz war babei so wenig die Rede wie bei ber Einsührung der Reformation. Die Kirchenordnung von 1540 hatte bestimmt, daß keine andere Predigt und kein anderer Gottesdienst als der darin verordnete in den kursürstlichen Landen solle geduldet werden; die von 1572 bedrohte alle Pfarrer, die sie nicht halten würden, mit der Absechnte; die Konkordiensormel mußte von allen Geistlichen, die Amt und Pfründe behalten wollten, unterschrieben werden. Auch in bezug auf die Schattierungen der ebangelischen Lehre galt das Jus reformandi des Landesherrn

und der Grundsat; cujus regio ejus religio. Toleranz im modernen Sinne lag überhaupt nicht in Toleranz im modernen Sinne lag überhaupt nicht in dem Gedankenkreise der Reformation: auch Luther und Melanchthon haben sie nicht gekannt. Man verlangte wohl Freiheit sür das Evangelium; aber man war zu sest überzeugt von der Wahrheit der eigenen Erkenntnis, die doch aus dem Worte Gottes geschöpft war, als daß man sich der Folgerung hätte entziehen können, daß es die heilige Pflicht der christlichen Obrigkeit sei, die reine Lehre in ihrem Lande zur ausschließlichen Anertennung zu bringen; freilich nicht mit Feuer und Schwert, aber etwa so, daß, wie in der brandenburgischen Kirchenordnung von 1540, den hartnäckigen Gegnern des Evangeliums die Auswanderung freigestellt wird. Denn das muß man sich gegenwärtig halten: die Einheit von Kirche und Staat blieb auch in den Territorien der Reformationszeit durchs aus gewahrt. Kann man sagen, daß das landesherrliche Kirchenregiment in gewissem Sinne die Kirche in den Strichenregiment in gewissem Sinne die Kirche in den Staat aufgelöst habe, so ist anderseits ebenso wahr, daß der Staat als ein christliches Gemeinwesen angesehen wurde, bessen erster und oberster Zweck die reine Lehre und die Förderung des Reiches Gottes war. Nur von diesem Standpunkt aus versteht man die Geschichte der protestantischen Territorien des 16. und 17. Jahrhunderts. Die Religion ist durchaus die erste und vornehmste politische Angelegenheit. Es ist die große Sache, in der Landesherr und Stände, die sonst so vielsach entgegensgesete Interessen haben, einander mit gleichem Eifer

begegnen. In allen Ständereversen und Landtagsabschieden steht immer an erster Stelle die Erhaltung der reinen Lehre, die Ordnung des Gottesdienstes; dann solgt die "liebe Justiz" und endlich in breiter Fülle das Heer wirtschaftlichen und polizeilichen Anordnungen. Das lutherische Territorium des 16. Jahrhunderts ist ein halb geistlicher Staat; geistliches und weltliches Regiment in diesem christlichen Gemeinwesen ist in den ausübenden Organen zwar voneinander geschieden: aber an der Spize, in der Person der fürstlichen Landesdotrigkeit, hängt beides zusammen. Die brandenburgischen Landesderren haben zwar allzeit betont, daß sie dabei nicht das Ihre suchten, sondern die Ehre Gottes und das Seelenheil ihrer Untertanen; aber es war nur menschlich, daß weltliche und geistliche Gewalt, in der Hand eines Herrn vereinigt, einander stützten und sörderten; und wenn auch in den deutschen Territorien die Kirchengewalt niemals so kraß im weltlich=absolutistischen Sinne ausgesaßt worden ist, wie in England unter Heinrich VIII. aufgefaßt worden ist, wie in England unter Heinrich VIII., der nach dem treffenden Ausdruck von Gneist als Universals sukzessor die Erbschaft des Papsttums antrat, so war doch eine bedeutende Machtsteigerung auch bei den deutschen Fürsten zweisellos mit der Resonnation verbunden. Der Fürsten zweisellos mit der Resormation verbunden. Der firchliche Organismus unterstand ihrer Herrschergewalt doch noch in ganz anderer Weise als in der katholischen Zeit. Freilich waren sie in der Regierung der Kirche beschränkt durch das Evangelium und die symbolischen Bücher; der Stüze, die in der Autorität angesehener Geistlichen lag, konnte das landesherrliche Kirchenregiment niemals entbehren. Aber dem Lande gegenüber hatte der Fürst in seinem Kirchenregiment eine starke Position; von den Ständen war er dabei ebenso unabhängig wie der englische König von seinem Parlament. Die Resormation ist ja in Brandenburg von Joachim II. im Einverständnis mit den Ständen eingeführt worden; wir hören sogar einmal, daß die Stände den entscheibenden Unstoß gegeben hätten 11); und die Schulbenregulierung

¹¹⁾ In den von G. Winter publizierten Aften ju bem Landtage von 1540. Beitschrift für preugische Geschichte und Landestunde 19, 306 (Artitel ber Bralaten und Geiftlichen).

burch den Landtag von 1540 wird mit der Einführung der Reformation in Brandenburg wohl in einem ähnlichen Busammenhang stehen wie in Magdeburg unter dem Kardinal Albrecht. Aber formell war die Kirchenordnung von 1540 burchaus ein freies Werk ber landesfürstlichen Gewalt, und das landesherrliche Kirchenregiment stütte sich nicht auf ein Mandat der Stände, sondern auf das Recht der chriftlichen Obrigkeit dur Ordnung der firchlichen Berhältnisse und auf die Tatsache, daß der Kursürst in die kirchenregimentlichen Funktionen ber Bischöfe eingetreten war. So wird es aussgeführt in der Einleitung zu dem Entwurf einer nicht publizierten Bisitationss und Konsisstorialordnung von 1561 12); und es wird zugleich daran die Bemerkung geknüpft, daß der Kurfürst bei der Aufrichtung geistlicher Ordnungen nicht verbunden sei, der Landschaft Bewilligung dazu zu requirieren und zu erfordern, sowenig das vordem den Bischöfen obgelegen habe. Diese ganze Ginleitung ift zwar bei ber Bublikation ber Vifitations= und Konfiftorialordnung im Sahre 157313) fortgeblieben, aber ich möchte baraus feineswegs den Schluß ziehen, daß mit Johann Georg die brandenburgische Landeskirche nun unter das Mitregiment der Stände gekommen sei. Von einer Bestätigung durch die Stände findet sich auch 1573 nicht die mindeste Spur; die Konsistorialordnung wird vielmehr geradezu als ein Ausfluß landesfürstlicher Befugnis bezeichnet; und die voransgehende Bisitationsordnung enthält zwar einige unbedeutende Rugeftandniffe an die adligen Batrone, aber schlechthin nichts, was uns veranlaffen konnte, einen formlichen Syftem= wechsel im Kirchenregiment anzunehmen. Das landes= herrliche Kirchenregiment ist auch späterhin nicht von den Leicht steigender Einfluß ber adligen Batrone, die die Pfarrer zu berusen hatten, ist dabei allerdings nicht ausgeschlossen. In allen Territorien besteht eine merkwürdige Berbindung

¹²⁾ Abgebrudt bei Mühler G. 64-68.

¹⁸⁾ Mplius C. C. M. I. Rr. 7. (Dort auch bie übrigen weiter unten gireierten gesehlichen Bestimmungen für bie branbenburgische Lanbeskirche.)

zwischen dem orthodoxen Luthertum und dem Ständetum, die ihre Quelle eben in den Patronatsverhältnissen hat; im Herzogtum Preußen und zeitweise auch in Sachsen im Serzogtum Preußen und zeitweise auch in Sachsen fönnte man fast von einer Beherrschung der Kirche durch die ständischen Gewalten reden. So weit ist es in Branden-burg nicht gekommen, wenngleich auch hier eine mächtige Tendenz am Werke war, die darauf ausging, die Landesstirche zu einer Junker- und Pastorenkirche zu machen. Wie sich die wirtschaftlichssoziale Stellung der Bauern in der zweiten Hälfte des 16. und im 17. Jahrhundert erheblich verschlechtert hat, so ist auch die bescheidene Witwirkung der Gemeinde in Kirchensachen, die die Vistationsordnung von 1573 noch kennt, späterhin ganz abgekommen, und der Einfluß der abligen Patrone auf die Pfarrer wurde allmöblich immer größer. so daß im 17. Sastubundert wohl allmählich immer größer, so daß im 17. Jahrhundert wohl die Klage laut wird, die Gutsherren wollten die Geiftlichen zu ihren Knechten machen. Aber bas landesherrliche Ronsi gien kneigten ninden. Noer das tandesgerringe Abnsiftorium hat boch ben stärkeren Naturen immer einen genügenden Rückhalt dagegen geboten. Das haben die Junker nie erreicht, daß sie Pfarrer ober Küster nach eigenem Ermessen hätten absetzen dursen; über den Dienern der Kirche war doch immer die starke Hand des Landesherrn.

Die Organisation bes landesherrlichen Kirchenregiments ist in Brandenburg nach dem sächsischen Vorbilde erfolgt. Die Orbination der Geistlichen samt den Aufsichts- und Leitungsbesugnissen, die damit zusammenhingen, wurde zunächst einem allgemeinen ober Generalsuperintenbenten übertragen, ber anfänglich in Berlin, seit dem Tode Agricolas aber in Franksurt seinen Wohnsitz hatte, wo er zugleich Universitätsprosession war. Zugleich wurde 1541 eine Visitationskommission gebildet, bestehend aus dem Bischof von Brandenburg, dem Generalsuperintendenten (Stratner), dem späteren Kanzler Weinleb und einigen ständischen Deputierten, die von Berlin aus die Marken bereiste und unter Zuziehung der lokalen Obrigkeiten in Stadt und Land die neue Ordnung des Gottesdienstes durchführte.

Diese Bisitation von 1541/42 hat eigentlich erst die Reformation in der Mark zur Durchsührung gebracht. Dabei ergab sich nun aber ein doppeltes Bedürfnis: einmal bedurfte es einer Verstärkung der obersten Aussichtsinstanz, des Generalsuperintendenten, durch ein Kollegium, wegen der vielen Anfragen und Entscheidungen, die nötig wurden, und namentlich anch zur Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit, die die Bischöse bisher durch ihre Offiziale und ihre Konsstrorien ausgeübt hatten; denn diese geistliche Gerichtsbarkeit, namentlich in Chesachen, in Kirchen- und Bfründensachen, in Dissiplinarsachen der Geistlichen und bei offenkundigen Sünden und Laftern in der Gemeinde — diese geistliche Gerichtsbarkeit ist mit der Resormation keineswegs verschwunden, sondern in ziemlich demselben Umfange, wie in der katholischen Zeit, beibehalten worden. Zu ihrer Ausübung und zur Unterstützung des Generalssuperintendenten in den Leitungs= und Aussichtsbefugnissen wurde ein tollegialisches Konfistorium begründet, nach dem sächsischen Borbild, bestehend außer dem Generalsuperintendahischen Vorbild, bestehend außer dem Generalsuperintensbenten aus drei bis vier geistlichen Beisitzen, zu denen noch der Kanzler und einige Kammergerichtsräte traten. Es war eine besondere geistliche Behörde neben der furstürftlichen Natöstube, in der die weltlichen Sachen behandelt wurden; aber sie hing mit Ratöstube und Kammergericht durch die rechtsverständigen Mitglieder zusammen; es kam wohl vor, daß einem kursürstlichen "Aut und Diener", wie die Bezeichnung lautete, in feiner Bestallung aufgegeben wurde, zugleich als Konsistorials und Kammergerichtsrat zu bienen, als Rittmeister eine Schwadron zu befehligen und als hosftavalier den fürstlichen Töchtern aufzuwarten. Neben ais Hoftavaller den furstlichen Löchtern aufzuwarten. Reben bieser Aussichte am Hose bedurste es aber zugleich auch noch lokaler ständiger Aussichtsorgane, die gewissermaßen an die Stelle der Visitatoren traten: das sind die sogenannten geistlichen Inspektoren, aus denen im 19. Jahr-hundert die heutigen Superintendenten geworden sind, gewöhnlich die Pfarrer der vornehmsten Städte, die die Aussicht über die Geistlichen und das Kirchenwesen des unsliesenden Landkreifes sührten. umliegenden Landfreises führten. Ihre Beftallung lag in

ben Händen des Aurfürsten, ebenso wie die der Generalsuperintendenten und der Mitglieder des Konsistoriums. Die Begründung des Konsistoriums fällt wahrscheinlich sichon in das Jahr 1542; 1543 erhielt es seine erste Inftruktion, die nach längeren Borarbeiten, nach dem Muster der Bittenbergischen Ordnung, im Jahre 1551 erneuert und verbessert worden ist 14. Ein neuer Entwurf von 1561 ist nicht publiziert worden; auf ihm beruht die dritte, die in manchen Stücken noch heute gültige Bistationsund Konsistorialordnung von 1573. Die Bistationen, die discher nur außerordentlicherweise vorgenommen worden waren, sind dadurch zu einer bleibenden Einrichtung gemacht worden. Kommissionen, bestehend aus dem Generalsuperintendenten, einem Konsistorialrat, dem Notarius des Konsistoriums als Protofollsührer, sollten mit Zuziehung eines abligen und eines städtischen Deputierten und unter Beihilse der weltlichen Ortsobrigkeiten in zehnsährigem Turnus die Kirchen der Mark visitieren, Mißdräuche abstellen oder auch zur Anzeige bringen, um das Leben der Gemeinden wir dem Idageige bringen, um das Leben der Gemeinden wir zu gegenessen.

Allsährlich zu Kringenvermögens lag dem Patron und dem Pfarrer samt einigen Kastenvorstehern aus der Gemeinde od; zur Kechnungslegung sollten noch etliche Deputierte von der Gemeinde hinzugezogen werden.

Allsährlich zu Ksingsten sollten die Geistlichen eines Inspektionskreises sich zu einer Synode versammeln, die aber im meientlichen wur zu gegeneitierer Inregung und

Alljährlich zu Pfingsten sollten die Geistlichen eines Inspektionskreises sich zu einer Synobe versammeln, die aber im wesentlichen nur zu gegenseitiger Anregung und Aussprache bestimmt war. Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts sind diese Kreissynoden auch eine wirklich lebendige Einrichtung gewesen. Im Dreißigs jährigen Kriege sind sie abgekommen; und abgesehen von einigen vereinzelten Bersuchen am Ende des 17. Jahr-hunderts sind sie erst im 19. Jahrhundert wieder ins Leben

gerufen worden.

¹⁴⁾ Beibe Ordnungen find bisher noch nicht bekannt geworben; fie find aber erhalten und werben bemnächft veröffentlicht werben.

Neben den Areissynoden kennt die Konsistorialordnung von 1573 auch eine Landessynode, zu der, auf Berufung des Landesherrn, alle Geistlichen unter dem Vorsitz des Generalsuperintendenten zusammentreten sollen, um mit Beistand des Konsistoriums und der Universität Franksurtzweiselshafte Artikel und ernste, wichtige Sachen zu erörtern und zu entscheiden. Solche Landessynoden, freilich mehr für einzelne Landesteile, sind auch während des 16. Jahrshunderts mehrmals einberusen worden, namentlich bei der Einführung der Konkordiensormel 1577; aber eine eigentliche geschgebende Gewalt haben sie nicht ausgeübt: in Glaubenssachen wurde eine solche überhaupt nicht anerkannt, und was die Zeremonien und die Einrichtung des Gottesbienstes betrist, so sah der Aursürst deren Regelung als sein Reservatrecht an. Es war mehr nur eine Institution zur Ferstellung einer näheren Fühlung zwischen den firchenzegimentlichen Behörden und der Geistlichkeit. Die letzte Landessynode ist 1614 gehalten worden bei Gelegenheit des Uebertritts Johann Sigismunds zum reformierten Bekenntnis.

II.

Der Absolutismus im Kirchenregiment und bie Entstehung einer preußischen Landeskrirche. (Territorialismus.)

Das System der Kirchenversassung, wie es sich im 16. Jahrhundert ausgebildet hatte, wurde von der juristisschen Theorie als das epistopalistische bezeichnet. Der tatsächliche Ausgangspunkt der Reformationszeit, das Recht und die Pflicht der christlichen Obrigseit zum Schutz und zur Besörderung des Evangeliums und zum Erlaß der darauf gerichteten Ordnungen trat zurück vor der kanonistischen Doktrin, die das landesherrliche Kirchenregiment auf das Jus episcopale gründete und den Landesherrn als den Summus episcopus seiner Landeskirche betrachtete. Die Boraussetung war dabei natürlich, daß der Landesherr selbst Mitglied der Kirchengemeinschaft sei, über die

er das oberbischöfliche Recht ausübte. Eben diese Voraussezung tras nun aber in der brandendurgischen Kirche
nicht mehr zu, seit Johann Sigismund im Jahre 1613
zum resormierten Bekenntnis übergetreten war. Das war
ein epochemachendes Ereignis für die Geschichte des landesherrlichen Kirchenregiments; wir müssen es etwas näher
ins Auge fassen, um seine eigentliche Bedeutung zu verstehen.
Man wird nicht daran zweiseln dürsen, daß dieser
Konfessionswechsel aus tieser innerer Ueberzeugung ersolgt
ist. Aber den Zusammenhang mit politischen Motiven
braucht man darum nicht zu leugnen. Religion und Politis
waren damals so eng miteinander verknüpst, daß sie schwer
zu trennen sind. Luthertum und Kalvinismus bedeuteten
damals nicht bloß verschiedene religiöse Bekenntnisse, sondern damals nicht bloß verschiedene religiöse Bekenntnisse, sondern ganz entgegengesetze politische Weltanschauungen. Das Luthertum hängt damals in Deutschland untrennbar zusammen mit dem kleinstaatlichen territorialen Stilleben, sammen mit dem kleinstaatlichen territorialen Stilleben, mit dem landschaftlich beschränkten Partikularismus, in dem Stände und Fürsten eins sind, mit der Abneigung gegen alles, was zur Störung des Friedens führen könnte, mit der ängstlichen Vermeidung aller Verwickelungen in die Händel und geschwinden Läufte der Zeit. Daß dies ängstliche, kleinliche, beschränkte, unpolitische Wesen nicht an dem lutherischen Bekenntnis als solchem hastet, das hat später die Heldengestalt Gustav Abolfs bewiesen. Aber auf deutschem Boden war dieser politische Kleinmut bei den lutherischen Fürsten infolge der engen und unsertigen deutschen Verhältnisse eine eingewurzelte Eigenschaft, und sie wurde durch die mißtrauische Ueberwachung der sürstlichen Politik seitens der Landstände immersort bestärkt und erhalten. Kurfürst Voachim II. hatte in dem Revers von erhalten. Kurfürst Joachim II. hatte in dem Revers von erhalten. Kursurst Joachim II. hatte in dem Revers von 1540 seinem Adel versprechen müssen, ihn in allem zu hören, daran der Lande Gedeih oder Verderb gelegen, und sich namentlich nicht ohne sein Vorwissen in Bündnisse einzulassen, aus denen dem Lande Lasten erwachsen könnten. Das hatten alle seine Nachfolger wiederholen müssen. Dieser lutherische Kleinstaat hatte sich selbst festgebannt in einer unpolitischen Sphäre der Machtlosigkeit, aus der

es ohne einen Bruch mit der Tradition keinen Ausgang gab. Er kannte kein anderes Joeal als das der zeitlichen und ewigen Wohlfahrt. Nichts lag ihm ferner als der Gedanke politischer Machtentsaltung mit Truppenwerbungen und Kriegssteuern. Dergleichen, wenn es sein mußte, schien noch immer Sache des Reiches zu sein, odwohl das Reich längst aufgehört hatte, eine politische Macht zu sein, und der Kaiser katholische hadsdurgische Politik machte. In den Hugenottenkriegen hatten sich auch brandendurgische Edelleute, in denen sich das alte Ritterblut regte, aufgemacht, um in Frankreich mitzusechten; aber die Werdung sür Heintischen Moment im Jahre 1591 — immer ängstlich verdoten; man wollte sich nicht hineinziehen lassen in den gefährlichen Strudel der Weltpolitik. Unter Johann Georg hatte sich diese dis zur Nengstlichkeit vorsichtige Politik mit der lutherischen Orthodoxie und dem agrarischen Ständetum zu einer sessen des Hausendunden, die mit den Ausdehnungstendenzen des Hauses Brandendurg in offenem Mißverständnis stand. Es war wie ein Glaubenssax, daß man alles Gott anheimstellen und auch in weltlichen Dingen es nicht auf Macht und Gewalt ankommen lassen müße. Wochte in der Welt da draußen der Brand der Religionse Mochte in der Welt da draußen der Brand der Religions= friege wüten: daheim wollte man, wie es in dem Kirchen= gebet mit den Worten des Apostels heißt, ein geruhiges und stilles Leben führen in aller Gottseligkeit und Ehrsbarkeit. Das war die Summe der lutheranischen Politik.

barkeit. Das war die Summe der lutheranischen Politik. Wäre es nach dieser Politik gegangen, so wäre Brandensburg niemals zum Großstaat geworden, so hätte es niemals die Positionen gewonnen, die es später dazu instand geseth haben, der Hort des Protestantismus zu werden und die politische Regeneration Deutschlands zu bewirken. Die ersten Schritte auf dieser Bahn sind unter Johann Sigismund getan worden mit der Behauptung der klevischen Erbschaft. Es ist bekannt, daß es darüber sast zu einem europäischen Kriege gekommen wäre; und wenn schließlich auch eine friedliche Einigung gelungen ist, so war doch diese Untersnehmung unmöglich für einen Fürsten, der erst mit seinen

lutherischen Sofpredigern und Landständen darüber zu Rate gegangen wäre. Den Bannkreis dieser Anschungen burchbrach eben Johann Sigismund, indem er zu dem resormierten Bekenntnis übertrat, das damals die Führung in dem großen Weltkampf zwischen Protestantismus und katholischer Restauration übernommen hatte. Er gewann den geistigen Anschluß an eine Religionspartei, die in der freien Luft einer großen Politik atmete; in diesem Lager leuchteten Namen wie der Colignys und Wilhelms von Oranien; hier war ein freierer Weltblick; hier gab es große politische Entwürse, die in der dumpfen Enge es große politische Entwürse, die in der dumpfen Enge des kleinstaaklichen Luthertums nimmermehr gediehen wären. Es ist merkwürdig, daß mit der Eröffnung der Aussicht einer Ausdehnung nach Westen, schon unter Joachim Friedrich, in Brandenburg eine gewisse Hinneigung zu dem Kalvinismus beginnt; für Johann Sigismund war die allgemeine geistige und politische Anziehungskraft des reformierten Wesens wohl wichtiger als die Rücksicht auf die Reformierten in den klevischen Landen. Alle seine Nachfolger haben mit der Politik der Ausdehnung auch das reformierte Bekenntnis deibehalten. Das Haus Brandendurg hat damit den großen Schritt getan aus dem terristorialen Stilleben zum Anschluß an die Weltpolitik.

Die Folgen dieses Bekenntniswechsels sür das brandendurgische Kirchenregiment sind von unermeßlicher Bedeutung gewesen. Johann Sigismund hat seine brandenburgischen Untertanen nicht gezwungen, das Bekenntnis mit ihm zu wechseln; nur der Hof, die Domkirche, die Landesuniversität Franksurt wurden resormiert; im übrigen hat der Kursürst

wechseln; nur der Hof, die Domkirche, die Landesuniversität Franksurt wurden resormiert; im übrigen hat der Kursürst auf sein höchstes Regale, wie er sagte, auf das Jus resormandi, verzichtet, und alle seine Nachsolger haben das gleiche getan. Das war eine Toleranz, die nicht eigentlich aus religiöser, sondern aus politischer Quelle stammte: in dem konfessionell so start gespaltenen Deutschland konnte nur ein Fürstenhaus, das religiöse Quldung übte, sich zu einer Großmacht erweitern. Es war ein neues Prinzip, das damit in die deutsche Staatenwelt eintrat. Der in sich abgeschlossene konfessionelle Kleinstaat war überwunden; Kirche und Staat, die bisher Deutsche Bückerei Band 98/99.

zusammengefallen waren, begannen sich begrifflich voneinander zu sondern. Bei ber weiteren Ausbehnung ber brandenburgischen Herrichaft, wie sie namentlich durch den Weftfälischen Frieden sich vollzog, vereinigte ber Rurfürst von Brandenburg drei Konfessionen unter seinem Zepter, und über alle nahm er eine mehr ober minder ausgebehnte Nirchengewalt in Anspruch. Man half sich dabei nach wie vor mit der Fiftion des bischöflichen Nechtes: der Große Kursurst hat es, wie wir aus seinem politischen Testament von 1667 feben, jelbst über Ratholifen in Unspruch nehmen wollen. Auf die Dauer aber erwies fich das als unaus= führbar; und seit dem Ende des 17. Jahrhunderts brach sich eine neue Auffassung Bahn, deren Begründer Busen- dorf gewesen ist in seinem Büchlein: "Neber das Verhältnis der driftlichen Religion zum Staate", bas er dem Rurfürften nach der Aufnahme der französischen Protestanten 1687 widmete 15). Zwei Grundgebanken treten in dieser Schrift besonders hervor: einmal, daß dem Einzelnen Glaubens= und Religionsfreiheit gewährt werden muffe, und dann, daß alle Konfessionen einer staatlichen Aufsicht unterliegen, die aus den Hoheitsrechten des Fürsten, aus der Souveränität des Staates abgeleitet wird, und die den Zweck verfolgt, die öffentliche Ordnung und den Frieden der Ronfessionen aufrechtzuerhalten. In biefer naturrechtlichen Begrundung der staatlichen Kirchenhoheit ist also nicht mehr die Rede von dem Recht der christlichen Obrigkeit, als Membrum praecipuum ecclesiae das Kirchenregiment zu führen, nicht mehr von dem bischöflichen Recht des Landesherrn, nicht mehr von der Einheit von Kirche und Staat im christlichen Gemeinwesen. In konsequenter Anwendung wäre daraus auch nicht ein Kirchenregiment, sondern nur eine äußerliche Kirchenhoheit abzuleiten gewesen. Aber die Regierungsprazis der branden-burgischen Herrscher hat sich damit keineswegs begnügt. Trot ber verschiedenen Konfession haben Johann Sigismund und seine Nachfolger das Regiment über die lutherische

¹⁵⁾ Gewissermaßen wieberentbedt und zuerst in seiner Bebeutung gewürdigt bon Treitschie in bem Cffan über Busenborf, Sift.svolit. Aufsähe 4, 278 ff.

Rirche in derfelben Weise in Anspruch genommen und geführt wie Joachim II. und Johann Georg. Sie hielten fest an dem bischöflichen Recht auch über die Lutherischen, indem sie einen gemeinschaftlichen evangelischen Begriff zugrunde legten, der praktisch zu dem Gedanken der Union führen mußte.

Tropdem man also jetzt anfing, Kirche und Staat begrifflich voneinander zu sondern, blieben sie praktisch doch eng verbunden. Aber die Berbindung trug jett einen anderen Charafter wie früher. Geiftliches und weltliches Regiment waren jetzt nicht mehr zwei Funktionen ein und besselben, in Glauben und Bekenntnis geeinten christlichen Körpers, sondern das geistliche Negiment erschien nun als ein Uttribut der weltlichen Herrschaft, als ein Zubehör der Staatsgewalt. Erst jetzt wurde die Kirche Staatsfirche, dem Staate ein= und untergeordnet. Der größere, aus mehreren Territorien zusammengesetzte moderne Staat, der sich nun allmählich ausbildete, war kein konfessionell gebun= denes christliches Gemeinwesen mehr wie die kleinen lutherischen Territorien der Resormationszeit. Der Lebenssgeist dieses neuen Staates war vielmehr die Staatsräson, die Salus publica, und ihre Voraussetzung war politischsmilitärische Macht. Die Aangordnung der Staatszwecke wandelte sich allmählich: Militär und Finanzen traten beherrschend in den Vordergrund, den früher das firchlichs konfessionelle Interesse eingenommen hatte. Das landess herrliche Kirchenregiment aber wurde beibehalten als ein wichtiges Stück ber Souveränität.

wichtiges Stück ber Souveränität.

Es ist den Juristen sehr schwer geworden, ihre naturrechtliche Theorie mit dieser Praxis einigermaßen in Einklaug zu bringen. Thomasius und nach ihm Just. Henning Böhmer haben aus den Grundgedanken Pusendorfs die Lehre des sogenannten Territorialspstems entwickelt, das seinen Namen bekanntlich davon führt, daß es im Umfang des ganzen Staatsgebiets, des gesamtstaatlichen Territoriums, dem Landesherrn kraft seiner Hoheitsrechte die Aufsicht über alle Religionsgemeinschaften zuwies. Diese Kirchenhoheit sollte sich ja nur auf das Jus eirea sacra erstrecken; aber so sehr man den Bereich dieses Begriffes ausbehnte, so

fam man boch ber Praxis damit niemals nahe genug; benn zweifellos haben die brandenburgischen Berricher liber die protestantischen Kirchen auch das Jus in sacra beausprucht und ausgeübt. So fam es, daß die Doktrin von dem Jus episcopale sich neben ber territorialistischen noch immer hielt und von Samuel Stryk in Halle sogar zu ber Unnahme eines Jus papale gefteigert wurde. Auch Friedrich der Große hat praktisch noch daran sestgehalten. In einem allerdings stark ironisch-sarkastisch gehaltenen Marginal, durch das er eine Vorstellung des magdeburgischen Konssistoriums in einer Ehesache abweist — es haudelt sich um eine Heirat zwischen Oheim und Nichte, die das Konsistorium beanstandete — schrieb er zum Schluß: "Ich als Vicarius Jesu Christi und Erzbischof von Magdeburg befehle, daß sie ehelich zusammengegeben werden." Das ist Kombination von Jus papale und Jus episcopale: auch der ungläubige Monarch hat nicht darauf verzichten wollen. Eine theoretische Vereinigung des Territorialprinzips mit dem epistopalistischen hat ja bekanntlich das sogenannte Rollegialsustem bes Tübinger Kanglers Pfaff versucht, das seinen Ramen daher führt, daß es von der Kirche als einem "Kollegium", d. h. einer Korporation, ausgeht. Es beruht auf der Fiktion, daß die Kirche dem Landesherrn sowohl die Externa wie die Interna übertragen habe — allerdings eine Annahme, die zu der historischen Wirklichkeit sehr wenig paßte; nur bie Tatsache ber Berbindung von Kirchenhoheit und Kirchen-regiment, die im 18. Jahrhundert in dem protestantischen Deutschland gang allgemein war, wird baburch zum beut= lichen Ausdruck gebracht.

Es ift also eigentlich ein ungenauer Sprachgebrauch, wenn man schlechthin von einer territorialistischen Praxis des Kirchenregiments redet; man versteht darunter die Versbindung der äußeren Kirchenhoheit und des inneren Kirchenregiments oder kurzweg die Regierung der Kirche durch die Staatsgewalt, wie sie die protestantischen Landesfürsten in Deutschland und auch die brandenburgisch-preußischen Herrscher die ins 19. Jahrhundert hinein gesicht haben. Die territorialistische Theorie der Juristen ging in hinsicht

auf das innere Kirchenregiment nicht gang so weit wie

diese Brazis.

Die Auffassung, von der die reformierten brandens burgischen Herrscher ausgingen, indem sie das Kirchens regiment über die lutherische Landesfirche beibehielten, nämlich die fundamentale Ginheit der beiden evangelischen Bekenntniffe, wurde von dem lutherischen Orthodoxismus nicht geteilt. Es hielt sehr schwer, die beiden evangelischen Konfessionen zu einem bulbsamen, friedfertigen Zusammenleben zu bringen. Für bie Sobenzollern mar ber Gebanfe der Union von vornherein das Ziel ihrer Kirchenpolitik; in diesem Gedanken fand ja ihr Kirchenregiment über die Lutheraner allein seine innere Berechtigung; die Unions-politif war die Konsequenz der Tatsache, daß sie dieses wesentliche Stud ihrer landesfürstlichen Autorität nicht aus ben Sanden gegeben hatten. Aber die Berftellung einer Union ber beiden Bekenntniffe gelang nicht; auch ber Große Kurfürst hat nach dem Scheitern des Berliner Religions-gesprächs 1662/63 diesen Plan fahren lassen mussen. Um jo ftrenger hielt er barauf, daß bas Schmähen und Läftern von den Ranzeln aufhörte, das ichon Johann Sigismund 1614 unterjagt hatte, bas man aber noch feinesmegs aus= zurotten vermocht hatte. Zugleich versuchte er, die Konkordienformel bei der Ordination auszuschließen und besonders ftark angefochtene Gebräuche ber Lutheraner, wie ben Exorzismus bei der Taufe, abzuschaffen. Es ist bekannt, zu welchen Konflikten es darüber in den 60er Jahren, namentlich in Berlin, gefommen ift16). Man fann nicht sagen, daß der Kurfürst hierbei immer formell im Recht gewesen wäre, wenn er auch im Grunde einen großen gutunftereichen Gebanten vertrat. Gin Mann wie Paul Gerhardt zog es doch bor, tropdem die über ihn verhängte Absetung zurückgezogen worden war, den brandenburgischen Boben zu verlaffen, weil er fich in feinem Gewiffen bedrängt

¹⁶⁾ Bgl. hieruber Landwehr, Die Rirchenpolitit bes Großen Rurfürften, ber fich im gangen mehr auf die Seite ber Lutheraner ftellt, ohne aber bie politifden Motive genugend gu murbigen.

fühlte; er wollte an der Konkordienformel festhalten, auf die er bei seiner Ordination sich verpflichtet hatte.

Der fürstliche Absolutismus machte sich allmählich auch Der fürstliche Absolutismus machte sich allmählich auch in der Kirche fühlbar wie im Staate; und wenn die Unionsversuche auch noch am Ende des 17. Jahrhunderts scheiterten, wo sich Männer wie Leibniz und Jablonsti darum bemühten, jo wurde doch der offene Streit der Konsessischen durch das landesherrliche Kirchenregiment allmählich zum Schweigen gebracht, und die lutherische Orthodoxie verlor mehr und mehr an Schärse und Energie. Die pietistische Richtung auf der einen Seite, der Rationalismus auf der andern trugen zu ihrer Auflösung bei; die Universität Wittenberg, die Hochburg der orthodozen Lutheraner, war seit dem Jahre 1662 für die brandenburgischen Theologen verboten und blieb es das ganze 18. Jahrhundert hindurch. Halle wurde die obligatorische Bildungsstätte für sie, namentlich unter Friedrich Wilhelm I., und hier herrschte erst der Pietismus, dann der Nationalismus. Friedrich Wilhelm I. mit seinem schlichten, einfachen Bibelglauben wollte einem Unterschied der beiden evangelischen Konsessionen überhaupt nicht mehr anerkennen; er meinte, das rühre nur von den Predigergantereien her. Dogmatische Streitigfeiten auf den Kanzeln wurden untersagt, und auch die firchliche Bücherzensur wurde in diesem Sinne gehandhabt. Die hallischen Pietisten wurden begünftigt, und die Prädestina-tionslehre, die freilich niemals Eingang in das Bekenntnis der brandenburgischen Resormierten gesunden hatte, wurde nachdrücklich verboten und von den Kanzeln verbannt. Underseits wurden aber auch Gebräuche, die aus der Kirchenzucht der Resormierten stammten, wie 1716 die Kirchenbuße, allgemein eingeführt, obwohl der Hintergrund solcher Einrichtungen, der in der starken Ausbildung des reformierten Gemeinbelebens bestand, bei den Lutheranern vollkommen sehlte; Friedrich II. hat ja die Kirchenbuße auch bald wieder abgeschafft (1748). Selbst die Tracht der Geistlichen wollte der Soldatenkönig unisormieren: in den lutherischen Kirchen Berlins wurde das Tragen der Chorröcke und Kaseln verboten; auch dieses Verbot hat König Friedrich, gleich nach seinem Regierungsantritt, wieder aufgehoben¹⁷). Der Zwist der beiden evangelischen Konstessionen hatte in der Hauptsache aufgehört, als er zur Regierung kam; die um sich greisende Herrschaft des Rationalismus tat das übrige, um die Unterschiede der beiden Bekenntnisse verblassen zu lassen. Auf den reformierten Charakter der Universitäten Franksurt und Duisdurg hat Friedrich der Große keinen Wert mehr gelegt; er ließ durch ein Edikt von 1752 verkünden, daß lutherische Theologen auch dart ihren Stwiegen abliegen könnten das die Leuguisse auch dort ihren Studien obliegen könnten, daß die Zeuguisse lutherischer Professoren von diesen Universitäten ebensoviel gelten follten wie die von Salle und Ronigsberg.

Hand in Hand mit den konfessionellen Friedensbestre-bungen geht das Bestreben, die verschiedenen Provinzen zu einer Landeskirche zu verschmelzen. Der konsessionelle Partikularismus der einzelnen Landeskirchen war kein geringeres Hindernis für die Herstellung einer staatlichen Einheit wie der ständische Partikularismus der einzelnen Landesverfassungen. Wie eng bas orthodoge Luthertum mit dem ständischen Sondergeist zusammenhing, sieht man namentlich an dem Beispiel von Ostpreußen. Dort waren anfänglich alle Resormierten von den Landesämtern ausgeschlossen, und es kostete viel Mühe, bis der Große Kursurst es durchsette (1663), daß dieser Bann gebrochen wurde. Ju Kleve-Mark dominierte, auch bei den Lutheranern, die resormierte Presbyterial- und Synodalversassung, die kaum eine Einwirfung des landesherrlichen Kirchenregiments zu-ließ; sie wurde auch von den Ständen als ein Palladium betrachtet. In der Kurmark haben die Stände durch den Konfessionswechsel Johann Sigismunds doch nur vorübergehend eine Verstärkung ihres Einflusses auf das Kirchen-regiment gewonnen. In dem Rezeß von 1615 gab ihnen der Kurfürst Garantien für die Erhaltung des Bekenntnis-standes, er verzichtete darauf, in seinen Patronatsstellen

¹⁷⁾ Das Buch von Parijet, L'État et les Églises sous Frederic-Guilleaume I. en Prusse, hat ein ftupenbes Material mit großem Rleife verarbeitet, trifft aber in Urteil und Charafteriftit nicht überall die Buntte, bie und als bie richtigen ericheinen.

mißliebige Geistliche den Gemeinden aufzuzwingen; nötigenfalls sollten ein bis zwei Deputierte der Stände zum Konsistorium zugezogen werden — eine Bestimmung, von der aber in der Praxis, wie es scheint, niemals Gedrauch gemacht worden ist. Diese Zugeständnisse hat der Große Kurfürst in dem abschließenden Rezeß von 1653 einsach wiederholt. Als er 1660 damit umging, eine neue Konsistorials und Bistationsordnung zu erlassen, da hat er den Entwurf dazu zwar den Ständen zur Kenntnisnahme vorgelegt, aber zugleich dabei erklärt, "daß es die Meinung nicht habe, als wenn der Kurfürst hierüber der Stände Konsens zu erfordern gehalten wäre, weil dergleichen Ordnungen auszusertigen Ihm, dem Landessürsten, und dem die Jura episcopalia allein zuständen, gebühre".

Eine Zentralstelle für das Kirchenregiment außer der Person des Kurfürsten gab es ansangs nicht im Brandens burgisch-Preußischen Staat. Der 1604 begründete Geheime Rat, der im Lauf der Zeit zu der Zentralbehörde des Gesamts staates geworden ift, war durch seine Stiftungsurkunde ausbrücklich von ber Betätigung auf geiftlichem Gebiet aus-geschlossen. Das wurde aber anders nach dem Konfessions= wechsel. Zunächst hat Johann Sigismund versucht, einen Kirchenrat als oberste Kirchenbehörde dem Geheimen Rat zur Seite zu stellen. Diesem Kirchenrat, der wohl meist aus Unhängern der resormierten Lehre bestand, wurden alle eigentlichen Kirchenregimentssachen beigelegt, so daß dem Konsistorium eigentlich nur die Ehesachen blieben. Er fand aber fo viel Widerstand, daß sich ber Kurfürft im Jahre 1618 entschloß, ihn aufzulösen. Nun famen aber wichtige Un= gelegenheiten des Rirchenregiments, wie die Bestellung der Inspektoren und die Besetzung der landesherrlichen Patronatsstellen, nicht mehr an das Konsistorium zurück, sondern sie gingen auf den Geheimen Rat über; und es wurde seitdem üblich, daß die Aufsicht und Leitung des Kirchenregiments in allen Provinzen vom Kurfürsten durch besonders damit beauftragte Geheime Rate geführt wurde. Doch lag ber Schwerpunkt ber geiftlichen Berwaltung vorläufig noch in den Konsistorien.

Mit dem Kurfürsten Johann Sigismund war der brandenburgische Generalsuperintendent Pelargus, ohne geradezu zum reformierten Befenntnis überzutreten, doch einig gewesen in der Betonung der sundamentalen Einheit im Evangesium und in dem Unionsgedanken, sehr im Gegensatzu zu der übrigen Geistlichkeit. Als er starb (1632), wollte Georg Wilhelm die Stelle ansangs mit einem reformierten Hosprediger besetzen; aber der lehnte ab, weil er sich bei der Stimmung der Lutheraner keine gedeihliche Wirksamkeit versprechen konnte. Die Stelle blieb vorläusig unbesetzt; auch das Konsistorium starb allmählich aus, und eine Weile starte das ganze Kircheuregiment. 1637 wurde unbeset; auch das Konsistorium starb allmählich aus, und eine Weile stockte das ganze Kirchenregiment. 1637 wurde das Konsistorium wieder notdürftig hergestellt, nun aber mit einem reformierten und einem lutherischen Geistlichen nebeneinander. Das widersprach vom Standpunkt der Lutheraner, die ja die sundamentale Einheit der beiden Bekenntnisse nicht zugestehen wollten, dem Grundgedanken der Konsistorialverfassung, daß das Kirchenregiment durch Personen des gleichen Glaubens geführt werden müsse; es blied aber seitdem dabei, daß immer ein resormierter Geistlicher Mitglied des lutherischen Konsistoriums war; als unter dem Großen Kursürsten der Präsident Kemnitz wegen seines Festhaltens an der Konsordiensormel abgesetzt wurde, erhielt das lutherische Konsistorium sogar in Lucius von Rahden einen resormierten Präsidenten.

Die Bedeutung der Konsistorien trat übrigens seit Ende

Die Bedeutung der Konsistorien trat übrigens seit Ende des 17. Jahrhunderts schon zurück vor der Zentralstelle im Geheimen Nat. Paul von Fuchs scheint der erste Minister gewesen zu sein, der die geistlichen Sachen dauernd im Geheimen Nat bearbeitete. Die Konsistorien wurden alls mählich zu ausstührenden Organen ohne selbständige Besteutung. Im Geheimen Rat entwickelte sich ein ständiges Dezernat sür die geistlichen Sachen, aus dem unter Friedrich dem Großen ein besonderes Departement der geistlichen Angelegenheiten geworden ist, das gewöhnlich mit zwei Ministern, einem lutherischen und einem resormierten, besetzt war. Diese Bildung hat aber zu keiner dauernden Ubstanden fonderung ber geiftlichen Angelegenheiten aus bem Geheimen

Rat geführt, wie fie für die auswärtigen Angelegenheiten in dem sogenannten Kabinettsministerium und für die innere und Finanzverwaltung in dem sogenannten Generaldirektorium sich vollzogen hat. Die geistlichen Angelegenheiten blieben immer in enger Verbindung mit der Justizverwaltung; ein besonderes Kultusministerium hat sich im 18. Jahrhundert nicht aus bem Geheimen Rat herausgelöft; die Juftig- und geistlichen Minister bildeten ein einheitliches Kollegium, als Rumpf bes alten Geheimen Rats. Unter Friedrich dem Groken fühlte man nun aber doch das Bedürfnis. neben diefer Zentralftelle im Geheimen Rat eine besondere oberste Kirchenbehörde über den lutherischen Konsistorien der Provinzen zu haben. Der Geschäftskreis der Konsistorien war zwar dadurch erheblich eingeschränkt worden, daß ihnen bei der Coccejischen Justizresorm im Jahre 1748 die (bereits sehr beschnittene) geistliche Gerichtsbarkeit entzogen worden war, aber die Berftarfung ber abminiftrativen Tätigkeit im Rirchenwesen und die Berringerung der Selbständigkeit der Kon-sistorien hatte doch eine starke Ueberlastung der Zentral= ftelle herbeigeführt, so daß man die Notwendigkeit einer obersten Spezialbehörde für die Verwaltung der lutherischen Kirche empfand, eines Oberkonsistoriums, wie es in Sachsen damals schre 1750 das Berliner Konsistorium ausgestaltet worden 18). Es sollte zugleich die Geschäfte eines furmärkischen Provinzialkonsistoriums und einer allgemeinen oberften Auffichtsbehörde führen. Es ftand neben bem geiftlichen Departement des Geheimen Rates nicht wie heute der Evangelische Oberkirchenrat neben dem Kultusministerium, der Evangelische Oberkrichenrat neben dem Kultusministerium, sondern es war gewissermaßen nur ein subbelegiertes Kollegium, ein technisches Hilfsorgan des geiftlichen Departements; der dirigierende Minister im geistlichen Departement wurde auch der Chespräsident des Oberkonsistoriums, in dem übrigens der reformierte Geistliche nicht fehlte. Das Interessanteste an dieser neuen Behörde ist die Tatsache, daß in ihr die

¹⁸⁾ Materialien bafür in Acta Borussica, Behörbenorganisation, Bb. 7, 8 u. 9.

nunmehr ganz in der Stille, lediglich durch die Praxis der firchlichen Berwaltung hergestellte Einheit der Lutherischen Landeskirche in den verschiedenen Provinzen des Preußischen Staates einen greisdaren Ausdruck fand. Nur Schlesien und Kleve-Mark waren von der Wirkspamkeit dieses Oderstonsschule unter einem besonderen geistlichen Minister, und die lutherischen Kirchen in Kleve-Mark schlesien minister, und die lutherischen Kirchen in Kleve-Mark schlesien Minister, und die lutherischen Kirchen in Kleve-Mark schlessen geistlichen Minister, und die lutherischen Kirchen in Kleve-Mark schlessen kirchen zeiment des 18. Jahrhunderts hat hier seine Wirchungen zehasten zu Kleve-Mark bieb die Preshyterials und Synodalversassen; In Kleve-Mark blieb die Preshyterials und Synodalversassen; und daß in Schlessen den sich eine Konschlessen, zu Kleve-Mark blied die Kreschyterials und Synodalversassen; der der der die in den neuen Provinzen, zeigt die unionsfeinbliche Vewegung des 19. Jahrhunderts.

Reben dem lutherischen Oderkonssischen Sirchenbirestorium, dem die deutschen Reformierten unterstanden, seint Totz, und ein französsisches Oberkonsischen Kirchen sichen sich ein französsisches Oberkonsischen Kirchen kirchen sührte. Die Preshyterials und Synodalversassung war hier dei der Versischung in das monarchische Kirchenregiment start beschräugung in das monarchische Kirchenregiment start beschräugung in das monarchischen allmählich. Aehnlich war es auch dei den den schlessen allmählich. Aehnlich war es auch dei den den schlessen allmählich. Aehnlich war es auch dei den den kirchenregiments nicht erhalten gebieden. Für die vondalen Einrichtungen nicht gänzlich abgekommen sind. So sehendig wie im Westen sind also der erstümmerte auch das Gemeinbeleben allmählich. Aehnlich war es auch des den den einrichtungen nicht gänzlich abgekommen sind. So sehendig wie im Besten sind erhalten geblieben. Für die organische Berbindung von Konsistraleund Synodalversassung hatte man damals gar feinen Sinn.

Charafteristische mit eigener Versass

(bis 1811). Un ihrer Spite ftand ein Kriegskonsiftorium, in dem die maßgebende Perfonlichkeit der Feldpropft war, der ganz allein die Examinierung, Ordination und Ginsetzung der Feldprediger besorgte. Das auf dem Gebiet der Staatsverwaltung eingesührte Zivilversorgungssystem fand auch auf kirchlichem Gebiet Anwendung, und die Dentschriften, die bei Gelegenheit ber Begründung bes Dberkonsiftoriums von hohen Geistlichen, vor allem bem Propst Sugmilch 19), eingereicht wurden, schilbern bies System als ein sehr verhängnisvolles. Die Feldprediger waren in diesen Kreisen wenig beliebt; man warf ihnen Mangel an religiösem Ernft und weltliches Wesen vor. Sollte es einem von ihnen doch einmal eingekommen sein, daß er eine Taufe im Namen des Königs vollziehen wollte! Wer aber fünf Jahre als Feldprediger gedient hatte, erwarb damit einen Anspruch auf eine königliche Patronatspfarre, und die Inhaber dieser königlichen Stellen waren in der Regel auch die, aus deren Kreisen man die geiftlichen Inspektoren nahm. So war der Feldpropst eigentlich der Mann, der das höhere kirchliche Personal in der Hand hatte; er stand dabei außer aller Verbindung mit den Organen der Landeskirche und genoß in der Regel wenig Vertrauen bei ihnen. Die schlimmsten Schäden der Kirche wurden auf dies System zurückgesührt.

Dem Gebote ber Staatsräson mußte sich auch die Kirche sügen. Friedrich Wilhelm I. sah es als einen charafteristischen Unterschied der evangelischen Länder gegenzüber den katholischen an, daß sie ihre Geistlichkeit besser im Zaume halten könnten. "Beim Papsttum — erklärt er einmal — haben die Pfaffen alles zu sagen"; in seinem Lande aber war er dafür, daß man die Prediger "kurzhalten müsse", damit sie sich nicht in weltliche Affären mischen könnten: "benn die Herren Geistliche gerne Päpste in unserm Glauben agieren wollten." Die Konsistorien und alle anderen evangelischen Kirchenbehörden sollten darauf achten, daß in keiner Predigt etwas gegen die landes

¹⁹⁾ Es ift ber bekannte Begründer ber Bevolkerungeftatiftit.

herrliche Autorität gesagt werde: "wofern ein Prediger birekte ober indirekte was gegen die Regierungsart predigen sollte," soll er kassiert werden; die Fiskäle sollen wohl acht darauf haben. Der Punkt wird in der Regierungsinstruktion von 1722 dem Nachsolger als "einer von den importanten"

eingeschärft 20).

König Friedrich fah in seinem religiösen Indifferentismus die Kirche überhaupt nur unter dem Gesichtspunkt der Staats-räson an. Er pslegte die Toleranz nicht bloß, weil sie seinen philosophischen Ueberzeugungen entsprach, sondern auch, weil sie ein Mittel war, gewerbsleißige und kapitals frästige Ausländer zur Ansiedelung in seinem Staate zu veranlassen. Dabei hat er doch den protestantischen Charafter bes Staates feineswegs verleugnet; von Parität zwischen Protestanten und Natholiken war keine Rede. In Niedersichlesien wurde darauf gehalten, daß die maßgebenden Bers jonen in den Stadtverwaltungen Protestanten sein mußten, und bei der Erneuerung der Instruction für das General-direktorium (1748) hielt man an der Forderung "protestantischer Religion" für alle Minister und vortragenden Räte seit. Der Protestantismus war eben zugleich ein politisches Bringip. Sonst hat sich der König um bas evangelische Kirchenregiment persönlich nicht allzuviel gekümmert. Er ließ bem geiftlichen Departement und ben Ronfiftorien im allgemeinen freie Sand; nur durften fie fich nicht einfallen lassenkeinen stelle Julie; fint dutstell sie sich nicht einstalten. die Zirkel seiner Politik zu stören; sonst gab es wohl Marginalien, die mit dem Saze begannen: "Das Konsistorium seind Esels —." Die Geistlichen wurden immer mehr als Staatsbeamte angesehen und behandelt. Sie mußten die Populationslisten sühren, Maulbeerbäume pflanzen und von der Kanzel herab die polizeilichen Bersorbnungen verfündigen. Nicht nur der Inhalt, auch die Dauer der Predigten wurde kontrolliert. Die Kirche wurde mehr und mehr dem Staatsorganismus einverleibt; sie wurde zu einem nüglichen Instrument zur Beförderung von Gesittung und Wohlfahrt; das innere religiofe Leben aber

²⁰⁾ Acta Borussica, Behörbenorganisation 3, 457 f.

verflachte mehr und mehr, ober es zog sich in die Seelen ber Einzelnen zurück, die als Stille im Lande lebten. Das Kirchenregiment war zweifellos eine der schwächsten

Seiten des preußischen Militärstaats; was wir aus den Denkschriften des Propstes Süßmilch darüber erfahren, gibt ein ziemlich trübes Bild: schlechte Pastoren hausenweis, unfähige Kandidaten, feine und grobe Simonie, viele Batronate, namentlich in den Städten, in schlechten Händen. Die Theologen — meint Sugmilch — ftudieren faum noch zwei Jahre auf der Universität; sie üben sich hauptsächlich nur im Predigen und wissen wohl, daß es ihnen trog ihrer Unwissenheit doch nicht an Wegen fehlen wird, in Umt und Brot zu kommen. In fünfeinhalb Jahren hat er bei ben Brufungen taum feche recht geschickte Randidaten gefunden. "Will man einen abweisen, so erregt man eine Solle. Bor vierzehn Tagen habe ich es getan, daß ich einen zuructgewiesen. Da die Dukaten nicht fruchten wollen, die er meiner Frauen insinuieren laffen, aber auch gleich zuruck-nehmen muffen, so erwarte nun noch einen Sturm: er hat einen Unteroffizier in Salle zum Bruder; ich zweifle nicht, daß er fich beffen bedienen werbe. Bor eineinhalb Sahren ward ein recht großer Stumper unter einem Revers, fich nach einem Jahre wieder zum Examine zu stellen, durch= gelassen, weil sein Bruder Unteroffizier bei der Garbe, baher sich ein vornehmer General mit Nachbruck seiner annahm. Diefer elende Mensch bekummerte sich jest schon um die besten Pfarren." Besonders scharf urteilt Gugmilch über die Ausübung des Patronatsrechts durch die Stadt= magistrate. "Selbige bestehen an vielen Orten aus schlechten Leuten, gewesenen Schreibern und Lakaien. Die, so noch studiert haben follen, haben auf der Universität mehrenteils nur Wein, Bier, Tabak und huren fennen lernen und ben vorher gehabten Mutterwiß versoffen usw. Ein solch Amalsgama, das aus Unwissenheit, ja aus Dummheit und laftershaften Neigungen und Leidenschaften zusammengesetzt, exerziert eines der wichtigften Aemter bes Landes. Das Seft und Ruber von einer Sache, die man als die Pflanzschule eines Staates ansehen muß, ift in ihren Sanden. Sie regieren Schulen und Kirchen und besetzen sie nach Wilkfür. Es ist genng, daß einer eines stolzvollen Ratmannes Sohn sei, so verschluckt er Stipendia, studiert elendiglich und kommt durch Hisse derer Herren Patronen ins Amt." Aber das Uebelste bleibt sür ihn, daß der Feldpropst Decker, den er einmal einen "jungen, ausschweisenden Menschen" nennt, alle Feldpredigerstellen und damit indirekt alle Inspektoate besetzt. "Was sisch*, wenn das Hauptor gegen alle Ignoranten und Sceleraten verschlossen gehalten wird, und es können durch dies Nedenpsörtchen selbige sür ein Duzend Dukaten einkommen?" Immer wieder kommt er auf dies "Hierarchia Deckeriana" zurück. "Beibt die bestehen, so seh ich das übrige ganze Sebände als unbeständig und vergeblich an. Die Kirchen und Schulen können nicht mit guten Leuten versorzt werden. Das Oberkonsstrüktig und vergeblich an. Die Kirchen und Schulen können nicht mit guten Leuten versorzt werden. Das Oberkonsstrüktig und vergeblich an. Die Kirchen und Schulen können nicht mit guten Leuten versorzt werden. Das Oberkonsstrüktig das Ohr leißt, hem Feldprohst unde est ist der Einsluß hiervon in den Fleiß und Wandel der Kandidaten groß und deutlich."

Vielleicht hat Süßmilch, der etwas stark aufzutragen liedt und dem, was "Fama spricht", sehr bereitwillig das Ohr leißt, dem Feldprohst unrecht getan. Das "Audiatur altera pars" kann der Historier leider nicht immer verwirklichen. Zedensals aber hat Cocceji, der anderswo einmal in seinen Marginaliem zu der Denkschift; einem mifgünstigen Personalurteil Süßmilchs energisch entgegentritt, sür Decker kein Wort der Kerteidigung gesunden; er demerkt furz und trocken am Kande: "In des Feldpropst Departement kann ich mich nicht melieren. Der Herr Propst müssen, und die Nicht nicht melieren. Der Herr Propst müssen des kirchlichen Ledens, wie er deim Tode Priedrich des Großen vor Augen lag, schien seinem Radzsolger oder bessen Vorsen vor Augen lag, schien seine Volge vunstrichs des Großen des Kirchenzegiments zu sein. Sine begreisliche Realtion dasgen stellt das W

Teil ein Toleranzebikt, das — zum erstenmal in gesetzlicher Form — die individuelle Gewisserseiheit und die Religionsfreiheit aller Konfessionen und geduldeten Sekten sicherstellt; in seinem zweiten Teil enthält es Vorschriften zu einer konfessionellen Vindung der Geistlichkeit, die zwar an sich nicht underechtigt waren, die aber als bloßes obrigkeitliches Gebot und wegen ihrer dogmatischen Engherzigkeit zu einer Besserung des firchlichen Lebens nicht sühren konnten. Das Schlimmste war dabei der Mangel eines sittlichereligiösen Ernstes in den obersten Regionen, der die Maßeregel allein hätte legitimieren können, und daneden die kleinliche, gehässige Art der Aussührung durch die zu diesem Zweck besonders gedildete Ober-Examinationskommission. Diese Einrichtung ist denn auch mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. wieder gefallen, während das Edikt selbst nicht sörmlich ausgehoben worden ist. Es hinderte nun aber weiterhin nicht, daß der alte, humansausgeklärte, rationalistische Geist wieder seinen Einzug in die Kirche hielt oder vielmehr seine alte Herrschaft behauptete. Es lag eben nicht bloß an der Regierung; der ganze Geist der Zeit war dem firchlichen Leben nicht günstig. An dem staatskirchlichen Charakter der Verfassung aber ist durch diese ganze Episode nicht das mindeste geändert worden.

TII.

Die Bollendung der Landestirche und die Gin= führung einer freieren Berfassung. (Presbyterial= und Synodalversassung.)

Es war eine Folge ber engen Verslechtung von Staat und Kirche, daß bei der Katastrophe von 1806 auch der ganze Bau der firchlichen Verwaltung zusammenbrach. Der Geist der Staatstirche aber blieb lebendig, und bei dem Neubau der Verwaltung im Jahre 1808 fand nun vollends eine Verstaatlichung der Kirche statt, wie sie radikaler kaum zu denken war. Der ganze Upparat der Konsistorien und der kirchlichen Oberbehörden wurde beseitigt.

Un die Stelle traten in der Provinzialinstanz die Kirchens und Schulabteilungen der neu begründeten Regierungen und in der Zentralinftanz die Kultusabteilung des Ministeriums des Junern. Diese neuen Behörden waren für alle Konfeffionen gleichmäßig zuständig. Sie wurden auch die Organe bes niemals aufgegebenen landesherrlichen Rirchenregiments für die evangelischen Kirchen. Es war der Höhevunkt des Staatsfirchentums: die Rirche war bamit völlig im Staate aufgegangen und feiner Glieberung eingefügt, mahrend ber Staat fein fonfessionelles Geprage langft verloren hatte.

Aber es war zugleich ber Anfang zur Umkehr. In Steins politischem Testament, das in eben biesen Tagen geschrieben wurde, wird auch die Forderung erhoben, daß der religiöse Sinn im Bolke wieder belebt werden müsse. Dag bies nicht burch bureaufratische Reglements allein bewirkt werden könne, war klar. Im kirchlichen Leben mußte etwas Aehnliches eintreten wie das, was Stein und jeine Mitarbeiter im politischen Leben durch die Städtes ordnung und die Plane zur Herstellung einer Selbstsverwaltung zu erreichen gebachten. Aus den Gemeinden heraus mußte die Erneuerung des kirchlichen und religiösen Lebens erfolgen.

Niemand hat biefen Gedanken bamals mit größerem Eifer und Berftändnis erfaßt als Schleiermacher, ber reformierte Prediger an der Dreifaltigkeitskirche. Sein Jbeal war eigentlich eine ganz freie, vom Staate los= gelöfte Kirche wie in Amerika; das Sektenwesen hätte er als alter Berrnhuter babei gern mit in ben Rauf genommen. In feinen praktischen Reformvorschlägen ift er freilich febr viel magvoller gewesen, namentlich zu Anfang 21). Aber sollange der Krieg, mährte, ift es zu entscheidenden Schritten auf dem Gebiete der Neuordnung der Kirchenversassung über-

²¹⁾ Bgl. Dilthen, Das Leben Schleiermachers, Berlin 1870, und in ber U. D. B. 31, 422 ff. Dove, Ueber Synoben in der evangelifchen Lanbestirche Breugens, in Doves Beitschrift für Rirchenrecht 2, 131 ff.; 4, 131 ff. Dagu für bas Folgenbe überhaupt: Treitichte, Deutsche Geschichte 1, 205 f.; 2, 239 ff. Erich Förfter, Die Entftehung ber preugifden Lanbestirche unter ber Regierung Ronig Friedrich Wilhelms III. nach ben Quellen ergahlt Bb. 1, Tubingen 1905.

[.] Deutide Buderei Banb 98/99.

haupt noch nicht gefommen. Nach bem Friedensschluß, im Juni 1814, traten dann auf Anregung der Potsdamer Regierung zweiundzwanzig Superintendenten der Aurmark in Berlin zusammen, um über die künftige Verfassung der Kirche ihre Gedanken auszutauschen. Sie trafen in dem Berlangen nach einer freien Synobalversassung zusammen und richteten eine Betition an den König, eine Kommission niederzuseten, die über die Neuordnung der Kirchenverfassung beraten jollte. Der König willfahrte diesem Wunsche, aber er wies ber Rommiffion als Hauptaufgabe bie Ausarbeitung einer verbesserten Liturgie zu; nur nebenbei, nicht ohne Einwirkung Schleiermachers, beschäftigte sie sich auch mit bem Berfaffungswert, bas nach Schleiermachers Auffaffung die Grundlage für die liturgischen und alle fonftigen Beranderungen fein mußte. Die Borfchlage, die biefe großen= teils aus hofpredigern gebilbete Rommiffion hinfichtlich ber Berfaffung machte, 1816, befriedigten Schleiermacher und seine Freunde nicht. Sie liefen auf eine Verbindung der Konsistorialverfassung mit Elementen der Presbyterial- und Synobalverfassung hinaus, boch unter Wahrung eines rein geistlichen Charakters der Synode und eines ganz unzweifels haften Uebergewichts des landesherrlichen Kirchenregiments und seiner Organe. Man wollte auf dem Gebiet der Kirchenverfassung in ähnlich vorsichtiger Weise vorgehen wie bei dem ftändischen Berfassungswerk, bas man bamals plante, während Schleiermacher und seine Freunde geneigt waren, das Werk der kirchlichen Reorganisation mit dem Bestreben nach einer konstitutionellen Verfassung in innerliche Verbindung zu bringen. Daran ift ber gange Berfuch gescheitert. Die Rirchenverfassungsbestrebungen teilten bas Schicffal ber strücken Verfassungsentwürse. Der König nahm die Vorsichläge der Kommission an und befahl zunächst die Wiedersbelebung der Kreisspnoden, dann im Jahre 1819 die Busammenberusung von Provinzialspnoden, zu benen in ber Hauptsache aber nur die Superintenbenten zusammenstraten. Die brandenburgische Provinzialspnode, zu ber auch Schleiermacher mit eingeladen war, faßte nun aber fehr radifale Beschlüffe: man wollte die Kirchenversaffung von

unten her aufbauen; an die Stelle der Konsistorien sollten Unsschüsse der Provinzialsynode treten; an die Stelle der Ministerialinstanz ein Ausschuß der Generalsynode. Das landesherrliche Kirchenregiment wäre dabei zu einem bloßen Schatten geworden. Für Friedrich Wilhelm III. waren biese Beschlüsse unannehmbar. Bon biesem Moment an stockte das kirchliche Versassungswerk. Der Synobalapparat, den man probeweise in Bewegung gesetzt hatte, verschwand wieder. Die Reorganisation der Kirchenverwaltung beschränkte sich schließlich auf die Wiederherstellung von Konsistorien im Jahre 1815 und auf die Begründung eines besonderen Kultusministeriums im Jahre 1817. Die Konsistorien aber waren damals durchaus nicht das, was sie früher gewesen waren und was sie heute wieder sind. Sie mußten die Besugnisse der Kirchenverwaltung noch mit den Regierungen teilen nach dem doktrinären, unklaren und praktisch unbrauchbaren Gesichtspunkt der äußeren und inneren Angelegen-heiten. Den Regierungen siel dabei alles wirklich Wichtige heiten. Den Regierungen fiel babei alles wirklich Wichtige zu, wie die Stellenbesetzung, die Ordination und Ein-führung der Geistlichen, die Amtsdisziplin und allgemeine Aufsicht, während die Konsistorien gewissermaßen nur wissenschaftlichereligiöse Deputationen waren, zur Mit-wirkung bei den Prüfungen und sonst in den spezisisch theologischen Materien. Außerdem waren diese Konsistorien noch keine rein edangelischen Kirchenbehörden, sondern hatten auch mit den katholischen Kirchenbehörden, sondern hatten auch mit den katholischen Kirchenbehörden und mit denen der Sekten und Juden zu tun. Die nichtevangelischen Geschäfte sind ihnen erst 1825 abgenommen und dem Oberpräsidenten übertragen unreden, aber das Verhältnis zu den Regierungen übertragen worben; aber das Verhältnis zu den Regierungen blieb bestehen bis 1845. 1829 ist übrigens auch das Amt des Generalsuperintendenten, das seit 1632 geruht hatte, wiederhergestellt worden; der Generalsuperintendent wurde nun der persönliche Mittelpunkt für die Geistlichkeit der Provinz; er übernahm die Ordinationen, die Geintichtung neuer Kirchen, machte Bisitationsreisen und hatte Sig und Stimme in den geistlichen Regierungsabteilungen wie in den Konsistorien. Gine Anzahl von Generalsuperintendenten haben damals den bischöflichen Titel geführt, einer von

ihnen, ber Oftpreuße Borowski in Königsberg, später fogar ben eines Erzbischofs.

Neben den Verfassungsplänen und unabhängig davon hatte König Friedrich Wilhelm seine beiden firchlichen Lieblingspläne inzwischen ins Werk gesetzt, die Union und die neue Ugende. Die Union war im wesentlichen nur als eine Kultus- und Sakramentsgemeinschaft gedacht, nicht als eine Vereinigung der Lehren in einer Vekenntnissormel wie früher; der König ging dabei voran, wie einst Joachim II. bei ber Reformation, und sprach die Hoffnung aus, baß bie Gemeinden ihm folgen würden. Die Berliner Kreissynobe unter Schleiermachers Borfit, fonfessionell gemischt, wie bamals die Synoben waren, war eine ber erften, bie ihren Beitritt gur Union erklärte, und es ift bekannt, wie bann all= mählich fast das ganze Land folgte, namentlich seit dem neuen Impuls von 1830. Es war die Vollendung der im 18. Jahr-hundert angebahnten evangelischen Landesfirche in Preußen. Unders aber verhielt es sich mit der Aufnahme der Agende. Der König nahm fraft seines landesherrlichen Kirchenver Konig nahm frast seines landesherrlichen Kuchenregiments ein Jus liturgicum in Anspruch, das im Lande
keine allgemeine Anerkennung fand; er interessierte sich
persönlich auf das lebhasteste für die Agende, er hat sogar
eine gedruckte Schrift darüber veröffentlicht. Aber die Berbitterung, die nach dem Scheitern des Verfassungswerks
zurückgeblieben war, drängte alle Freunde einer freien Berfassung der Kirche auf die Seite der Gegner; auch Schleiermacher war unter ihnen; er hat amtliche Gegenvorstellungen gegen die Algende mitunterzeichnet und hat eine fühne Rritif an der Schrift des Königs geübt, obwohl ihm der anonyme Verfasser nicht unbekannt war. Treitsche erzählt, der Ministerialdirektor Kampt habe auf seine Absetzung gedrängt, der Minister Altenstein sei einmal nahe daran gewesen, dem

unchzugeben, nur der König habe es gehindert. Altenstein repräsentierte noch ganz die alte staatskircheliche Auffassung. Als aufgeklärtes Weltkind hatte er kein Verständnis für die Bewegungen, die auf die Herstellung größerer kirchlicher Freiheit ausgingen. Und der König hat trot seiner edlen, echt evangelischen Frömmigkeit doch

mit großer Zähigkeit festgehalten an der Autorität seiner Stellung als Oberhaupt der Kirche. Es kam noch zu manchen häßlichen Vorfällen, bis der Agendenstreit sich beruhigte; und dann trat die Opposition der schlesischen Altlutheraner gegen die Union hervor, die ebenfalls zu fehr bebenklichen und beklagenswerten Magregeln geführt hat. Szenen wie die zu Hönigern bei Namslau, wo mit militärischer Gewalt die Kirche der Lutheraner erbrochen, der Pfarrer vom Altar weggeschleppt und der Bevölkerung zur Strafe eine Einquartierung von 500 Mann auferlegt wurde, zeigten doch, daß man mit dem alten absolutistischen Kirchenregiment nicht auf der richtigen Bahn war. Und während Hengftenbergs Kirchenzeitung (seit 1827) bie unbedingte Autorität in Staat und Kirche versocht, bestärkte sich in den freieren Köpfen die Ueberzeugung, daß evangelische Freiheit nur noch möglich sei bei einer gründlichen Kesorm der Kirchenversassung.

Diese Ueberzeugung vertrat auch Friedrich Wilhelm IV. in seiner Weise ²²). Schon als Kronprinz war er für die schlesischen Lutheraner eingetreten; für die, welche nicht ausgewandert waren, hat er 1845 die Generalkonzession erlassen. Sein Joeal war eine Kirche, die nur aus wirklich Gläubigen beftehen follte; außer ber Rirche follte volle Gewissensstreiheit walten, aber in der kirchlichen Gemeinsichaft selbst wollte er die ungläubigen Elemente, zu denen natürlich auch die Hallichen Rationalisten, die "Lichtstreunde", gehörten, nicht dulden. Das landesherrliche Kirchenregiment betrachtete er mit Mißtrauen; er hat einmal den Summepistopat "eine bedenkliche Kreatur" genannt. Er sehnte sich danach, wie er sagte, die Kirchen-gewalt in die "rechten Hände" zurückzugeben; was er darunter verstand, hat er in einem seiner Briese an Bunsen²³) ausgesprochen. Er wollte zu der Versassung ber chriftlichen Urfirche gurudtehren: er bachte fich bas

²²⁾ E. Friedberg, Die Grunblagen ber preußischen Kirchenpolitik unter König Friedrich Wilhelm IV. Leipzig 1882. — Treitsche, D. G. 5, 349 ff.

²³⁾ Rante, Aus bem Briefwechfel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunfen S. 47 ff.

Nirchenregiment in den Händen einer großen Anzahl von Bischöfen, die nicht bloß Leitungsbefugnisse haben, sondern auch selbst Seelsorge ansüben sollten, entsprechend etwa den preußischen Superintendenten, also etwa 350 an der Zahl. Sie sollten durch Handauslegung die apostolische Weihe empfangen von englischen oder schwedischen Bischöfen und sie in derselben Weise fortpslauzen. Unter ihnen sollten an der Spize der Gemeinde Presbyterien stehen, zusammengesetzt aus Geistlichen und Laien, die aber nicht als gewählte Bertreter der Gemeinde, sondern als bestellte Kirchendiener anzusehen sein sollten, ferner Diakonen sür Altardienst und Armenpslege. Ueber ihnen, an der Spize der Provinzen oder vielmehr besonderer Sprengel, zehn Metropolitane mit Kapiteln, die an die Stelle der Konssistorien treten sollten; als erster von ihnen, zugleich als evangelischer Primas Germaniae, der Erzbischof von Magdeburg, dessen kapitel an die Stelle des Kultusministeriums treten sollte. Damit sollte eine Synodalversassung verbunden sein, aber ohne modern-repräsentativen Charakter. Der Landesherr endlich war als der Advocatus ecclesiae gebacht, der die Beschlüsse dus feine Anssicht auf

Es war ein Phantasiegebilbe, bas feine Aussicht auf Berwirklichung hatte. Friedrich Wilhelm IV. hat es später selbst einen seiner Sommernachtsträume genannt. Der Kultusminister Eichhorn schlug aubere Wege ein, ähnliche, wie man sie 1815 versucht hatte; und der König folgte, aber von Ansang an nur mit halbem Herzen. 1841 wurden die Kreissynoden wiederhergestellt, 1844 die Prodinzialsynoden berusen. 1845 fand eine grundlegende Beränderung in der Abgrenzung der Besugnisse von Regierung und Konssistorien statt, die als eine Kücksehr zu den alten Gedanken der Konssistorialversassung bezeichnet werden kann. Noch nicht die Gesamtheit, aber der Haupteil der kirchlichen Berwaltung wurde nun wieder den geistlichen Behörden, den Konssistorien, übertragen; die Regierungen behielten nur eine Reihe sessunschen Verluchen. Bestumschen Besuchischen Behörden, bei Mitwirkung der weltlichen Behörde wünschens wert erschien. Zugleich erhielten die Konsistorien besondere

Bräfibenten und eine angesehenere Stellung in bem Bers waltungsorganismus; bas höhere Schulwesen, bas früher mit ihnen verbunden war, wurde abgetrennt und ben Provinzialschulkollegien überwiesen. Den Abschluß und bie Aronung bes gangen Wertes aber follte eine Generalfunobe bringen. Diese ausgezeichnete Kirchenversammlung, bie 1846 in Berlin zusammentrat, hat viele bedeutende Geifter und große organisatorische Talente in sich vereinigt 24). Vielleicht ber bedeutenbste darunter war Karl Immanuel Nitsch, ber Bonner Professor, gleich ausgezeichnet als Gelehrter und als praktischer Theologe 25). Er hat hier mit Bethmann-Sollweg 26) und andern zusammen ben Gebanken vertreten, die Kirchenverfassung auf eine organische Verbindung bes Konfistorialprinzips mit bem Presbyterial- und Synodalprinzip zu begründen. Nitsich war ein Lutheraner, aus dem verrusenen Wittenberg, wo sein Vater in sächsischer Zeit bas Haupt des Konsistoriums gewesen war. Aber ichon ber Bater hatte basielbe Bringip ber Kirchenverfassung vertreten, im Gegensat zu der brandenburgischen Provinzial= innode von 1819, die die Konfistorialverfassung gang in bie Synodalverfaffung hatte auflösen wollen. Dieje Unichauungen haben offenbar auch ben Sohn beeinflugt; aber erst die Ersahrung in den Rheinlanden hatte ihm einen lebendigen Gindruck von der Bedeutung der Gemeindeund Synodalverfassung gegeben.

Die rheinisch-westfälische Rirchenordnung von 1835 hatte für die Kirchen biefer westlichen Gebiete, die im 18. Sahr= hundert fo ziemlich fich felbst überlaffen gewesen waren, endlich eine organische Verbindung gebracht zwischen ber auf der Gemeinde sich aufbauenden Verfassung und bem landesherrlichen Rirchenregiment. Auch Bethmann-Sollweg hatte biefes Beifpiel in Bonn auf fich wirken laffen, bas nun jett für die Kirche der öftlichen Provinzen fruchtbar

²⁴⁾ G. Richter, Die Berhandlungen ber preußischen Generalipnobe (1847).

²⁵⁾ B. Benichlag , R. S. Nipfch. Gine Lichtgeftalt aus ber Gefchichte ber evangelischen Rirche.

²⁶⁾ Wach in ber A. D. B. 12, 762 ff.

gemacht werden follte. Der Entwurf, den Nitfch, Bethmann= Hollweg und Landfermann ausgearbeitet hatten, fand auch die Zustimmung der Mehrheit der Generalsynode. Er beruhte in allen wesentlichen Stücken auf denselben Grundgedanken, die durch die Gesetzgebung von 1873 die Grundlage der evangelischen Landeskirche der östlichen Provinzen geworden sind. Aber — in diesem Moment, wo das Ziel erreicht schien, versagte sich ber König. Er hatte die rheinisch-westfälische Kirchenversassung nie recht leiben mögen. Und auch bieser Entwurf hatte ihm zu viel Aehnlichkeit mit einer modernen Repräsentativverfassung. Wiederum icheiterte alfo ber Berfuch einer Reform der Rirchenverfassung wegen der innerlichen Berflechtung mit bem politischen Berfaffungegebanten. fonstitutionelle Staat mußte erst zum Durchbruch gelangt sein, ehe eine freiere Kirchenverfassung möglich wurde. Friedrich Wilhelm IV., fo fehr er fich banach gefehnt hatte, bas Rirchenregiment in die rechten Sande gurudzugeben, war boch viel zu autofratisch, als bag er sich im Ernst Diefer Gewalt hatte entaußern mögen. Nur ein Stud aus den Vorschlägen der Generalfnnode wurde von ihm angenommen und zur Ausführung gebracht: bas evangelische Dberkonfistorium als höchste Behörde ber evangelischen Landeskirche. Es follte neben bem Rultusminifterium Die eigentliche firchliche Verwaltung führen. 1848 murde es gebildet, Nitsich trat selbst als Propst zu Berlin in die neue Behorde ein. Aber fie ift gu feiner praktifchen Wirtsamkeit gelangt. Bald nach ber ersten Sigung ift fie infolge ber Märzrevolution wieder beseitigt worden.

Denn nun, in der Revolution, brach die liberale Forsberung der Trennung von Staat und Kirche überall unsaufhaltsam hervor. Man verstand darunter ein ähnliches System wie in Belgien, das, was man wohl "die freie Kirche im freien Staat" nannte, d. h. Abschaffung des landesherrlichen Kirchenregiments und der staatlichen Kirchenaufsicht überhaupt, volle Selbständigkeit und Selbstregierung der Kirche, mit dem Recht, sich selbst eine Organisation zu geben, aber Beibehaltung des Kultussbudgets und der mannigsachen Unterstützungen, deren die

geistliche Autorität seitens der Staatsgewalt bedurfte. Das wurde gefordert in der kirchlichen wie in der politischen Presse, in Pastorenkonserenzen wie in Volksversammlungen, in der Paulskirche zu Frankfurt wie in dem Berliner Abgeordnetenhause. Die oktropierte Versassung von 1848 und ebenso die revidierte von 1850 hat diesen Grundsat der Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen. Artifel 12 ber Verfassung von 1848 lautet: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche wie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Und die revidierte Verfassung von 1850 sagt wörtlich dasselbe in Artikel 15.

Es ift tein Zweifel, Die Regierung hatte anfangs bie Auffassung gehabt, daß das landesherrliche Rirchenregiment in ber alten Form mit diesem Artikel nicht verträglich sei; sie war geneigt gewesen, es preiszugeben und der evangelischen Kirche Raum zu lassen für eine selbständige Organisation. Aber die Notwendigkeit drängte sich auf, daß der bisherige Inhaber des Kirchenregiments die Führung bei diesem Neubau der Verfassung übernahm und vorläufig die Geschäfte in der Hand behielt. Es kam bei der Reform auf zweierlei an: einmal auf die Abtrennung der kirchlichen Berwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung, die ja nun der Kontrolle des konfessionen Parlaments unterslag, und anderseits auf die Regelung des Verhältnisses, das der Monarch als vornehmstes Glied der evangelischen Landeskirche in ihrer Organisation einnehmen sollte. Daß die Vertreter der kirchlichen Selbständigkeit das disherige monarchische Element nicht gänzlich aus der Kirche eliminieren wollten, durfte man als sicher annehmen. Nun wurde vorläufig im Sahre 1849 die evangelische Abteilung des Rultus= ministeriums mit der Wahrnehmung der inneren evan= gelischen Kirchensachen beauftragt, und zwar in der Weise, daß diese Angelegenheiten von den Mitgliedern der Ab= teilung unmittelbar, ohne Dazwijchenkunft des politisch verantwortlichen Kultusministers, dem König als Inhaber der firchlichen Regierungsgewalt vorgetragen und dessen Anordnungen für die Kirche ohne Gegenzeichnung des Ministers zur Aussührung gebracht werden sollten. Aus dieser Ministerialabteilung wurde dann durch königlichen Erlaß vom 29. Juli 1850 der Evangelische Oberkirchenrat, also eine besondere kollegialische Behörde, die ganz aus dem Zusammenhang mit den Staatsbehörden gelöst war. Man hatte diese Fortsührung des landesherrlichen

Man hatte diese Fortführung des landesherrlichen Kircheuregiments anfangs als etwas Provisorisches angesehen und die Berusung einer konstituierenden Landessynode ins Auge gefaßt, durch die die evangelische Kirche sich eine selbständige Verfassung geben und sich mit dem Staate auseinandersehen sollte. Seit der Errichtung des Evangelischen Oberkirchenrats aber ist davon nicht mehr die Rede gewesen. Die Motive zu dem Erlaß, durch den er begründet wird²⁷), stellen die Ansicht auf, daß die Berusung einer konstituierenden Generalsynode weder angemessen noch rechtlich notwendig sei, um der Kirche zu ihrer verfassungsmäßigen Selbständigkeit zu verhelsen, daß vielmehr die Fortsührung des landesherrlichen Kirchenregiments mit dem Artikel 15 der Verfassung vollkommen vereindar sei. Das landesherrliche Kirchenregiment sollte nur, unter Abstreisung aller aus dem territorialistischen Prinzip herrührenden Beimischungen, auf die Jdee der Resormation zurückgesührt werden, wonach es nicht ein Herrscheramt, sondern ein Dienst sei, der von dem vornehmsten Gliede der Kirche zur Ehre Gottes durch Schutz und Fürsorge geleistet werde.

Eine synodale Versassung wäre damit wohl vereinbar gewesen; eine solche wollte auch Friedrich Wilhelm IV., aber er widerstrebte auch jest noch durchaus einem repräsenztativen Charafter der Synoden; er blieb dabei, daß ihre Mitglieder sich nicht als Vertreter der Kirche gegenüber dem Landesherrn, sondern als Diener der Kirche, d. h. also als Hissorgane des monarchischen Kirchenregiments, sühlen müßten. In diesem Sinne war auch die Kirchengemeindeordnung gehalten, die 1850 erlassen wurde, und

²⁷⁾ Gefehjammlung 1850 G. 343 ff.

bie zur Grundlage eines Synodalfuftems werden follte. Sie nahm Kirchenvorstände in Aussicht, die auf Grund einer vom Batron und vom Pfarrer aufzustellenden Borichlags= lifte gewählt werden follten; übrigens stellte man bie Unnahme dieser Ordnung den Gemeinden frei.

Ende Dezember 1850 trat aus politischen Gründen der Minifter v. Labenberg Burud, unter bem alle biefe Beränderungen fich vollzogen hatten, und fein Nachfolger im Rultusministerium wurde Raumer: der aber lentte nun bewußt und fonsequent in die frühere absolutistische Bahn wieder zurud'28). Er unterließ gefliffentlich ben Ausbau ber Synodalverfaffung und suspendierte auch die Gemeinde= ordnung, die allerdings ichon fo fehr wenig Unklang gefunden hatte. Die Konservativen fanden Spuren des verhaßten Repräsentativsyftems darin, und die Liberalen verzichteten auf Wahlen nach ber Borichlagslifte von Batron und Pfarrer. Bon einer weiteren Umformung der Kirchen-verfassung war nun nicht mehr die Rede. Man legte den Artifel 15 der Berfassung nun so aus, als ob ihm durch die Trennung der firchlichen Berwaltung von der staat= lichen bereits Genüge getan fei. Der Rönig als Saupt bes Staates und ber König als Saupt ber Kirche erichienen als zwei verschiebene Berfonen; das absolute Kirchenregiment des Königs erhielt gerade burch die Trennung von dem fonstitutionellen Staat eine neue feste Grundlage.

Die Abgrenzung ber Befugniffe bes Oberkirchenrats gegenüber dem Rultusministerium entsprach ungefähr derjenigen der Ronfiftorien gegenliber ben Regierungen; ber Kultusminister hatte noch einen großen Unteil an den "Externa", namentlich in Personals und Anstellungssachen, und Raumer war barauf bedacht, die Mitwirfung bes Evangelischen Oberkirchenrats in diesen Dingen einzuschränken und jede weitere Ausbehnung seiner Zuständigkeit auf Rosten des Rultusministeriums zu verhindern. Trot ber Union wurden auch die fonfessionellen Verschiedenheiten jest wieder

^{28) &}quot;Der Staatsminifter v. Raumer und feine Berwaltung bes Minifteriums ber geiftlichen uim. Angelegenheiten in Preugen." Berlin 1860.

geflissentlich betont. Ein königlicher Befehl wies die Mitglieder bes Evangelischen Oberkirchenrats an, sich ausdrücklich als Reformierte ober als Lutheraner zu bekennen (1852). Die Reaktion, die im staatlichen Leben herrschte, hatte sich auch bes kirchlichen Gebiets bemächtigt.

Die neue Mera machte biesem Suftem ein Ende. Mit Bethmann-Sollweg fam 1858 ein Mann an die Spike bes Kultusministeriums, ber von jeher die Idee einer Fortentwickelung ber evangelischen Rirchenverfassung auf ber presbyterial-synodalen Grundlage vertreten hatte, und überhaupt Freiheit ber Kirche wollte, soweit fie ohne Gefährdung bes Staates möglich war. Aber biefer Rultus= minifter hatte nicht einen gleichgeftimmten und tatkräftigen Oberkirchenrat Bur Seite, und fo ift bei ben Wiberftanben bon rechts und links unter feiner furgen Umtsführung nichts Erhebliches zuftande gekommen. Immerhin aber wurde mit ber obligatorifchen Ginführung ber Gemeindeordnung begonnen, unter Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten der einzelnen Provinzen, und seit 1861 wurde auch die Bildung von Rreissynoden wieder angeordnet. Unter Mühlers Ministerium (feit 1862) wurde biefe Politif fortgefest, freilich in langsamften Tempo; 1869 traten auch Brovingialfynoben Bufammen. Aber erft burch ben ftarten Impuls, ben ber Ausbruch bes Rulturkampfes gab, find bieje Berfaffungsbeftrebungen zum Biel gelangt. Zwei neue Manner find es gewesen, die jest in wenigen Monaten mehr erreicht haben, als vordem in Sahrzehnten geschehen mar: ber Minifter Falt und ber Präfident Herrmann. Emil Berrmann29) war früher Rirchenrechtslehrer gewesen und hatte 1862 eine Schrift veröffentlicht, in der "bie notwendigen Grundlagen einer die konfistoriale und synobale Ordnung vereinigenden Rirchenverfassung" aufgewiesen wurden. Er knupfte an die gefunden Gedanken ber Generalinnobe von 1846 wieder an30). Er legte babei bas Gemeindepringip zugrunde, aber er betonte auch, daß die Ginzelgemeinde nicht genuge gur

²⁹⁾ Stier-Somlo in ber 21. D. B. 50, 248 ff.

³⁰⁾ Nach bem Gelbftzeugnis bei Treitschte, D. G. 5, 368 Note 1.

Erfüllung ber allgemeinen landesfirchlichen Aufgaben, daß es zu diesem Behus eines selbständigen Ausgaben, daß es zu diesem Behus eines selbständigen Kirchenregiments bedürfe, das nicht bloß als Mandatar der unter ihm versundenen Gemeinden erscheine; damit begründete er die Notwendigkeit des konsistorialen Elements. Erst die Berbindung beider Elemente schafft nach seiner Ansicht den vollständigen, dem Prinzip des landeskirchlichen Berbandes entsprechenden Organismus.

Diefer Mann wurde 1872 Präfident des Evangelischen Dieser Mann wurde 1872 Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, und er sand in Falk einen gleichgerichteten, gleich tatkräftigen Kultusminister, dessen Berdienst um das Zustandekommen der Gesetzgebung von 1873 bis 1875 nicht zu unterschätzen ist. Ob die Behauptung, daß der Hosprediger W. Hossmann diese Gesetzgebung in allen wesentlichen Stücken schon vorbereitet habe, zutrisst³¹), vermag ich nicht zu entschen. Im allgemeinen gilt doch Herrmann als der eigentliche Urheber des Werkes. Den wesentlichen Studelt dieser Gesetzgebung dass allegeneiten gestellt den Inhalt dieser Gesetgebung barf ich wohl als allbefannt porausieken32).

Die evangelische Kirchengemeindes und Synobalordnung, die durch königlichen Erlaß vom 10. September 1873 verkündet wurde, betraf aber nur die sechs östlichen Provinzen. Die 1866 erworbenen Gebiete hatte man, in der Hauptsache aus politischen Gründen, nicht unter den Evangelischen Oberstirchenrat gestellt, sondern bei ihren alten besonderen Versassungen gelassen. Aber eine landeskirchliche Gemeinschaft wenigstens mit Rheinland und Westfalen wurde jest doch wenigiens mit Rheinland und Weltsalen wurde jest doch als wünschenswert empfunden, und eine außerordentliche Generalsynode schuf im Jahre 1875 eine Generalsynodalordnung für die acht älteren Provinzen, die am 20. Januar 1876 vom König sanktioniert und verkündet wurde. Es bedurfte nun noch einer endgültigen Auseinandersetzung der Landeskirche mit dem Staate, dessen Organe ja noch wesentlichen Anteil an dem äußeren Kirchenregiment hatten.

³¹⁾ A. D. B. 50, 422 (D. b. Rante).

⁸²⁾ Bgl. Riedner, Grundzüge ber Berwaltungsorganisation ber alt-preußischen Lanbestirche. Berlin 1902.

Durch Staatsgeset vom 3. Juni 1876 und entsprechende fonigliche Berordnungen wurde die Berwaltung aller Ungelegenheiten ber evangelischen Landeskirche, die bisher noch von dem Kultusminifter und ben Regierungen mahrgenommen worden waren, auf den Evangelischen Oberfirchenrat und die Ronfiftorien übertragen. Die Staatsbehörben behielten nur bas allgemeine ftaatliche Aufsichtsrecht. Damit war die Grenze zwischen Staat und Rirche in forretter Beise reguliert. Das territorialistische Pringip war auf feinen berechtigten Rern gurudgeführt, und das epiffopaliftische war burch bie reformatorische Idee ber driftlichen Obrigkeit erfett und ergänzt durch das Gemeinde- und Synodalpringip. Die Berbindung ber Kirche mit dem Staat ift aber burch biefe Anseinandersetzung nicht völlig aufgelöft worben; fie dauert fort auf dem Gebiet der Finangen infolge des Fortbestandes des Rultusbudgets; und solange jede Ronfiftorial= ratsftelle vom Landtag bewilligt werben muß, ift boch noch eine gemiffe Abhängigfeit ber Rirche vom Staate vorhanden. Was aber die Organisation der Kirche selbst anbelangt, so wird das Berhältnis des Konfiftorial- und des Gemeindefaktors verschieben aufgefaßt, je nach der Stellung ber Parteien. Die einen wollen den Schwerpunkt des neuen Suftems in die Gemeinde verlegen, Die anderen in ben Dberkirchenrat. Die Jubilaumsbenkichrift bes Evangelischen Oberkirchenrats, die 1900 erschien33), vertritt die Auffassung, daß die presbuterialen und synodalen Organe der Konfiftorialverfassung eingegliebert worden seien, und zweifellos nimmt in der Praris der Konfistorialfaktor, d. h. alfo das landes= herrliche Kirchenregiment, die erfte, ber Synodalfaktor die

so) "Die Entwickelung ber evangelischen Lanbestirche seit ber Errichtung bes Evangelischen Oberkirchenrats." Berlin 1900. Bgl. bazu die scharse Kritik von W. Behichlag in den Deutsch-evangelischen Blättern 1900 (14) und den Artikel: "Zum 50 jährigen Jubiläum des Evangelischen Oberkirchenrats in Preußen" in der Kirchlichen Monatsschrift 19, 523 ff. Die Olstanz der Aufschung ift sehr groß. Die Denkschrift betrachtet das Berkasungswert von 1873 als die langsam reisende Frucht der seit Jahrzehnten eingeseiteten Bestrebungen, Behichlag als das Werk Falks und herrmanns im Gegensatzur Keaktion. Der Einsluß der politischen Faktoren kommt m. E. in keiner von beiden Ausschlang auf ieinem vollen Recht.

zweite Stelle ein. Es ist auf firchlichem Gebiet ähnlich gegangen wie auf dem politischen Gebiet mit der Stellung der Krone zum Parlament. Und ich halte das für keine bloß zufällige Analogie. Die geistigen und sittlichen Mächte, die das neue System der evangelischen Kirchenversassung hervorgebracht haben, sind von dem gleichen Ursprung wie die, die auf dem Gebiet von Staat und Gesellschaft wirksam die, die auf dem Gebiet von Staat und Gesellschaft wirtsam gewesen sind. Es ist nicht der Geist des Urchristentums oder der Reformation, der in diesem Verfassungswerk sich betätigt hat, sondern der moderne Geist des 19. Jahrhunderts, der unsere Selbstverwaltung und unsere konstitutionellen Verfassungen geschaffen hat. Ihm gegenüber hat die Krone in Preußen ihr altes Recht des Kirchenregiments in der nn Preugen ihr altes Recht des Kirchenregiments in der Hauptsache ebenso behauptet wie ihre Regierungsgewalt im Staate. In der Geistlichkeit hat sie eine ähnliche Stütze gesunden wie im Heere und im Beamtentum. Aber sie hat Konzessionen gemacht, in der Kirche wie im Staate. Es ist kein Zufall, daß der Ausdau des kirchlichen Selbstwerwaltungssystems in demselben Jahrzehnt ersolgt ist wie der Ausdau der Selbstwerweltungssystems und dem staatlichen Gelbstwerwaltungssystems und dem faatlichen Gebiet. Hier wie bort haben die Anregungen der Zeit Steins und Schleiermachers erst nach zwei Menschenaltern zu dem relativen Abschluß einer vielsach unterbrochenen und vom Biele abgelenften Entwickelung geführt.



Inhalt.

	Seite
Das politische Testament Friedrichs des Großen von 1752 .	3
Preußische Reformbestrebungen vor 1806	29
Königin Luise und die Wiedergeburt des Preußischen Staates	60
Stein und der Preußische Staat	69
Die Epochen bes evangelischen Rirchenregiments in Preußen	109

Band:

- 45. **Mörike, Eduard.** Das Stuttgarter Hutzelmännlein. Der Bauer und sein Sohn. — Die Hand der Jezerte. Drei Märchen. 123 Seiten.
- 46. Mörike, Eduard. Mozart auf der Reise nach Prag. Lucie Gelmeroth. — Der Schatz. Drei Erzählungen. 156 Seiten.
- 47/48. Sternfeld, Dr. Richard, Professor an der Universität in Berlin. - Richard Wagner und die Bayreuther Bühnenfestspiele. I. 109 Seiten 2. Aufl. Inhalt: Beethoven und Wagner.—Richard Wagner und die neunte Symphonie. Wie bereite ich mich auf ein Wagner'sches Werk vor? — Die Aufgaben der Wagner-Vereine. — Richard Wagner und die kleinen Noten. — Zum 50 jährigen Jubiläum der ersten Lohengrin-Aufführung. - Lohengrin in Paris. - Der erste Entwurf der "Meistersinger von Nürnberg". - Hans Sachsens Schusterlied ("Meistersinger"). — Parsifal. — II. 109 Seiten. 2. Aufl. Inhalt: Der Bayreuther Lohengrin (1894). — Bayreuth 1896 (Ring des Nibelungen). - Bayreuth 1899 (Parsifal, Meistersinger). — Bayreuth 1904 (Tannhäuser, Parsifal). - Die Richard Wagner-Frage. - Anhang. I. Zur Lebensgeschichte. - Glasenapps Wagner-Biographie. - Richard Wagner und seine Mutter. - Richard Wagners Leben in seinen Briefen. II. Hans v. Bülow. Gedächtnisrede. – Bülow als Erzieher.
- 49/50. **Lohde, Clarissa.** Auf klassischem Boden. Roman aus der Zeit König Ottos von Griechenland. J. 117 Seiten. II. 137 Seiten. 2. Aufl.

51/52. Mügge, Theodor. — Der Voigt von Sylt. I. 136 Seiten.

II. 146 Seiten.

53/54. Blumröder, Gustav (Antonius Anthus). — Geist und Welt bei Tische. Humoristische Vorlesungen über Esskunst. Neu herausgegeben unter Benützung der vom Verfasser durchgesehenen ersten Auflage von Oskar Steinel, Professor a. d. Kgl. Kreisrealschule in Kaiserslautern. I. 144 Seiten. II. 144 Seiten.

Kaiserslautern. I. 144 Seiten. II. 144 Seiten. 55. Kurz, Hermann. — Die beiden Tubus. — Den Galgen! sagt der Eichele. — Das Arkanum. — Sankt Urbans

Krug. Vier Erzählungen. 144 Seiten.

56. Dahn, Felix, und Freytag Gustav. – Zur Kunde deutscher Vorzeit. Inhalt: Ueber das Tragische in der Germanischen Mythologie. — Odin-Wotan. — Der Wert alter Ueberlieferungen aus den Dörfern Thüringens. — Das Deutsche Volksmärchen und seine Literatur.

— Das historische Volkslied der Deutschen. 2. Aufl.

57. Lasson, A. Geheimrat und Professor in Berlin. — Das

Kulturideal und der Krieg. 136 Seiten. 2. Aufl. 58/59. Breithaupt, Rudolf M. — Musikalische Zeit- und Streitfragen. I. u. II. à 109 Seiten. Inhalt I: Kunst

Band:

und Musikwissenschaft. — Musik und Schule. — Jugendkonzerte. — Opernkrise und Stoffnot. — Mehr Mozart! — Bismarck und die Musik. — Hugo Wolf †. — Ein Richard Wagner Denkmal. — II: Moderne Klaviristen, AlfredReisenauer, Konrad Ansorge, Leopold Godowsky. Theresa Careo, Eugen d'Albert. — Edward Grieg. — Kunstmusik und Lebenskunst. — Sub specie aeternitatis (zum 100. Todestag Schillers). — Mozart und die Zeitmusik.

60. Meyr, Melchoir. — Gleich und Gleich. Eine Erzählung aus dem Ries. 152 Seiten.

61/62. Boetticher, Karl, weiland Professor an der Bauakademie zu Berlin, — Karl Friedr. Schinkel und sein
baukünstlerisches Vermächtnis. Eine Mahnung an
seine Nachfolge in der Zeit, in drei Reden. Mit
einem Anhang: Aesthetische Sentenzen und kleine
Gedichte 107 Seiten. — 62: Zur Kenntnis antiker
Gottesverehrung. — Inhalt: Aus dem Festleben der
Hellenen. — Wasser und Feuer im Kultus der
Hellenen. — Die Verehrung heiliger Bäume bei den
Alten. 96 Seiten.

63. Wolzogen, Hans v. — E. T. A. Hoffmann und R. Wagner. Harmonien und Parallelen. 94 S. 2. Aufl.

64/65. Wagner, Richard. — Briefe und Berichte aus der Pariser Zeit (1841). Zum erstenmal herausgegeben und eingeleitet von Professor Richard Sternfeld. I. u. II. 104 und 112 Seiten.

66. Wolzogen Hans v. — Ferdinand Raimund. Eine Erinnerung und eine Mahnung. Mit einem Anhang: Der Alpenkönig und der Menschenfeind. Von Ferdinand

Raimund. 121 Seiten.

67/70. **Leyden, Ernst v.,** Geheimer Medizinal-Rat und Professor in Berlin. — Populäre Aufsätze und Vorträge. Herausgegeben von Dr. Hans Leyden. Inhalt: Band 67. Ueber die Notwendigkeit der Errichtung von Volksheilstätten für Lungenkranke. - Ueber die Aufgabe des Berlin-Brandenburger Heilstättenvereins für Lungenkranke. - Die Entwickelung der Heilstättenbestrebungen. - Einiges über den Tuberkulosekongreß in London. - Die Wirksamkeit der Heilstätten für Lungenkranke. - Verhütung der Tuberkulose. 119 Seiten. - Band 68: Das Denken in der heutigen Medizin. - Ueber die Methoden der internen Therapie. — Eröffnungsrede des 10. Kongresses für innere Medizin in Wiesbaden (1891). - Zum 100. Geburtstag Johann Lucas Schönleins. - Ueber die Ziele der modernen Klinik. - Die deutsche Klinik zu Beginn des 20. Jahrhunderts. 112 Seiten. -Band 69: Van Swieten und die moderne Klinik. - Zur Band:

100 jährigen Gedenkfeier durch Ed. Jenner. - Jean liche Krankenpflege der krankenhäuser. - Der I Heilfaktor, 112 Seiten. - E

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY I A 000 881 399

Ernährungstherapie. - Einige worte über Krankenküchen. — Die Krankenpflege bei der Lungenent-zündung. — Die Ernährung der Kranken bei der Lungenentzündung. - Grundsätze der Ernährung für Gesunde und Kranke. - Bestrebungen und Endziele der ärztlichen Studienreisen. - Die Heilquellen Rumäniens. - Kaukasusreise. 120 Seiten. Mit 12 Abbildungen.

- 71/72. Leyden, Dr. Hans. Kreuz- und Quer. 2 Bände. Berichte namentlich über spanisches Leben und unsere Marine. I. u. II. 128 u. 144 Seiten.
- D 73/74. (Eduard v. Hartmann. Die sozialen Kernfragen,
- **D** 75/76. { II. durchgesehene Aufl. Mit einem biographischen
- **D** 77/78. | Geleitwort von Alma v. Hartmann. 3 Doppelbde.
- D 79/80. Grimm, Gebrüder, Deutsche Sagen. Auswahl für Schule und Haus von Chr. Tränckler. 208 Seiten.
- 81. Feuerbach, Anselm von, Kaspar Hauser. Beispiel eines Verbrechens am Seelenleben des Menschen. Mit Biographischer Würdigung Feuerbachs von Leo von Egloffstein. 104 Seiten.
- D 82/83. Stümcke, Dr. Heinr., Modernes Theater, Kritische Würdigung der neuesten Bühnenstücke. 182 Seiten.
- 84. Kurth, Dr. Pompeji, mit vielen Abbildungen 104 Seiten.
- 85. Haas, Dr. Japanische Erzählungen. 88 Seiten.
- 86. Steffen, Elly, Aus Deutscher Vorzeit. Gudrun. Flor und Blancheflor. — Der arme Heinrich etc. 112 Seiten.

Die Bände sind zu beziehen: durch jede Buchhandlung und vom Verlag "Deutsche Bücherei", G. m. b. H., Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 146, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Porto oder gegen Postnachnahme:

Da das bei ähnlichen Unternehmungen für Reklame verwandte Geld den Käufern der Deutschen Bücherei in dem billigen Preise selbst zugute kommt, bitten wir um freundliche Weiterempfehlung.



